

MONATSBERICHTE DER BANK DEUTSCHER LÄNDER

MAI 1949

Inhalt:	Seite
Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes April—Mai 1949	1
Geld und Kredit	1
Öffentliche Finanzen	9
Außenwirtschaft	14
Beschäftigung, Produktion und Absatz	21
Preise und Löhne	25
Gesamtlage und Kapitalversorgung	27
Die Funktionsweise des Zentralbanksystems	32
Statistischer Teil	43

Die Wirtschaftslage des westdeutschen Währungsgebietes April — Mai 1949¹⁾

Geld und Kredit

Der kurzfristige Bankkredit

Im April und in den ersten drei Wochen des Mai waren wiederum — wie schon in allen vorangegangenen Monaten seit der Währungsreform — die kurzfristigen Neuausleihungen der Banken erheblich größer als die gleichzeitig geleisteten Rückzahlungen. Demzufolge hat der ausstehende Betrag an kurzfristigen Bankkrediten (ohne Kredite an Geldinstitute) weiterhin beträchtlich zugenommen. Nach der monatlichen Bankenstatistik betrug die Steigerung im April 335 Mill. DM, was 6 v. H. des Standes von Ende März entspricht. Bis zum 23. Mai, dem letzten Stichtag, für den bei Abschluß des Berichts Angaben zur Verfügung stehen, trat bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten eine weitere Ausdehnung der kurzfristigen Kredite um 55 Mill. DM ein, so daß auf Grund der im April bestehenden Relation

für alle Geschäftsbanken in den ersten drei Wochen des Monats Mai eine Zunahme von ungefähr 135 Mill. DM angenommen werden kann. Gegenüber den ersten drei Wochen des April, die bei den 112 wöchentlich berichtenden Banken eine Zunahme der Kredite von 103 Mill. DM gebracht hatten, hat sich im Mai mithin das Tempo der Kreditausweitung bei den Geschäftsbanken deutlich verlangsamt.

Im April entfiel die Kreditausweitung hauptsächlich auf Kontokorrent-Kredite, während die Wechselkredite nur wenig (um 60 Mill. DM) und die Akzeptkredite²⁾ fast überhaupt nicht zunahmen. Erst im Mai sind — wenigstens bei den wöchentlich berichtenden Geldinstituten — auch die Wechselkredite wieder gewach-

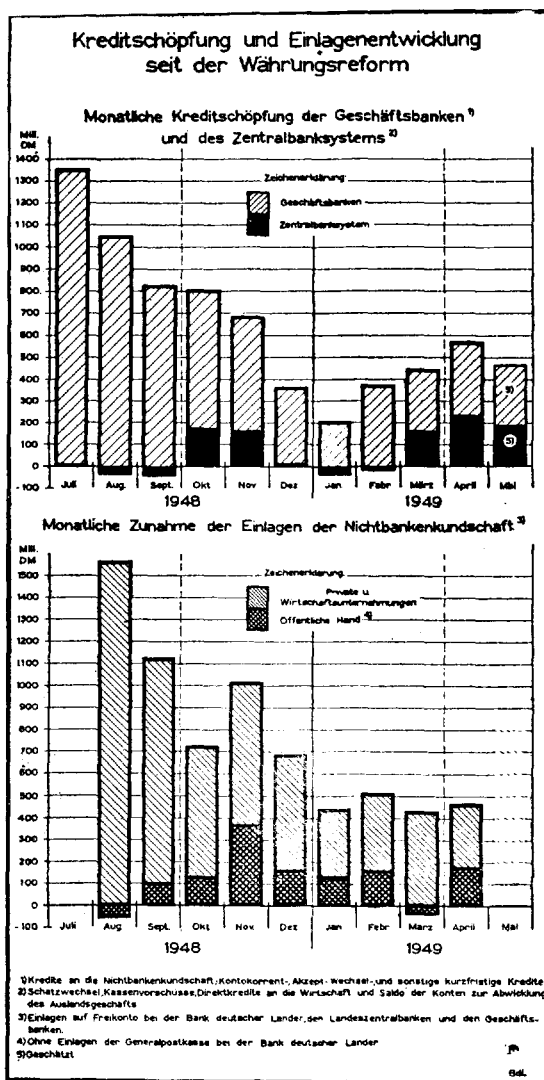
¹⁾ Abgeschlossen am 31. Mai 1949.

²⁾ Die Akzeptkredite sind zwar statistisch mit den Kontokorrent-Krediten zu einer Gruppe zusammengefaßt, sie lassen sich indessen aus den Positionen „eigene Akzepte im Umlauf“ und „eigene Akzepte im Bestand“ errechnen, wobei allerdings eine Aussonderung der Kredite an Geldinstitute nicht möglich ist. Es ist beabsichtigt, künftig die Konto-Korrent-Kredite von den Akzept-Krediten auch statistisch zu trennen.

sen. Daß die Banken im April in ziemlich großem Umfang Kredite gewährt haben, die nicht refinanzierbar sind, darf als ein Anzeichen für ihr Bestreben gewertet werden, wichtige Kreditbedürfnisse auch unter Inkaufnahme einer gewissen Illiquidisierung zu befriedigen. Andererseits läßt diese Entwicklung erkennen, in welchem Grade die Wirtschaft heute die Eingehung von Wechselverpflichtungen scheut. Das ist angesichts der sich erschwerenden Absatzbedingungen zwar verständlich, aber die Wirtschaft muß sich darüber im klaren sein, daß, je mehr die Banken ihren Status durch nicht-refinanzierbare Kredite belasten müssen, um so stärker die Möglichkeiten der kurzfristigen Kreditversorgung beeinträchtigt werden.

Abgesehen von der Kreditexpansion der Geschäftsbanken ist in letzter Zeit die direkte Zurverfügungstellung von Zentralbankgeld beträchtlich gewachsen. So erhöhte das Zentralbanksystem seine Kredite an die öffentliche Hand von Anfang April bis 23. Mai per Saldo um rund 116 Mill. DM. Die Hauptursache dieser Erhöhung ist ein Kredit im Betrage von 168,6 Mill. DM, den die Bank deutscher Länder ab 30. April 1949 der Verwaltung für Finanzen auf die Dauer von vier Monaten zur Verfügung gestellt hat, um das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in die Lage zu versetzen, die bizonale Getreidereserve noch zu den vor dem 1. Mai 1949 gültigen Preisen zu übernehmen. Der Betrag wurde dem Konto der Militärregierung „proceeds from deferred imports“ gutgeschrieben. Trotzdem erhöhte sich der Aktivsaldo der im Ausweis der Bank deutscher Länder enthaltenen vier Posten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts bedeutend. Er betrug am 23. Mai 513 Mill. DM und ist damit seit Ende März um etwa 300 Mill. DM gestiegen. Im wesentlichen erklärt sich diese Steigerung durch Abbuchungen von dem auf der Passivseite der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts geführten Konto „proceeds from deferred imports“ zugunsten der Kreditanstalt für Wiederaufbau, die bisher insgesamt 245 Mill. DM erhalten hat. Die hierdurch eingetretene Verminderung der Passivposten hat den Aktivsaldo der Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts entsprechend steigen lassen, aber die Differenz zwischen den der Kreditanstalt für Wiederaufbau zur Verfügung gestellten Beträgen und der Gesamterhöhung des Aktivsaldos der vier Posten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts zeigt, daß auch über andere Zahlungen aus diesen Konten im April und Mai noch zusätzliches Zentralbankgeld in Umlauf gesetzt wurde.

Insgesamt beträgt die Steigerung des Volumens der kurzfristigen Kredite einschließlich des Saldos der Auslandskonten von Anfang des Jahres bis zum 23. Mai rund 1 850 Mill. DM. Der Kontokorrent-Kredit der Geschäftsbanken dürfte hieran mit rund 1 000 Mill. DM, der Akzeptkredit mit rund 200 Mill. DM und der Wechseldiskont-Kredit mit rund 130 Mill. DM



beteiligt sein. Der Rest von 520 Mill. DM entfällt auf das Zentralbanksystem, und zwar etwa zur Hälfte auf die Freigabe von counter-part-funds.

Die Liquidität der Banken

Da sich der Notenumlauf im Mai annähernd auf dem gleichen Niveau wie im April bewegt hat — er lag am 23. Mai um 76 Mill., am 15. Mai um 7 Mill. und am 7. Mai um 29 Mill. DM über dem jeweils entsprechenden Vormonatsstand — hat die starke Schöpfung von Zentralbankgeld zu einer beträchtlichen Verflüssigung der Banken geführt. Die Verflüssigung kommt in sinkendem Refinanzierungsbedarf, steigender Sekundärliquidität und in den auch weiterhin nicht unbeträchtlichen Überschußreserven der Banken zum Ausdruck. Hatten die Geldinstitute Ende März noch insgesamt 1 585 Mill. DM Kredite beim Zentralbanksystem aufgenommen (darunter 1 377 Mill. DM durch Rediskontierung von Wechseln), so konnten sie ihre Kreditanspruchnahme bis zum 23. Mai auf 1 413 Mill. DM (darunter nur noch 1 151 Mill. DM Rediskontkredit) reduzieren. Die eigenen Wechselbestände aller Geldinstitute haben dabei im April sogar zugenommen, und zwar um 69 Mill. auf 1 948 Mill. DM, worunter sich 472 Mill. DM eigene Akzepte befanden. Bis zum 23. Mai sind die Wechselbestände bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten weiterhin sehr erheblich, nämlich um 175 Mill. auf 1 294 Mill. DM gestiegen; man wird zu diesem Termin den Wechselbestand aller Geldinstitute mindestens auf 2 200 Mill. DM schätzen dürfen. Der Rückgang des Anteils der Rediskontkredite der Banken am gesamten Refinanzierungskredit beim Zentralbanksystem und ihr teilweiser Ersatz durch die Steigerung der Lombardkredite läßt darauf schließen, daß wohl auch auf seiten der Banken mit fortschreitender weiterer Verflüssigung gerechnet wird und daß genügend kurze Wechselmäßigkeiten, die einen raschen Abbau des Zentralbankkredits entsprechend dieser Erwartung zulassen würden, wohl nicht in allen Fällen zur Verfügung stehen. Dem Lombardkredit wird deshalb, obschon er teurer ist, zur Zeit in gewissem Umfang der

Vorzug gegeben, denn er gestattet es, den Umfang der Verschuldung beim Zentralbanksystem jederzeit nach Bedarf zu reduzieren.

Auch die Entwicklung der Überschußreserven spiegelt die allmähliche Verflüssigung der Banken wider. Zwar waren im Durchschnitt des Monats April die Überschußreserven mit 219 Mill. DM (= 18,2 v. H. des Reserve-Solls) insgesamt etwas geringer als im Durchschnitt des März, in dem sie 272 Mill. DM (= 22,7 v. H. des Reserve-Solls) betragen hatten. Dafür ist jedoch bis 23. Mai, bei stichtagweiser Berechnung der Überschußreserven, die erfahrungsgemäß den Trend der gesetzlichen Reserven-Entwicklung recht gut zum Ausdruck bringt, eine Steigerung auf 418 Mill. DM (= 32 v. H. des Reserve-Solls) zu verzeichnen; seit Jahresbeginn sind die Überschußreserven nur zweimal, nämlich am 7. und 23. Januar, mit 454 bzw. 437 Mill. DM höher gewesen als am 23. Mai. Da gemäß dem Beschluß des Zentralbankrats vom 25. Mai die Reservesätze mit Wirkung vom 1. Juni von 15 auf 12 v. H. für Sichtdepositen an Bankplätzen und von 10 auf 9 v. H. für Sichtdepositen an Nichtbankplätzen herabgesetzt werden, wird sich die Reserveposition der Geldinstitute voraussichtlich weiter bessern. Gemäß dem Einlagenstande vom 30. April würde sich eine Verminderung des Reserve-Solls um 190 Mill. DM ergeben. Die Verteilung der Überschußreserven auf die einzelnen Bankengruppen und innerhalb gewisser Gruppen auch auf die einzelnen Institute ist allerdings noch immer äußerst ungleichmäßig. Allein rund 60 v. H. der Überschußreserven lagen im April bei den Girozentralen. Demgegenüber waren die Überschußreserven der Kreditbanken wenn auch nicht gerade unbedeutend, so doch erheblich geringer. So wiesen die 30 Nachfolgeinstitute der Großbanken im Durchschnitt des April 22 Mill. DM Überschußreserven (= 7 v. H. des Solls) aus, 75 Regional- und Lokalbanken rund 21 Mill. DM (= 12,5 v. H. des Solls). Die Reservefehlbeträge hielten sich im allgemeinen in engen Grenzen, nur in einigen Fällen waren größere Unterschreitungen zu verzeichnen. Insgesamt hatten im April 651 zur Reservehaltung bei der Landeszentralbank verpflichtete Geldinstitute Reservefehlbeträge,

die 10,7 Mill. DM ausmachten. Unter diesen Instituten befanden sich 98 Privatbanken, 83 Sparkassen, 189 ländliche und 257 gewerbliche Kreditgenossenschaften.

Einlagenentwicklung und Geldvolumen.

Die ziemlich starke Kreditschöpfung im April und Mai hat zu bedeutender Steigerung des Einlagenbestandes bei den Geldinstituten geführt. Im April nahmen die Einlagen der Nichtbankenkundschaft bei allen Banken (ohne Zentralbanksystem) um rund 440 Mill. DM zu, und bis zum 23. Mai ist bei den 112 wöchentlich berichtenden Geldinstituten — die etwa über 35 v. H. der gesamten Bankeinlagen (ohne Einlagen von Geldinstituten) verfügen — eine weitere Steigerung von 303 Mill. DM eingetreten. Im Zentralbanksystem haben sich die Einlagen von Nichtbanken ebenfalls in aufsteigender Richtung bewegt. Sie betragen Ende März 1 719 Mill. DM, stiegen im Monat April um 165 Mill. auf 1 884 Mill. DM und beliefen sich zum 23. Mai auf 1 961 Mill. DM.

Sowohl bei der Einlagenentwicklung der Geschäftsbanken als auch der des Zentralbanksystems ist allerdings zu berücksichtigen, daß die Einlagensteigerung zum 23. eines jeden Monats im Vergleich zur Steigerung im ganzen Monat relativ groß ist; dies geht darauf zurück, daß der Notenumlauf am 23. stets seinen monatlichen Tiefststand zu erreichen pflegt, so daß aus diesem Grunde die Bankeinlagen entsprechend anschwellen. So lag am 23. Mai der Notenumlauf rund 460 Mill. DM unter der Spitze von Ultimo April. Entsprechend dem Wiederanstiegen des Notenumlaufs zum Monatsende sinken dann die Bankeinlagen gewöhnlich wieder etwas ab. Im Prinzip pflegt die wochenweise Entwicklung der Bankeinlagen — vom gegenwärtigen Aufwärtstrend einmal abgesehen — etwa umgekehrt proportional zur Bewegung des Notenumlaufs zu verlaufen.

Außer der Kreditschöpfung und dem Einfluß, der von der Entwicklung des Notenumlaufs ausgeht, hat auch die noch immer nicht ganz beendete Umwandlung alter RM-Einlagen zur Steigerung der Bankeinlagen beigetragen.

Nach Angaben der Geldinstitute hat sich der Betrag der noch umzuwandelnden RM-Einlagen im April von 417 Mill. auf 285 Mill. DM reduziert, wobei allerdings anzunehmen ist, daß Ausbuchungen von Beträgen, die sich als nicht mehr umwandlungsfähig herausgestellt haben, diesen Rückgang teilweise mit bewirkt haben. Aus dem Festkonto, das bestimmungsgemäß zu zwei Dritteln auf Freikonto und zu einem Drittel auf Anlagekonto zu übertragen ist, werden im April wahrscheinlich etwas mehr als 30 Mill. DM auf Freikonten geflossen sein; die Auflösung des Festkontos dürfte sich infolge des Erlasses der 25. Durchführungsverordnung zum Umstellungsgesetz, welche die finanzamtliche Prüfung bei Abwicklungskonten bis zu 10 000 RM beseitigt, beschleunigen. Die genauen Beträge, die aus Umwandlung und Festkontenauflösung den Freikonten tatsächlich zugeflossen sind, werden statistisch nicht erfaßt, so daß sie nur wie dargelegt geschätzt werden können (siehe oben).

Das Geldvolumen hat sich durch die Einlagensteigerung weiter bedeutend erhöht. Ende April betrug der frei verfügbare Teil — worunter der Notenumlauf zuzüglich der Giroeinlagen beim Zentralbanksystem und der auf Freikonten stehenden Einlagen bei den Geschäftsbanken abzüglich der Einlagen von Geldinstituten verstanden wird — rund 19,2 Mrd. DM gegenüber 18,4 Mrd. DM im Monat zuvor. Bis zum 23. Mai dürfte mit weiterer Erhöhung des frei verfügbaren Geldvolumens in einer Größenordnung von schätzungsweise 300 Mill. DM zu rechnen sein.

Gliedert man den Einlagenzuwachs, der seit Anfang April eingetreten ist, nach Konto-
gruppen auf, so ergibt sich folgendes Bild:

Zuwachs der Einlagen
der Nichtbankenkundschaft im Monat April
in Mill. DM

	Öffentliche Hand	Sonstige Gläubiger	Spar- einlagen	Insgesamt
1. 4. bis 30.4.1949	229	256	119	604
in v.H. der Gesamt- zunahme	38	42	20	100

Die Übersicht zeigt, daß ein erheblicher Teil des Zuwachses, den die Bankeinlagen im April erfahren haben, auf Konten der öffentlichen Hand stattgefunden hat. Zu Konten der öffentlichen Hand rechnen statistisch nicht nur die Einlagen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und der Länder, ferner die von Gemeinden und Gemeindeverbänden, sondern auch die Einlagen von sonstigen öffentlichen Körperschaften einschließlich Bahn und Post sowie von Dienststellen der Besatzungsmächte. Insgesamt nahmen die öffentlichen Einlagen in dem so umrissenen Sinne folgende aufsteigende Entwicklung:

Die öffentlichen Einlagen bei Geldinstituten
in Mill. DM

	31. 3. 1949	30. 4. 1949	23. 5. 1949
im Zentralbanksystem	1,499	1,500	1,525
bei Geschäftsbanken	2,380	2,584	2,775 ¹⁾
insgesamt	3,879	4,084	4,300

¹⁾ Geschätzt nach der Wochenstatistik.

Da ein Teil dieser Konten vorläufig als Reserve gehalten und demgemäß nicht bewegt wird, ist anzunehmen, daß sich mit ihrem Anstieg die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes weiter verringert hat.

Tendenziell ebenfalls in Richtung auf Abnahme der Umlaufgeschwindigkeit dürfte die Zunahme der Spareinlagen wirken. Pflegen doch auch die Sparkonten im ganzen langsamer als Geschäftsguthaben umgeschlagen zu werden. Allerdings war die Zunahme der Spareinlagen im April mit rund 120 Mill. DM noch immer nicht sehr beträchtlich, wenn man bedenkt, daß ein erheblicher Teil des Zuwachses aus der Umwandlung alter RM-Spareinlagen herrührt. Immerhin sind Anzeichen der Besserung unverkennbar. So deutet der Rückgang des Barauszahlungsüberschusses im Sparverkehr, der sich im April erstmalig in diesem Jahr wieder verstärkt durchgesetzt hat, mit Sicherheit an, daß insgesamt — also unter Einbeziehung des bargeldlosen Zahlungsverkehrs — auf Sparkonten echte Neuzugänge zu verzeichnen waren. Der Rückgang des Barauszahlungsüberschusses

beruht zudem erfreulicherweise nicht nur auf rückläufigen Auszahlungen, sondern auch auf steigenden Einzahlungen.

Der Barverkehr auf Sparkonten

September 1948 — Mai 1949

in Mill. DM

	Bareinzahlungen	Barauszahlungen	Saldo
Alle Geldinstitute			
September	59,1	290,5	— 231,4
Oktober	49,8	259,8	— 210,0
November	48,1	169,9	— 121,8
Dezember	58,4	151,9	— 93,5
Januar	74,6	98,5	— 23,9
Februar	77,5	100,9	— 23,4
März	89,1	112,2	— 23,1
April	93,9	110,1	— 16,2
112 wöchentlich berichtende Geldinstitute			
1. Mai-Woche	5,6	4,1	+ 1,5
2. Mai-Woche	4,2	4,3	— 0,1
3. Mai-Woche	4,7	4,9	— 0,2

Nach der Einlagenstatistik der Sparkassen,¹⁾ die etwa zwei Drittel der insgesamt vorhandenen Spareinlagen verwalten — das restliche Drittel verteilt sich auf die bei anderen Geldinstituten geführten Sparkonten — verlief die Entwicklung der Ein- und Auszahlungen auf Sparkonten bei den Sparkassen der drei Westzonen wie folgt:

Entwicklung der Ein- und Auszahlungen auf Sparkonten bei den Sparkassen des Währungsgebietes
in Mill. DM

	Ein-zahlungen ¹⁾	Aus-zahlungen	Überschuß der Einzahlungen über die Auszahlungen	Zugang aus Umstellung
21. 6. bis 31. 12. 1948	456	1 121	— 665	2 114
1. 1. bis 31. 3. 1949	357	322	35	206
insgesamt	813	1 443	— 630	2 320

¹⁾ Einschließlich Zinsgutschriften.

¹⁾ Statistik der Arbeitsgemeinschaft deutscher Sparkassen- und Giroverbände und Girozentralen.

Hiernach sind in der Zeit vom 1. Januar bis 31. März insgesamt 206 Mill. DM Zugang aus Umstellung und 35 Mill. DM echter Neuzugang aus dem Überschuß der Einzahlungen (einschließlich bargeldloser Einzahlungen) zu verzeichnen gewesen. In der Zeit vom 21. Juni bis 31. Dezember 1948 hatten dagegen die Auszahlungen um 665 Millionen über den Einzahlungen gelegen, so daß im 2. Halbjahr 1948 etwa ein Drittel des Zugangs aus Umstellung abgehoben worden ist. Die Einzahlungen erreichten im 1. Vierteljahr 1949 mehr als drei Viertel des Betrages, der im 2. Halbjahr 1948 eingezahlt worden war.

Wenn auch die Höhe des neuen Zugangs naturgemäß noch in keiner Weise als befriedigend angesehen werden kann, so zeigt doch die Tatsache, daß überhaupt ein Neuzugang zu verzeichnen war, das allmähliche Wiederinkommen der Spartätigkeit. Die Sparfähigkeit ist freilich angesichts der noch immer außerordentlich niedrigen Realeinkommen in den breiten Massen an sich nicht groß. Gleichwohl könnte die Spartätigkeit wahrscheinlich heute schon größer sein, als sie tatsächlich ist, wenn nicht das allgemein verbreitete übertriebene Liquiditätsbedürfnis dazu verleiten würde, selbst länger entbehrliche Gelder nach Möglichkeit nicht festzulegen.

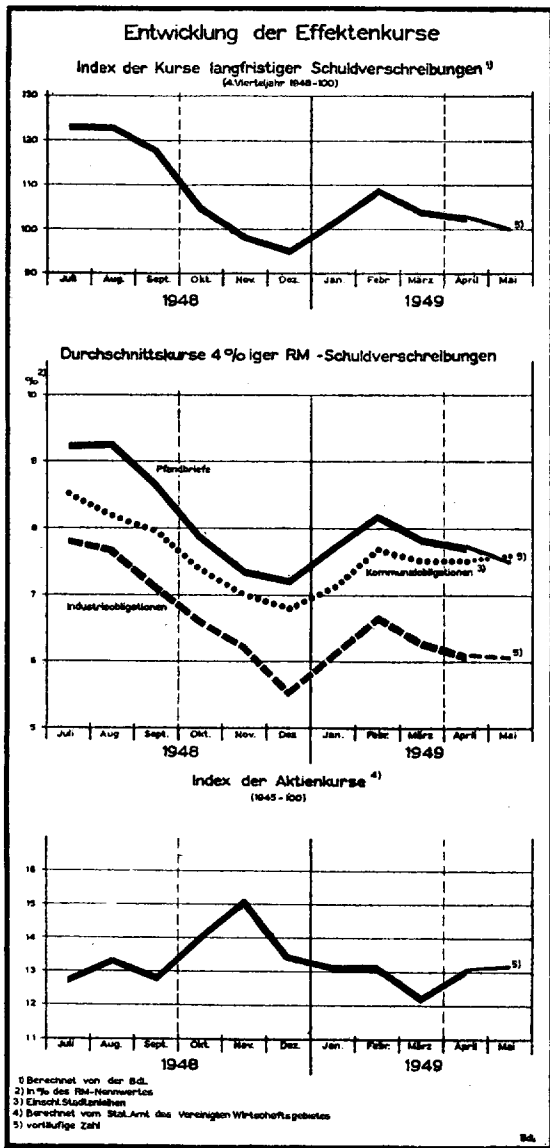
Langfristiger Kredit und Kapitalmarkt

Das vorherrschende Liquiditätsstreben hemmt natürlich erst recht die Bildung langfristigen Geldkapitals, vor allem soweit sie sich in der Form des Wertpapiersparens vollzieht. Der Absatz langfristiger Schuldverschreibungen belief sich nach den der Bank deutscher Länder vorliegenden Meldungen im April zwar noch auf rund 51 Mill. DM, darunter 35 Mill. DM Pfandbriefe, 7 Mill. DM Kommunalobligationen und 9 Mill. DM Industrieobligationen; außerdem wurden 12 Mill. DM neue Aktien eines Elektrizitätsunternehmens untergebracht. Die Papiere dürften jedoch nur zum Teil an das Publikum verkauft worden sein, zum anderen Teil dagegen bei Kapitalsammelbecken Unterbringung gefunden haben. Der Absatz war re-

gional sehr unterschiedlich. Während in Norddeutschland im allgemeinen nur geringfügige Beträge untergebracht wurden, war die Aufnahme der Neuemissionen in Süddeutschland zunächst etwas günstiger. Für den Verkauf von Pfandbriefen spielte die Steuerbegünstigung, welche die erzielbare Effektivverzinsung je nach der Einkommenshöhe und der Steuergruppe des Käufers ganz bedeutend über den Nominalzins hebt, bis in den April hinein noch kaum eine Rolle, wenn sie auch dank der zunehmenden Aufklärung des Publikums allmählich an Bedeutung gewinnt. Im Verlaufe des Mai machte sich wieder eine größere Zurückhaltung gegenüber Pfandbriefen bemerkbar.

Hinderlich für den Absatz neu aufgelegter Schuldverschreibungen dürfte sowohl im April wie in den ersten Mai-Wochen die rückläufige Kursentwicklung für Altmissionen gewesen sein. Bei kleinsten Umsätzen schwächten sich die Kurse weiterhin leicht ab. Die Rendite der 4^o/oigen RM-Pfandbriefe errechnete sich Mitte Mai bei einem Durchschnittskurs von ungefähr 7,6^o/o auf etwa 6,5^o/o, wenn man das Rückzahlungsgagio für eine Laufzeit von im Durchschnitt noch 30 Jahren einrechnet. Demgegenüber haben die mit 5^o/o verzinlichen Neuemissionen eine Rendite von 5,1 bis 5,2^o/o. Allerdings wird man die Tragweite dieses Renditeunterschieds auch nicht zu überschätzen brauchen, denn der Kursabfall der Altmissionen festverzinslicher Papiere hat zum Teil auch technische Gründe, indem es bisher aus Mangel an Mitteln nicht oder kaum möglich war, die Kurse zu pflegen. So führte oft kleinstes Angebot zur Herabsetzung der Notierungen. Der Umsatz aller festverzinslichen Werte betrug beispielsweise an der Frankfurter Börse im ganzen Monat April nur eine reichliche viertel Milliarde DM im ausmachenden Betrag.

Angesichts der Schwäche der Wertpapiermärkte kommt den anderen Kapitalquellen natürlich um so größere Bedeutung zu. In dieser Hinsicht ist die erfolgte Freigabe der Anlagekonten zum Zwecke des Ankaufs bestimmter Wertpapiere besonders bemerkenswert. Die Guthaben auf Anlagekonten betrugen Ende April bei allen Geldinstituten zusammen etwa 405 Mill. DM; ihr allmähliches Anwachsen auf etwa



450 Mill. DM ist für die nächste Zeit noch zu erwarten. Von diesem Gesamtbetrag sind die im einzelnen nicht bekannten Konten mit nicht mehr als 5 DM Guthaben abzusetzen, weil über sie sofort verfügt werden kann. Mit dem Rest von schätzungsweise mindestens 400 Mill. DM könnten Anleihen gezeichnet werden.

Der Zentralbankrat hat als geeignete Papiere für den Erwerb aus Anlagekonten die Anleihe der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet, Ausgabe Juni 1949, sowie die von der Kreditanstalt für Wiederaufbau und der Finanzierungs-AG. Speyer a. Rh. im Jahr 1949 auszugebenden Anleihen festgelegt. Aufgelegt wurde hiervon zunächst nur die Anleihe der

Deutschen Reichsbahn, deren infolge der hohen Wiederaufbauaufwendungen besonders dringlicher Finanzbedarf möglichst weitgehend befriedigt werden muß. Die kurz- bis mittelfristigen Verpflichtungen der Deutschen Reichsbahn im Vereinigten Wirtschaftsgebiet beliefen sich Mitte April auf folgende Beträge:

	Mill. DM
Akzeptverbindlichkeiten (spätestens in 3 Monaten)	259
Schatzanweisungen p. 16. 5. 1949	10
dto. p. 2. 6. 1949	20
Kassenkredit p. 30. 6. 1949	50
dto. p. 20. 9. 1949	39
Schatzanweisungen p. 1. 12. 1949	14,5
dto. p. 2. 1. 1950	10
dto. p. 2. 1. 1950	70
dto. p. 21. 1. 1950	5
verschiedene kleine Beträge	4,5
	482

Nicht enthalten sind in dieser Aufstellung die Verpflichtungen gegenüber Lieferanten, die von ihrem Höchststand Ende 1948 mit fast 70 Mill. DM bis Mitte April auf 40–50 Mill. DM zurückgeführt werden konnten.

Der gesamte langfristige Kreditbedarf der Reichsbahn ist freilich noch wesentlich höher. Für die Periode von Mitte 1948 bis Ende 1949 ist er einschließlich des vorgenannten Konsolidierungsbedarfs auf rund 785 Mill. DM errechnet worden. In dieser Summe ist jedoch der Gegenwert der vertraglich vereinbarten Auslandslieferungen enthalten; sie belaufen sich für 1949 auf rund 284 Mill. DM. Ihre Finanzierung ist aus Mitteln der counterpart funds vorgesehen. 132 Mill. DM sind für diesen Zweck bereits aus GARIOA-Mitteln zur Verfügung gestellt worden. Für den innerdeutschen Kapitalmarkt verbleibt somit die Abdeckung eines langfristigen Finanzierungsbedarfs der Reichsbahn in Höhe von rund 500 Mill. DM.

Eine andere bedeutende Quelle langfristiger Kredite ist zur Zeit die Kreditanstalt für Wiederaufbau, die bisher 245 Mill. DM aus den Mitteln der counterpart funds erhalten hat. In dieser Summe stellen 110 Mill. DM die erste

Rate für ein energiewirtschaftliches Investitionsprogramm dar, das auf insgesamt 613 Mill. DM veranschlagt ist, wovon 220 Mill. DM im laufenden Kalenderjahr in Vierteljahrsraten von 55 Mill. DM verausgabt werden sollen. Die genannten 110 Mill. DM sind die Zuteilungen für die ersten beiden Kalendervierteljahre; hiervon war die erste Rate bis Ende Mai nahezu aufgebraucht, während die zweite nunmehr zur Verteilung ansteht. Die restlichen 135 Mill. DM der der Wiederaufbaubank bisher zur Verfügung gestellten Mittel von insgesamt 245 Mill. DM stellen die erste Zuteilung für ein größeres Investitionsprogramm des Kohlenbergbaus dar. Davon sind 35 Mill. DM für Konsolidierungszwecke, 10 Mill. DM für Einfuhrzwecke und der Rest für Neuinvestitionen bestimmt. Bis Ende Mai waren rd. 65 Mill. DM an die betreffenden Gesellschaften überwiesen, mit der Verteilung des Restes wird, ebenso wie beim Energieprogramm, bis Mitte des Jahres gerechnet.

Kreditpolitische Maßnahmen

Um die vorhandenen, an sich durchaus erfreulichen Ansätze auf dem Kapitalmarkt nach Kräften zu erweitern und darüber hinaus eine allgemeine Auflockerung der Kreditverhältnisse zu fördern, hat der Zentralbankrat im Mai eine Reihe wichtiger Krediterleichterungen beschlossen.

Zunächst sind die Rediskontbeschränkungen für Bankakzepte, die seit November v. J. bestanden, erheblich gelockert worden. Bankakzepte dürfen mit Wirkung vom 21. Mai 1949 an von Landeszentralbanken in allen den Fällen angekauft werden, in denen sie der kurzfristigen Finanzierung bestimmter Einzelgeschäfte dienen. Die Beschränkung des Ankaufs von Bankakzepten auf die Fälle der Finanzierung von Ein- oder Ausfuhrgeschäften oder einer behördlich angeordneten Einlagerung bewirtschafteter Güter ist also weggefallen. Damit ist auch die Unterscheidung zwischen Bankakzepten, die ankaufsfähig sind, und solchen, die nur lombardiert werden dürfen, gegenstandslos geworden. Für den Ankauf von Wechseln, die seitens der Geldinstitute auf ihre Schuldner

gezogen werden (sogenannte Debitorenziehungen) ist ebenfalls eine Erleichterung geschaffen worden, indem sie nunmehr bis zum Höchstbetrage von 10 000 DM je Schuldner statt bisher 5000 DM angekauft werden können, wenn sie im übrigen den Bedingungen für Bankakzepte entsprechen. Diese Maßnahme kommt vor allem den Volksbanken, bei denen Debitorenziehungen eine größere Rolle spielen, zugute, und wird ihnen die Refinanzierung bei den Landeszentralbanken bedeutend erleichtern.

Weiterhin wurden die Sätze für Diskont-, Lombard- und Kassenkredite um je $\frac{1}{2}\%$ herabgesetzt. Diskont- und Kassenkredite kosten ab 27. Mai noch $4\frac{1}{2}\%$, Lombard-Kredite $5\frac{1}{2}\%$. Mit Wirkung vom 1. Juni wurden außerdem — wie oben bereits erwähnt — die Reservesätze der Geldinstitute für Sichtdepositen an Bankplätzen um 3% auf 12% und an Nichtbankplätzen um 1% auf 9% herabgesetzt. Beide Maßnahmen, sowohl die Diskontsenkung wie die Herabsetzung der Mindestreserven, verbilligen den Bankkredit. Sie werden darüber hinaus aber auch dazu beitragen, neuemittierten festverzinslichen Wertpapieren ein besseres Klima zu bereiten, da deren Rendite nunmehr einen größeren Abstand zur Bankrate gewinnt. Um den Realkredit nach Möglichkeit noch weiter zu beleben, wurde den Landeszentralbanken vom Zentralbankrat außerdem empfohlen, den Hypothekenbanken in angemessenem Umfang bis zur Höhe des Eigenkapitals 3% ige Ausgleichsforderungen abzukaufen, die ihnen für die Neuausstattung mit Eigenkapital im Zuge der Währungsreform (ungefähr 40 Mill. DM) zugeteilt worden waren. Den betreffenden Instituten werden dadurch Mittel zugeführt werden, die sie zur Intensivierung ihrer Beleihungstätigkeit und zu besserer Kurspflege ihrer Emissionen befähigen.

Mit diesen Maßnahmen hat der Zentralbankrat bewußt eine Politik des leichteren Geldes eingeschlagen. Er war dazu in der Lage, weil die Entwicklung des kurzfristigen Bankkredits seit der Aufhebung der Kreditkontingentierung am 22. März gezeigt hat, daß die Banken weiter sehr vorsichtig disponieren und damit selbst die nach wie vor erforderliche Kreditauslese betreiben. Der legitime Kredit kann und soll

aber unter den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen verbilligt und erleichtert werden. Das gilt insbesondere für den Einfuhrkredit, der mit der starken Zunahme unserer Einfuhren zur Zeit vor besondere Aufgaben gestellt ist. Darüber hinaus wird erwartet, daß die getroffenen Maßnahmen schon aus rein psychologischen Gründen auch die Auflockerung des Kapitalmarktes fördern werden.

Oeffentliche Finanzen

Die Entwicklung der Ländereinnahmen und -ausgaben war im April offenbar ungünstiger, als man dies auf Grund des saisonalen Rhythmus der Ländereinnahmen und -ausgaben hätte erwarten dürfen. An sich pflegen im April die Einnahmen besonders hoch zu sein, weil in diesem Monat die vierteljährlichen Vorauszahlungen auf die Veranlagte Einkommensteuer und die Körperschaftssteuer zu leisten sind. Andererseits sind die Ausgaben in der Regel relativ niedrig, es sei denn, daß im Zusammenhang mit dem Abschluß für das abgelaufene Rechnungsjahr noch gewisse Ausgabeverpflichtungen abgewickelt werden. Dies geschieht einmal durch die endgültige Verbuchung von bereits in den vergangenen Monaten in der Form von Vorschüssen getätigten Ausgaben, zum anderen durch die Übertragung nicht verbrauchter Ausgabebewilligungen, die zwar als Ausgaben des abgelaufenen Finanzjahres verbucht, aber erst im neuen Finanzjahr tatsächlich verausgabt werden. Die ausgewiesenen Ausgaben können daher in diesem Monat weit höher sein als die geleisteten Zahlungen. Sofern es sich

bei diesen buchmäßigen Ausgaben um die Zuführung an Rücklagen oder an sonstige zweckgebundene Fonds handelt, die nicht notwendig im Kassenbestand ausgewiesen werden müssen, kann auch dieser abnehmen, während in Wirklichkeit die gesamten Reserven unter Umständen wachsen. Es hat den Anschein, daß im April dieses Jahres tatsächlich verhältnismäßig hohe Ausgaben im Zusammenhang mit umfangreichen Abschlußbuchungen stattgefunden haben.

Was die Einnahmeseite anbelangt, so lassen die Angaben über das Steueraufkommen den Schluß zu, daß die gesamten Einnahmen zwar höher waren als im Vormonat, keineswegs aber den für April normalen Stand erreichten. Die Besitz- und Verkehrssteuern im Währungsgebiet erbrachten im April reichlich 160 Mill. DM mehr als im Vormonat, aber fast 200 Mill. DM weniger als im Januar, dem letzten Monat mit vergleichbaren Zahlungsterminen.

Der Rückgang dürfte zum Teil auf steuerrechtliche Tatbestände, zum Teil auf saisonale Ursachen, zum Teil aber auch auf konjunkturelle Gründe zurückzuführen sein. Der scharfe Rückgang der Lohnsteuer gegenüber dem Januar (11,7 v. H.) hängt sicher weitgehend mit der durch das erste Gesetz zur vorläufigen Neuordnung von Steuern (Militärregierungs-Gesetz Nr. 64) wieder eingeführten Erstattung überzahlter Lohnsteuern zusammen, beruht also teilweise auf einer Änderung des Steuerrechts. Wahrscheinlich ist aber auch die Lohn- und Gehaltssumme etwas gesunken, da von Ende Dezember 1948 bis Ende März 1949 nicht nur

Aufkommen aus Besitz- und Verkehrssteuern im Währungsgebiet
Januar — April 1949

	Januar	Februar	März	April	
	Mill. DM				in v. H. vom Januar
Besitz- und Verkehrssteuern insgesamt	1 184,5	872,2	827,6	991,8	83,7
darunter					
Veranlagte Einkommensteuer	364,5	257,0	213,5	303,0	83,1
Körperschaftssteuer	164,1	100,8	99,2	167,9	102,4
Lohnsteuer	178,9	162,7	169,3	157,9	88,3
Umsatzsteuer	343,9	276,4	291,3	300,9	87,5

Quelle: Verwaltung für Finanzen und Finanzministerien der Länder der französischen Zone

die Zahl der Beschäftigten um 2 v. H. zurückgegangen ist, sondern gleichzeitig auch die Kurzarbeit wuchs und wahrscheinlich weniger Überstunden geleistet wurden. Saisonale Gründe waren vor allem für den Rückgang der Umsatzsteuer maßgebend. Diese erreicht gewöhnlich im Januar wegen des vorangegangenen Weihnachtsgeschäfts den höchsten Stand. Auch in diesem Jahr war das Januarergebnis sehr günstig. Im Februar ist dann ein scharfer Rückgang eingetreten, dem im März und April zwar wieder ein Anstieg um 5 bzw. 3 v. H. gefolgt ist, wobei aber das April-Ergebnis noch um 12,5 v. H. unter dem Januar-Stand liegt. Berücksichtigt man jedoch, daß auch im Durchschnitt der Jahre 1927 bis 1930 die Umsatzsteuer von Januar bis April um rd. 13 v. H. zurückging, so kann die in den gleichen Monaten dieses Jahres zu verzeichnende Abnahme keineswegs als hoch angesehen werden. Auch bei der Veranlagten Einkommensteuer ist auf Grund der Erfahrungen früherer Jahre für den April stets mit einem niedrigeren Aufkommen als im Januar zu rechnen. Immerhin dürfte in den Zahlen über die Veranlagte Einkommensteuer auch ein konjunkturbedingter Rückgang der gewerblichen Einkünfte zum Ausdruck kommen. Dasselbe gilt in gewissem Umfang für die Körperschaftssteuer. Das April-Ergebnis liegt hier zwar etwas höher als im Januar, aber für das Vierteljahr Februar bis April errechnet sich ein nicht unerheblicher Rückgang gegenüber dem Vierteljahr November 1948—Januar 1949.

Das Aufkommen an Verbrauchssteuern war im April um rd. 42 Mill. DM niedriger als im März, womit es freilich noch immer über dem Stand der beiden ersten Monate des Jahres lag.

Das gesamte Steueraufkommen hat im April also 1,28 Mrd. DM gegen 1,16 Mrd. DM im März und 1,43 Mrd. DM im (vergleichbaren) Monat Januar betragen. Es sei nochmals betont, daß der Rückgang keineswegs allein konjunkturell bedingt ist.

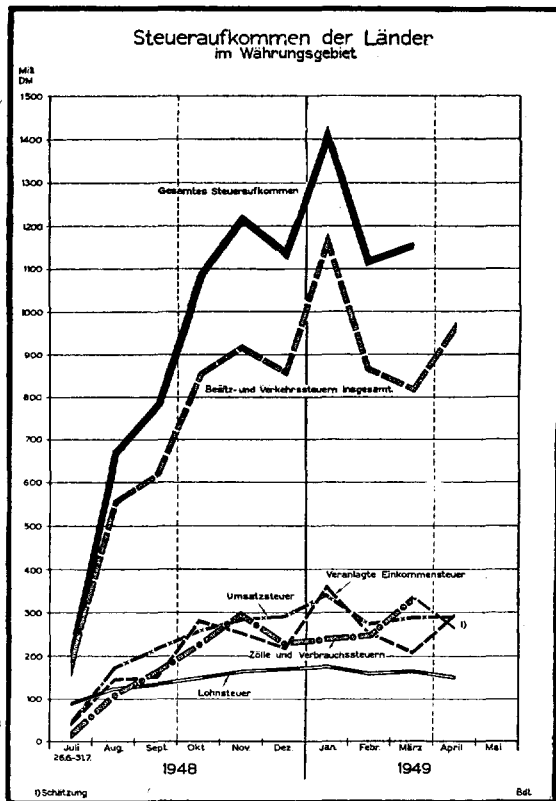
Über die Ausgaben im April stehen bisher keinerlei Angaben zur Verfügung. Die Tatsache, daß die Finanzverwaltungen von einer generellen Verschlechterung der Haushaltslage im April berichten, läßt jedoch den Schluß zu, daß im April zumindest ein nicht unerhebliches buchmäßiges Defizit vorhanden war. Die unter geldpolitischen Gesichtspunkten vor allem interessierende Frage, ob ein tatsächliches Defizit vorlag, d. h. ob die Länder in ihrer Gesamtheit mehr Geld in die Zirkulation geleitet haben, als sie ihr durch die Besteuerung und auf sonstigem Wege entzogen haben, kann, so wichtig sie für die Beurteilung der konjunkturellen Lage auch ist, so lange nicht einwandfrei beantwortet werden, bis die Haushaltsrechnungen für das abgelaufene Jahr vorliegen. Die unten geschilderte Entwicklung der öffentlichen Einlagen im Banksystem läßt es jedoch möglich erscheinen, daß das Verhältnis von Kasseneinnahmen und -ausgaben wesentlich günstiger war, als es auf Grund des buchmäßigen Defizits scheinen könnte.

Aufkommen an Zöllen und Verbrauchssteuern im Währungsgebiet

Januar — April 1949

	Januar	Februar	März	April	
	Mill. DM				in v. H. vom Januar
Verbrauchssteuern insgesamt	247,0	254,3	333,5	291,8	118,1
darunter					
Zölle	10,6	13,1	16,3	16,0	150,9
Tabaksteuer	129,5	140,4	187,1	165,8	128,0
Kaffeesteuer	19,9	19,6	26,7	20,4	102,5
Zuckersteuer	30,4	28,0	33,6	34,8	114,5
Biersteuer	14,4	12,7	15,1	13,8	95,8
Branntweinsteuer	19,6	23,4	36,1	32,5	165,8

Quelle: Verwaltung für Finanzen und Finanzministerien der Länder der französischen Zone



Die Unterschiede in der Finanzlage der Länder waren nach wie vor groß, und der seit Januar im Gang befindliche Rückgang des Steueraufkommens hat offenbar die bestehenden Unterschiede noch weiter verschärft. Die Besitz- und Verkehrssteuern, die insgesamt im April um 16,3 v. H. niedriger waren als im Januar, fielen in den finanzschwachen Ländern Schleswig-Holstein und Hessen mit 26 v. H., in Rheinland-Pfalz mit 27 v. H. und in Bayern mit 30 v. H. weit stärker als im Durchschnitt der übrigen Länder, während in Nordrhein-Westfalen nur ein Rückgang von 7 v. H. und in Bremen sogar eine Zunahme um 13 v. H. zu verzeichnen waren. Unter den finanzstarken Ländern wies nur Württemberg-Baden mit 22 v. H. einen ebenfalls starken Rückgang der Besitz- und Verkehrssteuern aus, der allerdings zum Teil durch die erhöhten Verbrauchssteuern wettgemacht worden sein dürfte.

Die Frage des Finanzausgleichs zwischen finanzstarken und finanzschwachen Ländern ist erneut Gegenstand von Besprechungen zwischen den Finanzministern gewesen. Es wurde eine

Einigung auf der Basis des ursprünglichen Entwurfs (s. April-Bericht) erzielt und vorgesehen, daß zunächst auf die Dauer eines halben Jahres Ausgleichszahlungen in der Form von Kassenkrediten in Höhe von 250 Mill. DM an Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bayern bis zu dem Zeitpunkt erfolgen sollen, wo die gesetzliche Regelung durch das dem Wirtschaftsrat vorliegende Gesetz zur vorläufigen Regelung der Kriegsfolgelasten im Rechnungsjahr 1949, demzufolge der Ausgleich durch die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets vorgenommen werden soll, genehmigt worden ist. Darüber hinaus liegt dem Wirtschaftsrat der Entwurf eines Gesetzes zur endgültigen Regelung der Kriegsfolgelasten im Rechnungsjahr 1949 vor, auf Grund dessen das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Kriegsfolgelasten aus dem Verbrauchsteueraufkommen (mit Ausnahme der Biersteuer), der Beförderungssteuer und der Umsatzsteuer finanzieren soll, eine Regelung, durch die also praktisch bereits wichtige Bestimmungen des Bonner Grundgesetzes in die Tat umgesetzt werden sollen.

Der Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets scheint im April ausgeglichen gewesen zu sein. Die im Verlauf dieses Monats in Anspruch genommenen Kassenkredite dienten zum größten Teil (168,6 Mill. DM) der Finanzierung der bizonalen Getreidereserve, die vor Anwendung des 30-cts-Kurses auf die Lebensmittelimporte noch zu den alten Preisen übernommen wurde. Die Abdeckung des Vorschusses wird in dem Maße stattfinden, in dem das Getreide vom Handel übernommen wird. Am 25. Mai wurde der Haushalt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets für das laufende Finanzjahr vom Wirtschaftsrat verabschiedet. Gegenüber dem ursprünglichen Entwurf (s. April-Bericht) ist die Finanzhilfe für Berlin um 230 Mill. DM auf 250 Mill. DM herabgesetzt worden. Einschließlich neuer Bewilligungen in Höhe von 193 Mill. DM (für die Errichtung des Zolldienstes, die Bevorratung landwirtschaftlicher Erzeugnisse, für Investitionen und die Bildung von Rücklagen) stellt sich der Gesamtbetrag nunmehr auf 892 Mill. DM. Auf der Einnahmeseite sind 140 Mill. DM aus Zöllen neu eingesetzt worden, so daß

nach dem derzeitigen Stand der übersehbaren Ausgabeverpflichtungen der Ausgleich des Haushalts gewährleistet sein dürfte.

Überschüsse waren offenbar wieder beim Arbeitsstock vorhanden. Für den März errechneten sie sich unter Berücksichtigung gewisser Erstattungen von der Arbeitslosenfürsorge mit rd. 20 Mill. DM, im April dürften sie auf Grund der Zunahme der Unterstützungsempfänger wahrscheinlich niedriger gewesen sein. Das Mitte Mai genehmigte, ab 1. Juni 1949 in Kraft tretende Sozialversicherungsanpassungsgesetz wird allerdings auch im Falle einer Besserung der Beschäftigungslage die künftigen Überschüsse der Arbeitslosenversicherung vermindern. Bekanntlich sieht das Gesetz eine unter sozialpolitischen Gründen für dringlich gehaltene Anpassung der Renten der Invalidenversicherung an die gestiegenen Lebenshaltungskosten durch eine generelle Erhöhung der Renten um 15 DM monatlich für Invaliden-, 12 DM für Witwen- und 6 DM für Waisenrenten und durch Festsetzung von Mindestrenten (50 DM im Monat für Invaliden-, 40 DM für Witwen- und 80 DM für Waisenrenten) vor. Die Mittel sollen aus den wieder eingeführten Grundbetragszahlungen der Länder und aus einer Erhöhung der Beiträge zur Rentenversicherung unter gleichzeitiger Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung bereitgestellt werden. Die Grundbetragszahlungen treten an die Stelle der bisherigen Länderzuschüsse, die lediglich in Höhe der Defizite der Rentenversicherung gewährt wurden. Für die Arbeitslosenversicherung wird eine Senkung ihrer Einnahmen von bisher 6,5 v. H. auf 4 v. H. des Arbeitsentgelts eintreten. Da gleichzeitig die bisherigen Zuschußzahlungen der Arbeitslosenversicherung an die Rentenversicherungen in Höhe von 1,6 v. H. in Fortfall kommen werden, wird allerdings sich jene Einnahmesenkung auf die finanzielle Position des Arbeitsstocks nur beschränkt auswirken. Immerhin ist anzunehmen, daß sich bei sonst gleichbleibenden Verhältnissen die Überschüsse um rd. 20 v. H. verringern werden.

Die von der Währungsreform bis Ende März 1949 aufgelaufenen Überschüsse des Arbeitsstocks in der Bizone beliefen sich auf rd. 310

Mill. DM, die Kassenbestände einschließlich der umgestellten Altgeldguthaben auf rd. 420 Mill. DM. Der größere Teil davon entfällt auf die britische Zone (rd. 230 Mill. DM). In gewissem Umfang sind die betreffenden Mittel bereits für den Wohnungsbau vorgesehen. Was die noch sehr beträchtlichen freien Bestände anbelangt, so wird gegenwärtig darüber verhandelt, der Wiederaufbaubank einen namhaften Betrag zur Verfügung zu stellen. Für den Arbeitsstock ist dabei natürlich wichtig, daß seine Liquidität auch für den Fall einer weiteren Verschlechterung der Arbeitsmarktlage gesichert wird. Zu diesem Zweck sollen die Verwaltungsräte der Landeszentralbanken ersucht werden, die vom Arbeitsstock eventuell übernommenen Schuldtitel der Wiederaufbaubank grundsätzlich für lombardfähig zu erklären.

Die Gemeinden hatten im Zusammenhang mit dem Jahresabschluß ebenso wie die Länder offenbar gewisse Defizite aufzuweisen, die aber ohne Inanspruchnahme von Kreditmarktmitteln finanziert werden konnten.

Faßt man das Ergebnis für die oben behandelten Haushalte zusammen, so dürften die Defizite der Gebietskörperschaften im April höher gewesen sein als die Überschüsse des Arbeitsstocks. Dies gilt aber wahrscheinlich nur für die buchmäßig ausgewiesenen Defizite. Das tatsächliche Defizit, d. h. der kassenmäßige Überschuß der durch die öffentliche Hand verausgabten Beträge über ihre Einnahmen, dürfte, wenn überhaupt ein Defizit bestanden hat, wesentlich geringer gewesen sein. Diese Vermutung wird bestätigt durch die Entwicklung der öffentlichen Einlagen im Monat April. Wenngleich die Gelder der Länder, der Gemeinden, des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und der Sozialversicherungen nur einen Teil aller öffentlichen Einlagen darstellen, so ist ihr Anteil an den gesamten öffentlichen Geldern doch so hoch, daß er kaum eine von der Gesamtbewegung abweichende Entwicklung genommen haben kann. Während die gesamten öffentlichen Einlagen im März praktisch unverändert blieben, sind sie im April wieder um rd. 200 Mill. DM gestiegen. Sie betragen Ende des Monats allein bei den Geschäftsbanken 2 584 Mill. DM gegenüber 2 380 Mill. DM am

31. März. Einschließlich der im April annähernd unverändert gebliebenen Einlagen im Zentralbanksystem in Höhe von rd. 1,5 Mrd. DM ergibt sich für Ende April ein Gesamtbetrag an öffentlichen Einlagen im Banksystem von 4,08 Mrd. DM und, abzüglich der Einlagen der Generalpostkasse, ein solcher von rd. 4 Mrd. DM gegenüber 3,8 Mrd. DM Ende Februar 1949. Im Mai ist ein weiterer Zuwachs zu verzeichnen; allein bei den 112 wöchentlich berichtenden Instituten nahmen sie bis zum 23. Mai um 154 Mill. DM zu und im Zentralbanksystem (ohne Generalpostkasse) um rd. 109 Mill. DM.

Die im Zentralbanksystem im April zu verzeichnende Konstanz der öffentlichen Einlagen bei gleichzeitiger Zunahme der öffentlichen Einlagen bei den Geschäftsbanken legt im übrigen den Schluß nahe, daß die Bestimmung der am 15. April in Kraft getretenen neuen Landeszentralbankgesetze, nach der die Länder ihre aus der Erstausrüstung und aus Steuermitteln stammenden Einnahmen bei den Landeszentralbanken deponieren sollen, sich im April noch nicht ausgewirkt hatte. Dasselbe gilt auch für die ersten 3 Wochen des Mai. Bis zum 23. Mai sind zwar den Landeszentralbanken nicht unerhebliche Mittel der Länder zugeflossen — von der oben errechneten Zunahme der öffentlichen Einlagen im Zentralbanksystem in Höhe von 109 Mill. DM entfielen allein 71 Mill. DM auf die Einlagen von Staatskassen —, aber der überwiegende Teil des Zuwachses entfällt auf die Einlagen der Länder Nordrhein-Westfalen und Hamburg, die schon in der Vergangenheit ihre Mittel zum großen Teil bei den Landeszentralbanken unterhielten.

Der Wirtschaftsrat hat am 25. Mai in vierter Lesung das erste Lastenausgleichsgesetz (Soforthilfe-Gesetz) verabschiedet, das nunmehr den Namen „Gesetz zur Milderung dringender sozialer Notstände“ trägt. Die neue Fassung, die die von den Militärregierungen gewünschten Änderungen berücksichtigt, ist gegenüber dem am 1. Dezember 1948 beschlossenen Gesetzentwurf nur wenig modifiziert worden. Mit Rücksicht auf das verzögerte Inkrafttreten der Vorlage mußten die Bestimmungen über die Zahlungstermine

geändert werden. Als Zahlungstermine sind für die allgemeine Abgabe nunmehr der 20. August, der 20. November und der 20. Februar festgelegt worden mit der Maßgabe, daß die Zahlungen auf das land- und forstwirtschaftliche Vermögen nur an den beiden letztgenannten Terminen zu leisten sind. Der Satz der allgemeinen Soforthilfeabgabe beträgt weiterhin 3 v. H. des ermittelten Vermögens und 2 v. H. für das land- und forstwirtschaftliche Vermögen mit einem Einheitswert bis zu 15 000 DM; nur für Eigenheime und Mietwohngrundstücke wurde er im vorliegenden Entwurf generell auf 2 v. H. an Stelle von ursprünglich 3 v. H. gesenkt. Die Sonderabgabe auf das Vorratsvermögen mit Sätzen von 4 bzw. 15 v. H. (für das „übermäßige“ Vorratsvermögen) ist ebenfalls beibehalten worden und wird am 20. September, 20. Dezember 1949 und am 20. März 1950 fällig. Die in Kreisen der Wirtschaft im Hinblick auf die gegenüber Dezember 1948 wesentlich veränderte Lage erhoffte Senkung der Sätze hat sich also nicht erfüllt. Die Finanzverwaltungen rechnen mit einem theoretischen Soll aus den beiden Soforthilfeabgaben in Höhe von rd. 2,75 Mrd. DM (einschließlich der Eingänge aus dem Gesetz zur Sicherung von Forderungen auf den Lastenausgleich), wovon — immer nach dem theoretischen Voranschlag — 2,25 Mrd. DM aus der allgemeinen Soforthilfeabgabe und rd. 0,5 Mrd. DM aus der Sonderabgabe erwartet werden. Da die Zahlungen in gleichen Raten zu entrichten sind, müßten, wenn die obigen Schätzungen richtig sind, zum 20. August rd. 600 Mill. DM aus der allgemeinen Abgabe auf das Grundvermögen und das Betriebsvermögen und zum 20. September rd. 170 Mill. DM aus der Sonderabgabe eingehen. Da mit umfangreichen Stundungen gerechnet werden muß, werden die tatsächlichen Eingänge wahrscheinlich erheblich niedriger sein. Was die Leistungen anbelangt, so ist vorgesehen, daß das Gesetz rückwirkend ab 1. April 1949 in Kraft tritt und mit den ersten Zahlungen im Juli begonnen wird. Hieraus wird sich wahrscheinlich ein starker Überbrückungsbedarf ergeben. Geht man davon aus, daß monatlich etwa 90 Mill. DM für die Rentenzahlungen und etwa 12 Mill. DM für die Hausrathilfe benötigt werden, so

würde sich für die Monate April bis August ein Gesamtbetrag von rd. 500 Mill. DM errechnen. Allerdings dürfte die Prüfung der Anträge eine geraume Zeit erfordern, so daß kaum anzunehmen ist, daß schon im Juli die fälligen Zahlungen zu leisten sein werden. Immerhin wird sich aus dem Überbrückungsbedarf in den nächsten Monaten eine gewisse Anspannung der Länderfinanzen ergeben.

Außenwirtschaft

Die **A u s f u h r** des Vereinigten Wirtschaftsgebiets hat sich trotz der wachsenden Hemmungen, denen sie neuerdings auf den Weltmärkten begegnet, auch im April verhältnismäßig günstig entwickelt. Mit 288,4 Mill. DM war sie zwar um rd. 21 Mill. DM niedriger als im März, aber trotzdem noch um rd. 8 Mill. DM höher als im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1949. Der Fertigwarenxport hat dabei den Stand von März fast ganz behauptet; sein Anteil am Gesamtexport erhöhte sich von 42,5 v. H. im ersten Vierteljahr auf 45,3 v. H. Allerdings blieb daneben der Anteil der Auflageexporte (Kohle, Koks, Holz und Schrott) mit ungefähr 45 v. H. gleich. Der Kohleexport erhöhte sich von 1,6 Mill. t im Monatsdurchschnitt des ersten Vierteljahres 1949 auf 1,8 Mill. t, d. h. um rd. 10 v. H. Die Tatsache, daß die deutsche Kohle für viele Abnehmerländer billiger ist als die Kohle anderer Exportländer, spielt dabei eine Rolle.

Die **E i n f u h r** betrug im April 452,4 Mill. DM und war damit noch um rd. 6 Mill. DM höher als im März. Die Steigerung gegenüber dem Vormonat entfällt bei gruppenmäßiger Betrachtung allerdings ausschließlich auf die Lebensmitteleinfuhr, während die gewerbliche Einfuhr leicht gesunken ist. Abgenommen hat dabei sowohl die Einfuhr von Rohstoffen als auch die von Halbwaren, während die Fertigwareneinfuhr weiter zunahm. Die Einfuhr von Fertigwaren-Enderzeugnissen war nahezu doppelt so hoch wie im Monatsdurchschnitt Januar/März und machte rd. 8 v. H. aller Einfuhren aus.

Der Dollarwert der Einfuhr, der vom Statistischen Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebiets jetzt erstmalig angegeben werden konnte, ist im Gegensatz zum DM-Wert gesunken, und zwar von 151,1 Mill. Dollar auf 148,1 Mill. Dollar. Dieser Rückgang erklärt sich in erster Linie daraus, daß die Weltmarktpreise für Nahrungsmittel gesunken sind. Je 1 Dollar der Einfuhren für den ernährungswirtschaftlichen Sektor erforderte im März als Aufwand im Inlande 2,59 DM, im April dagegen 2,88 DM. Im Durchschnitt des Jahres 1948 ergab sich für die Umrechnung der Weltmarktpreise auf Inlandspreise bei der Einfuhr noch ein Satz von 44 Dollarcenten je 1 RM bzw. DM Einfuhrwert, während die entsprechende Zahl für den Monat April 32,7 Dollarcenten betrug. Der „Umrechnungsfaktor“ bei der Einfuhr hat sich also be-

Der Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
in Mill. DM

	Einfuhr						Ausfuhr					
	Monatsdurchschnitt			Febr. 1949	März 1949	April 1949	Monatsdurchschnitt			Febr. 1949	März 1949	April 1949
	1. Halb- jahr 1948	2. Halb- jahr 1948	Januar/ März 1949				1. Halb- jahr 1948	2. Halb- jahr 1948	Januar/ März 1949			
Ernährungswirtschaft	124,5	179,6	180,2	219,0	174,8	187,7	4,6	3,5	9,8	8,8	8,2	6,3
Gewerbl. Wirtschaft	70,6	152,6	232,3	257,4	271,0	264,7	76,2	218,5	270,1	267,7	301,0	282,1
Rohstoffe	39,2	82,7	125,6	154,6	146,6	143,2	21,9	54,4	56,6	51,4	62,9	57,1
Halbwaren	24,3	51,2	67,0	67,2	68,3	64,0	23,6	66,8	94,6	96,1	106,2	94,4
Fertigwaren	7,1	18,7	39,7	35,6	56,1	57,5	30,7	97,3	118,9	120,2	131,9	130,6
Vorerzeugnisse	4,4	10,9	21,8	19,0	34,5	21,6	16,7	51,1	60,5	59,4	64,9	62,1
Enderzeugnisse	2,7	7,8	17,9	16,6	21,6	35,9	14,0	46,2	58,4	60,8	67,0	68,5
Insgesamt	195,1	332,2	412,5	476,4	445,8	452,4	80,8	222,0	279,9	276,5	309,2	288,4

reits im April weitgehend an den 30-Cents-Kurs angeglichen. Mit der ab 1. Mai erfolgenden Abrechnung der Lebensmitteleinfuhren zum 30-Cents-Kurs wird sich der Ausgleichsprozeß voraussichtlich noch weiter fortgesetzt haben.

Auf der Ausfuhrseite ist die Angleichung des Umrechnungsfaktors an den 30-Cents-Kurs zum größten Teil schon Mitte vorigen Jahres erfolgt. Auch hier waren jedoch bis in die neueste Zeit hinein noch gewisse Ausnahmeregelungen wirksam. Im April betragen die Durchschnittserlöse je 1 DM Ausfuhrwert immerhin schon 28,5 Dollarcent gegenüber 43,0 im Juni 1948.

Die Einfuhren aus Marshallplan-Mitteln nehmen in jüngster Zeit stark zu. Nach Angaben der Bico sind allein im April ERP-Lieferungen im Werte von 50,7 Mill. Dollar erfolgt. Damit erhöhten sich die bisherigen Marshallplan-Einfuhren in die Doppelzone auf 243,5 Mill. Dollar bzw. ohne Frachten auf 228,0 Mill. Dollar. Das sogenannte „Total-Programm“ für die ECA-Hilfe in dem aus 5 Vierteljahren bestehenden ersten Marshallplan-Jahr umfaßte nach dem Stande vom 30. April 1949 — es treten laufend Programmänderungen ein — allerdings 511,1 Mill. Dollar. Von diesem Betrag waren 43,2 Mill. Dollar für Frachten vorgesehen, deren Anfall naturgemäß von der Abwicklung der Lieferungen abhängig ist und infolgedessen nur im Zusammenhang mit diesen kontrahiert werden kann. Von den verbleibenden 467,9 Mill. Dollar waren gemäß den aufgestellten Programmen 419,6 Mill. Dollar für Lieferungen bis zum 30. Juni 1949 vorgesehen. Ende April standen nach der oben erwähnten Ziffer über die Lieferungen (228,0 Mill. Dollar) also noch 191,6 Mill. Dollar aus.

Wie im letzten Monatsbericht ausgeführt, bestand vor einiger Zeit die Befürchtung, daß die gemäß den Lieferungsprogrammen für 1948 und das erste Vierteljahr 1949 vorgesehenen Lieferungen bis zum 30. Juni 1949 hereingenommen werden müßten, wenn sie nicht verfallen sollen. Inzwischen ist klargestellt worden, daß es genügt, wenn von der ECA die für diese Lieferungen erteilten Beschaffungsgenehmigun-

gen notfalls auf spätere Vierteljahre umgeschrieben werden. Wie aus der umseitigen Tabelle hervorgeht, waren nach dem Stande vom 30. April d. J. sämtliche erforderlichen Genehmigungen erteilt, so daß die Gefahr eines Verfalls von Auslandshilfe als nicht mehr bestehend angesehen werden kann.

Wohl aber ist es nach wie vor schwierig, für eine Reihe bisher von den zentralen Stellen kontrahierter Einfuhren intern Abnehmer zu finden. Wie schon im letzten Monatsbericht dargelegt, beschränkt sich das Problem keineswegs nur auf den ECA-Sektor der Einfuhr, sondern es besteht auch für andere Importe, die nicht vom einzelnen Importeur kontrahiert wurden, sondern zentral beschafft worden sind. Neben den ECA- und GARIOA-Importen gehören dazu auch bestimmte B-Importe, für die noch die JEIA die erforderlichen Abschlüsse getätigt hat. Es stellt sich nun heraus, daß die zum Teil schon vor vielen Monaten abgeschlossenen Kontrakte in vielen Fällen nicht mehr der heutigen Marktlage entsprechen, da die seinerzeitigen Bedarfsanmeldungen durch die inzwischen eingetretenen Veränderungen der Wirtschaftsverhältnisse überholt sind. Hinzu kommt, daß die alten Abschlüsse vielfach zu Preisen erfolgt sind, die der Weltmarkt heute bereits unterbietet, so daß sich die Importeure die betreffenden Waren vielfach vorteilhafter durch Direktkäufe beschaffen, nachdem solche durch die Einführung des Individual-Import-Verfahrens möglich geworden sind. Das Preisproblem spielt in diesem Zusammenhang überhaupt eine große Rolle. Weil infolge der früheren Verzögerung der Importe nunmehr beträchtliche Mengen abgenommen werden müssen, die nur im Laufe einer längeren Frist in den Verbrauch oder die Verarbeitung übergehen können, ist das Preisrisiko für den Importeur naturgemäß sehr hoch. Ein Teil der global importierten Waren unterliegt überdies noch der Bewirtschaftung, so daß der Importeur nicht sicher sein kann, ob er die betreffenden Güter für längere Zeit einlagern muß oder ob sie eventuell plötzlich freigegeben werden und dann nur noch bei Preisnachlaß abzusetzen sind.

Die Abwicklung der Lieferungsprogramme für die Marshallplan-Einfuhren¹⁾
des Vereinigten Wirtschaftsgebiets
nach dem Stande vom 30. April 1949
in Mill. \$

	2. Vierteljahr 1948 bis 1. Vierteljahr 1949			2. Vierteljahr 1949			2. Vierteljahr 1948 bis 2. Vierteljahr 1949		
	Ernäh- rungs- sektor	Gewerb- licher Sektor	Ins- gesamt	Ernäh- rungs- sektor	Gewerb- licher Sektor	Ins- gesamt	Ernäh- rungs- sektor	Gewerb- licher Sektor	Ins- gesamt
Lieferungsprogramme	151,5	152,5	304,0	28,1	87,5	115,6	179,6	240,0	419,6
davon geliefert	140,7	84,5	225,2	2,5	0,3	2,8	143,2	84,8	228,0
noch nicht geliefert	10,8	68,0	78,8	25,6	87,2	112,8	36,4	155,2	191,6
davon kontrahiert, aber noch nicht geliefert	10,1	56,9	67,0	2,0	8,7	10,7	12,1	65,6	77,7
genehmigt, aber noch nicht kontrahiert	1,0	15,4	16,4	—	23,2	23,2	1,0	38,6	39,6
noch nicht genehmigt	- 0,3 ²⁾	- 4,3 ²⁾	- 4,6 ²⁾	23,6	55,3	78,9	23,3	51,0	74,3

¹⁾ Ohne Frachten

²⁾ Hier sind bereits Lieferungen über die vorliegenden Programme hinaus genehmigt worden.

Es handelt sich hier also um Schwierigkeiten, die nicht etwa mit einer Abnahme des Bedarfs an Einfuhrgütern, sondern weitgehend mit dem Übergang von einem zentral gesteuerten Außenhandel zu einem marktwirtschaftlich ausgerichteten Einzelimport zusammenhängen. Die Anpassung wird dabei wesentlich dadurch verschärft, daß infolge der stoßweisen Einfuhrdispositionen der bisherigen Einfuhrstellen nunmehr in verhältnismäßig kurzer Zeit beträchtliche Gütermengen abzunehmen sind und das Preisrisiko infolge der unsicheren Lage auf den Weltmärkten wesentlich gewachsen ist. Wie die Abwicklung der alten Kontrakte, die im „Central Procurement“ von der JEIA oder über GARIOA abgeschlossen worden sind, ohne daß der Verkauf durch deutsche Importeure sichergestellt war, vor sich gehen wird, ist noch Gegenstand von Verhandlungen. Auf alle Fälle ist aber veranlaßt, daß sämtliche Dokumente übernommen und die Waren gegebenenfalls entsprechend eingelagert werden. Bei der Abwicklung selbst wird man sich vielleicht die Erfahrungen anderer Länder, in denen ähnliche Schwierigkeiten aufgetreten sind, zunutze machen können. So soll beispielsweise die eng-

lische Regierung neuerdings dazu übergegangen sein, der Industrie nur dann noch Importlizenzen zu den jetzigen Weltmarktpreisen zu erteilen, wenn sie sich verpflichtet, die gleichen Mengen aus alten, stark überbewerteten Regierungseinkäufen mit zu übernehmen.

Wenn bei der Übernahme der vorübergehend nicht absetzbaren Importe die Frage des Preis- und Absatzrisikos geklärt ist, dürften hinsichtlich ihrer Kreditierung keine Schwierigkeiten bestehen. Von der in den letzten Monaten wieder ziemlich beträchtlichen Kreditschöpfung ist zweifellos ein wesentlicher Teil der Einfuhrwirtschaft zugute gekommen, deren Kreditbedarf noch stärker gestiegen ist als der Umfang der Einfuhren selbst. Letzteres hängt damit zusammen, daß bei dem alten Einfuhrverfahren die Waren erst bezahlt zu werden brauchten, wenn sie im Inland eingetroffen waren, während jetzt praktisch schon bei der Abgabe der Offerte die Finanzierung gesichert sein bzw., wie es in der französischen Zone noch der Fall ist, zu 50 v. H. des Warenwertes in bar aufgebracht werden muß. Hinzu kommt, daß sich der Zeitraum bis zum Absatz der Ware verlängert hat und auch der Zahlungseingang bei

den Importeuren selbst schleppender geworden ist. Die Banken werden aber zweifellos Einfuhrkredite weiterhin verhältnismäßig großzügig zur Verfügung stellen, zumal diese ohne weiteres refinanzierbar sind. Auch die am 27. Mai erfolgte Diskontsenkung wird dem Einfuhrhandel die Finanzierung etwa notwendig werdender Einlagerungen wesentlich erleichtern.

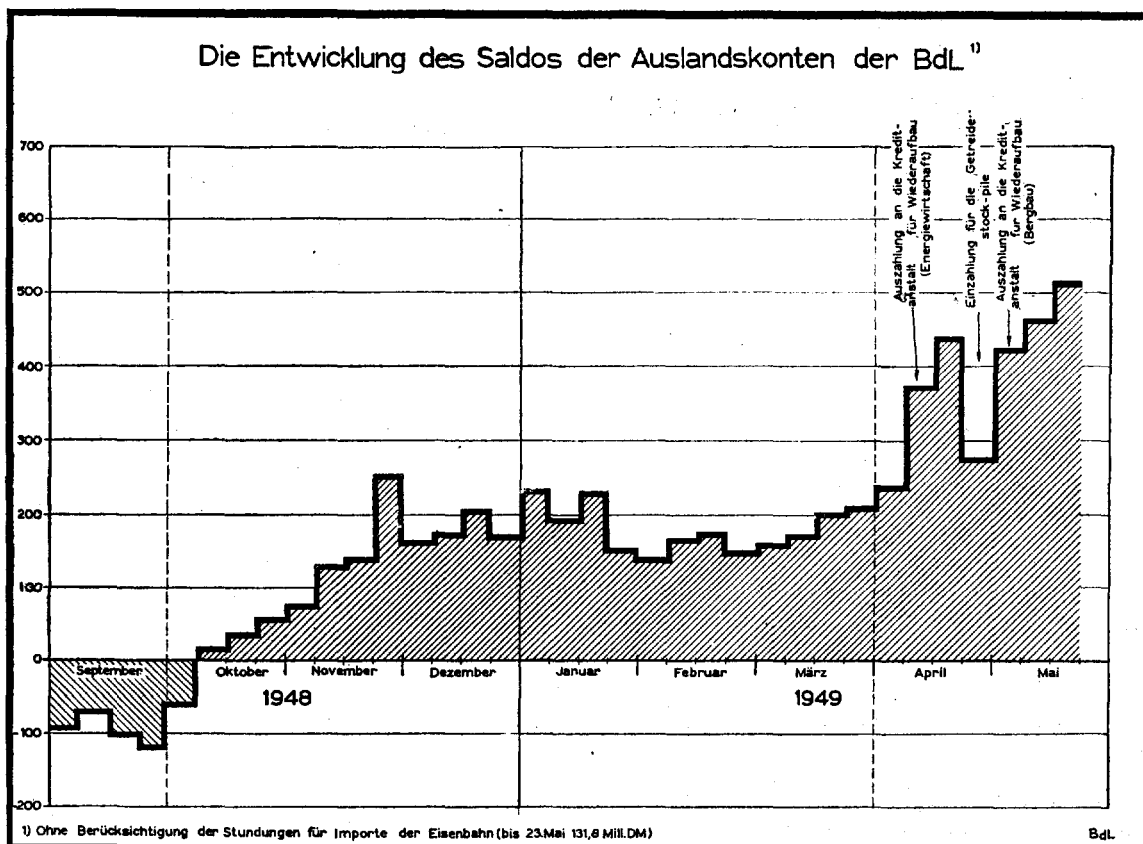
Was die Geldbewegungen über die mit dem Auslandsgeschäft zusammenhängenden Konten anbelangt, so sind die Einzahlungen der Importeure im April trotz der in letzter Zeit stark gestiegenen Einfuhr scharf gesunken. Gegenüber dem bisherigen Höchststand vom März betrug der Rückgang rd. 30 v. H. Im Mai hat sich diese Entwicklung, soweit es sich um normale Einzahlungen handelt, fortgesetzt. Einen gewissen Auftrieb empfangen die Einzahlungen nur durch die Bezahlung der noch kurz vor dem 1. Mai zum Inlandspreis übernommenen Getreidestockpile durch die bizonale Verwaltung in Höhe von 168 Mill. DM, die für

diesen Zweck einen Kassenkredit bei der Bank deutscher Länder in Anspruch genommen hatte.

Einzahlungen der Importeure in Mill. DM

Im Monatsdurchschnitt bzw. Monat 1948/49	GARIOA-, ERP- und STEG-Importe	B-Im- porte	Importe insgesamt
Juli - September	171,5	52,3	223,8
Oktober - Dezember	182,3	109,2	291,5
Januar - März	229,1	167,9	397,0
Januar	184,3	132,4	316,7
Februar	224,7	152,8	377,5
März	278,3	218,5	496,8
April	171,0	167,9	338,9

Auch die Auszahlungen an die Exporteure wiesen im April gegenüber dem März einen Rückgang auf, wenn sie sich auch durchaus im Rahmen der durchschnittlichen Exportauszahlungen im ersten Vierteljahr 1949 hielten. Die sonstigen Auszahlungen, die auf Weisung der Militärregierungen aus den Counterpart Funds erfolgen, sind dagegen im April und Mai er-



heblich angestiegen, und zwar vor allem durch erhöhte Überweisungen für Berlin sowie die an anderer Stelle erwähnten Auszahlungen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau zugunsten der Finanzierung bestimmter Investitionsvorhaben in Höhe von insgesamt 245 Mill. DM. Außerdem ist der Eisenbahn im Verlauf des April und Mai zu Lasten der GARIOA-Funds ein Betrag von rd. 82 Mill. DM an an sich fälligen DM-Gegenwerten für die Einfuhr bestimmter Investitionsgüter gestundet worden, womit sich der Gesamtbetrag dieser Stundungen auf rd. 132 Mill. DM erhöht hat. Die Mehrauszahlungen über die Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts sind infolgedessen von 210,6 Mill. DM am 31. März auf 513,1 am 23. Mai gewachsen. Der Anstieg wäre noch größer, wenn nicht die bereits erwähnte Einzahlung für die Getreide-stock-pile erfolgt wäre, die, da sie mit Hilfe eines Kassenkredits der Bank deutscher Länder getätigt wurde, die sonst über die Auslandskonten erfolgte Beanspruchung der Bank deutscher Länder zunächst auf das Konto „Kassenvorschüsse an die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets“ verlagerte. Setzt man diesen Betrag ab, so ergibt sich, daß selbst ohne die Bereitstellung von Counterpart Funds für Investitionszwecke (einschließlich der Eisenbahnstundungen) der Auszahlungsüberschuß auf den Auslandskonten sich von Ende März bis zum 23. Mai um rd. 130 Mill. DM erhöht hätte.

Mit Einschluß der gegen Mitte April für den Monat März durchgeführten Kompensationen hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet im Rahmen des Europa-Clearing Ziehungsrechte in Höhe von 20,7 Mill. Dollar erhalten und solche in Höhe von 56,9 Mill. Dollar zur Verfügung gestellt. Gleichzeitig wurde in Höhe von 16,1 Mill. Dollar ein Ausgleich zwischen Schulden- und Guthabensalden im Wege von Kompensationen 1. Grades durchgeführt. In den ersten sechs Monaten der Geltungsdauer des Pariser Zahlungs- und Kompensations-Abkommens vom 16. Oktober 1948 waren im Außenhandel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit den Teilnehmerländern auf den Konten bei den in Frage kommenden Zentralbanken Fehlbeträge (deficits) in Höhe von 71,3 Mill. Dollar und

Überschüsse (surpluses) in Höhe von 136,3 Mill. Dollar entstanden. Die Mehreinfuhren sind mit 29 v. H. durch empfangene Ziehungsrechte und mit 23 v. H. durch Kompensationen 1. Grades, die Mehrausfuhren mit 42 v. H. durch gegebene Ziehungsrechte und mit 12 v. H. durch Kompensationen 1. Grades zum Ausgleich gebracht worden.

Der Handel des Vereinigten Wirtschaftsgebiets mit den Teilnehmerländern hat sich, seitdem das Pariser Abkommen in Kraft getreten ist, wesentlich erhöht. Gegenüber dem letzten Vierteljahr 1948 betrug die Zunahme im ersten Vierteljahr 1949 bei den Einfuhren 136 v. H. und bei den Ausfuhren 181 v. H. Zu den Faktoren, die diese Steigerung verursacht haben, gehören neben einer Reihe anderer auch die Aussichten der Käufer, die entstehenden Schuldsalden ohne Dollarzahlungen abdecken zu können. Soweit es sich um das Vereinigte Wirtschaftsgebiet handelt, wurde bisher in erster Linie die Ausfuhr erleichtert. Von den vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet bis zum 30. Juni 1949 abzugebenden Ziehungsrechten sind auf Grund der Kompensationen vom 31. Oktober 1948 bis zum 31. März 1949 69 v. H. abgegeben worden, d. h. als Lieferant hat das Vereinigte Wirtschaftsgebiet in dem vorgesehenen Maße zur Erholung des übrigen Europa beigetragen. Von den vom Vereinigten Wirtschaftsgebiet zu empfangenden Ziehungsrechten hat es dagegen bis März 1949 einschließlich erst 21 v. H. erhalten. Letzteres ging zu einem Teil darauf zurück, daß es nicht möglich war, von den Partnerländern entsprechend den Vorschätzungen zu importieren, zum anderen Teil darauf, daß Defizite bereits durch Kompensationen 1. Grades ausgeglichen werden konnten und damit die Ziehungsrechte aufgespart blieben.

Die zunehmende Verschmelzung zwischen dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet und der französischen Zone macht sich auch für das Europa-Clearing bemerkbar. Nachdem der größte Teil der Konten, die bisher von der Militärregierung der französischen Zone im Ausland unterhalten wurden, bereits mit den Konten des Vereinigten Wirtschaftsgebiets

vereinigt und der Rest in die treuhänderische Verwaltung der Bank deutscher Länder übergegangen ist, ist die Bank deutscher Länder von der französischen Militärregierung ermächtigt, alle das Pariser Zahlungs- und Kompensations-Abkommen berührenden Fragen, auch soweit sie die französische Zone betreffen, zu bearbeiten. Im Zusammenhang damit sind die Ziehungsrechte der französischen Zone mit denen des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, soweit sie gleichgerichtet sind, d. h. gegenüber den gleichen Partnerländern gelten, zusammengelegt worden.

Für die Gesamtheit der Ziehungsrechte des Westdeutschen Wirtschaftsgebiets (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet und französische Zone) ergibt sich nach dem Stande von Ende März 1949 folgende Übersicht:

Bis zum 30. Juni 1949	
zu gebende Ziehungsrechte	97,4 Mill. Doll.
davon bisher gegeben	57,1 „ „
Bis zum 30. Juni 1949	
zu empfangende Ziehungsrechte	104,1 „ „
davon bisher empfangen	23,7 „ „

Mit Wirkung vom 11. April ist die Gültigkeit des für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet am 1. Dezember v. J. eingeführten Ausfuhrverfahrens auf die französische Zone ausgedehnt worden. Gleichzeitig trat hier ein Einfuhrverfahren in Kraft, das als Übergangsregelung für die Zeit bis zur Inkraftsetzung des Verfahrens gilt, das seit dem 1. März 1949 im Vereinigten Wirtschaftsgebiet zur Anwendung kommt. Damit ist, seitdem am 18. Oktober 1948 die frühere OFICOMEX (Office du Commerce Extérieur) in der JBIA aufgegangen war, auf dem Gebiet des Außenhandels der bisher wesentlichste Schritt hinsichtlich einer allmählichen Verschmelzung der Doppelzone und der französischen Zone in ein einheitliches westdeutsches Wirtschaftsgebiet getan. Die Angleichung der Außenhandelsstatistik ist jedoch noch nicht vollzogen, so daß eine gemeinsame Betrachtung des Außenhandels der französischen Zone und des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, zumindest hinsichtlich der Güterbewegung, noch nicht möglich ist. Im folgen-

den wird jedoch ein Überblick über den Warenhandel und den Dienstleistungsverkehr der französischen Zone mit dem Ausland für die Zeit von 1945 bis Februar 1949 auf Grund der Angaben über die entsprechenden Zahlungsvorgänge gegeben.

Nach der Wiederaufnahme der Handelsbeziehungen nach dem Kriege war die Außenhandelsbilanz der französischen Zone zunächst aktiv. Bei noch geringen Gesamtumsätzen in den Jahren 1945 und 1946 waren die Exporte um 40 v. H. höher als die Importe. Das Jahr 1947 brachte einen gewaltigen Anstieg von Einfuhren und Ausfuhren, zugleich aber auch eine geringfügige Passivierung der Handelsbilanz. Das Defizit konnte aus den Überschüssen der Jahre 1945 und 1946 gedeckt werden. Im Jahre 1948 erhöhten sich die Einfuhren weiter, und zwar gegenüber 1947 um 39 v. H., während die Ausfuhren um 13 v. H. zurückgingen. Beide Vorgänge erklären sich in erster Linie aus der wirtschaftlichen Ausgliederung der Saar, die am 1. April 1948 erfolgte und u. a. die Einfuhren von Kohle und Hüttenerzeugnissen notwendig machte, also von Gütern, die bis dahin ausgeführt worden waren. Der Passivsaldo des Jahres 1948 betrug 79,4 Mill. Dollar. Bei Berücksichtigung von Devisenguthaben aus früheren Jahren in Höhe von 7,4 Mill. Dollar, ECA-Einfuhren in Höhe von 36,6 Mill. Dollar und einem weiteren Zugang in Höhe von 4,1 Mill. Dollar verbleibt ein Devisenfehlbetrag für das Jahr 1948 in Höhe von 31,3 Mill. Dollar.

Im Januar und Februar 1949 (spätere Zahlen liegen noch nicht vor) sind gegenüber dem letzten Vierteljahr 1948 im Monatsdurchschnitt die Einfuhren um 21 v. H. und die Ausfuhren um 38 v. H. zurückgegangen. Diese erneute Schrumpfung der Ausfuhr dürfte u. a. auf die Abnahme der Holzexporte und das Abfließen von Exportwaren zu den Außenhandelsfirmen im Vereinigten Wirtschaftsgebiet zurückzuführen sein, das ihre Erfassung als Ausfuhr der französischen Zone nicht mehr gestattet. Aus dem letztgenannten Grunde wird die Außenhandelsstatistik der französischen Zone auch immer weniger repräsentativ für die tatsächliche Außenhandelsverflechtung des Gebiets.

Warenhandel und Dienstleistungsverkehr mit dem Ausland im Vereinigten Wirtschaftsgebiet und der französischen Zone
nach der Statistik der JEIA und der OFICOMEX

Warenhandel und Dienstleistungen	1945/46 (1. 8. 1945— 31. 12. 1946)	1947	1948	Monatsdurchschnitt			1948			1949		
				1945/46	1947	1948	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet												
Einfuhr in 1000 \$	739 000	708 000	1399 981	43 470	59 000	116 665	84 500	114 300	124 100	128 616	112 586	147 000
Ausfuhr in 1000 \$	163 000	225 042	598 993	9 588	18 754	49 916	62 798	67 448	71 811	91 356	88 356	86 000
Ausfuhr in v. H. der Einfuhr	22,0	31,8	42,8	22,0	31,8	42,8	74,0	58,9	57,9	71,0	78,4	58,5
Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung in \$	4,12	5,55	14,23	0,24	0,46	1,18	1,52	1,61	1,72	2,18	2,08	2,05
Französische Zone												
Einfuhr in 1000 \$	45 961	135 271	188 340	2 706	11 273	15 695	13 552	18 635	12 188	11 132	12 233	
Ausfuhr in 1000 \$	64 473	124 132	108 931	3 790	10 344	9 077	10 424	9 249	5 850	4 654	5 920	
Ausfuhr in v. H. der Einfuhr	140,3	91,7	57,8	140,3	91,7	57,8	76,9	49,1	48,3	41,8	48,4	
Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung in \$	10,97	21,03	20,02	0,64	1,75	1,66	2,00	1,77	1,13	0,88	1,12	
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet und französische Zone												
Einfuhr in 1000 \$	784 961	843 271	1588 321	46 176	70 273	132 360	98 052	132 935	136 288	134 748	124 819	
Ausfuhr in 1000 \$	227 473	349 174	707 924	13 378	29 098	58 993	73 222	76 697	77 701	96 010	94 276	
Ausfuhr in v. H. der Einfuhr	28,7	41,4	44,5	28,7	41,4	44,5	74,6	57,8	58,5	71,3	75,5	
Ausfuhr pro Kopf der Bevölkerung in \$	5,13	7,52	15,06	0,32	0,63	1,26	1,56	1,63	1,63	2,03	1,99	

Beschäftigung, Produktion und Absatz

Die Entwicklung der Binnenkonjunktur war weiter durch wachsende Arbeitslosigkeit bei voll behaupteter Industrieproduktion gekennzeichnet. Im gesamten Währungsgebiet hat die Zahl der Arbeitslosen im April um 63 000 zugenommen, in der ersten Maihälfte ist sie weiter um 20 000 gestiegen. Mitte Mai waren damit 1 252 100 oder 8,5 v. H. aller selbstständig Beschäftigten arbeitslos. Im Vergleich zu den ersten drei Monaten des Jahres, in denen die Zunahme 203 000, 106 000 und 100 000 betragen hatte, hat sich der Anstieg der Arbeitslosigkeit im April und Mai zwar weiter verlangsamt, aber dabei ist zu berücksichtigen, daß saisonmäßig seit März eigentlich ein Rückgang fällig ist. Ein solcher ist indes, länderweise betrachtet, nur in Bayern, und auch hier nur in verhältnismäßig schwachem Umfang, eingetreten. Im allgemeinen dagegen wurde die leichte Abnahme der Arbeitslosigkeit in der Landwirtschaft und der Bauwirtschaft durch einen Anstieg in den übrigen Wirtschaftsbereichen übertroffen.

Immerhin kann man auch für die letzten Wochen auf eine Reihe von Umständen hinweisen, die die krisensymptomatische Bedeutung jener ständigen saisonwidrigen Ausbreitung der Arbeitslosigkeit etwas abschwächen. Zunächst einmal kommt weiter ein großer Teil der neuen Arbeitslosen aus kaufmännischen und Büroberufen, wobei es sich vielfach um eine volkswirtschaftlich an sich durchaus zu begrüßende Einsparung von Arbeitskräften handelt. Auch die — keineswegs nur Büropersonal betreffende — Verminderung der Zahl der von den Militärregierungen Beschäftigten¹⁾ ist volkswirtschaftlich gesehen als solche nicht negativ zu beurteilen, und selbst in anderen Bereichen gibt es weiter viele Entlassungen, die lediglich als ein Symptom des sich allmählich durchsetzenden Rationalisierungsprozesses zu betrachten sind. Es ist z. B. bemerkenswert, daß von der neuerlichen Zunahme der Arbeitslosigkeit Frauen prozentual viel stärker betroffen wurden als Männer. Auch daß die Fluktuation

¹⁾ Nach Angaben des Direktors der Verwaltung für Arbeit von Januar bis März 78 000.

Die Arbeitslosigkeit im westdeutschen Währungsgebiet

Gebiet	1948			1949					Mitte Mai in v. H. der Arbeiter, Angestellten u. Beamten ¹⁾
	Mai	August	Dez.	Januar	Februar	März	April	Mai (Mitte)	
	in 1 000								
Bayern	148,0	270,0	227,1	300,8	340,5	364,7	360,2	351,7	12,7
Württemberg-Baden	28,1	31,7	25,0	33,7	39,5	44,5	48,1	51,3	4,3
Hessen	40,6	65,1	61,1	79,4	89,0	98,9	101,1	102,9	7,9
Bremen	8,7	10,4	11,5	13,5	14,7	15,5	16,9	16,7	7,2
Nordrhein-Westfalen	125,3	157,1	106,2	124,6	127,4	139,7	167,3	175,5	4,2
Niedersachsen	57,7	123,4	171,0	213,2	236,9	259,9	273,3	279,5	13,5
Schleswig-Holstein	18,6	81,7	114,8	140,6	155,4	170,4	183,7	186,8	22,7
Hamburg	12,1	28,8	26,2	32,0	34,8	38,5	44,1	46,7	7,6
Vereinigtes Wirtschaftsgebiet	439,1	768,2	742,9	937,8	1038,2	1132,1	1194,7	1211,1	9,1
Baden	3,0	4,3	4,3	4,9	5,0	5,8	6,0	6,0 ²⁾	1,7
Württemberg-Hohenzollern	1,1	2,3	2,0	2,2	2,9	4,3	4,6	4,5	1,4
Rheinland-Pfalz	5,0	9,5	10,4	18,0	22,8	27,0	27,1	30,5	4,2
Französische Zone	9,1	16,1	16,7	25,1	30,7	37,1	37,7	41,0	2,9
3 Westzonen	448,2	784,3	759,6	962,9	1068,9	1169,2	1232,4	1252,1	8,5

¹⁾ (einschl. der Arbeitslosen). — ²⁾ Geschätzt.

Dauer der Arbeitslosigkeit im Vereinigten
Wirtschaftsgebiet nach dem Stande von
Ende März 1949

von der Gesamtzahl der Arbeitslosen
waren v. H. arbeitslos

bis 14 Tage	12
über 14 Tage bis 3 Monate	43
„ 3 Monate „ 6 „	24
„ 6 Monate „ 12 „	16
„ „ 12 „	5

zwischen Arbeitslosen und Beschäftigten vorläufig noch ziemlich stark zu sein scheint, die Zahl der „Dauerarbeitslosen“ also noch relativ gering ist, deutet darauf hin, daß Produktionsumschichtungen für die Arbeitslosigkeit nach wie vor eine große Rolle spielen. Endlich hängt der Anstieg der Arbeitslosigkeit weiter in gewissem Umfang nicht mit einem Rückgang der Beschäftigung, sondern nur mit dem ständigen Neuzugang an Arbeitskräften aus dem Kreise der bisher nicht Erwerbstätigen, der schulentlassenen Jugendlichen und der aus der Ostzone Zugewanderten zusammen. Insofern aber spiegelt er nur das wachsende Arbeitspotential der Wirtschaft wider.

Allerdings enthält gerade die neuere Entwicklung des Arbeitsmarktes auch eine Reihe weniger günstige Momente. Einmal ist in den letzten Wochen die Arbeitslosigkeit besonders in den bisher verhältnismäßig wenig betroffenen Ländern Nordrhein-Westfalen und Württemberg-Baden gewachsen. Das zeigt, daß sich neuerdings auch die Beschäftigungslage der Industrie, die bisher relativ stabil gewesen war, verschlechtert hat und von der Konjunkturverschlechterung nunmehr auch Länder nicht verschont geblieben sind, die ihrer Wirtschafts- und Bevölkerungsstruktur nach weit weniger zur Krise neigen als etwa Schleswig-Holstein oder Niedersachsen. Nicht minder bedenklich ist, daß im Vereinigten Wirtschaftsgebiet unter den einzelnen Berufen die Metallfacharbeiter im April die stärkste Zunahme an Arbeitslosen — 17 500 von insgesamt 62 500 — aufwiesen. Endlich scheint neuerdings die Kurzarbeit stärkeren Umfang angenommen zu haben. Statistische Angaben hierüber liegen zwar nur für Ende März und auch hier nur für die unter-

Arbeitslose nach Berufsgruppen

Berufsgruppe	Zahl der Arbeitslosen in 1000	Arbeitslosen in v. H. der gesamten Arbeitslosen
Kaufmännische und Büro-Berufe	198,2	16,6
Hilfsarbeiter aller Art	162,5	13,6
Metallfacharbeiter	128,1	10,7
Baufacharbeiter und zugehörige Berufe	87,5	7,3
Verkehrsberufe	86,9	7,3
Land- und Forstwirtschaft	80,3	6,7

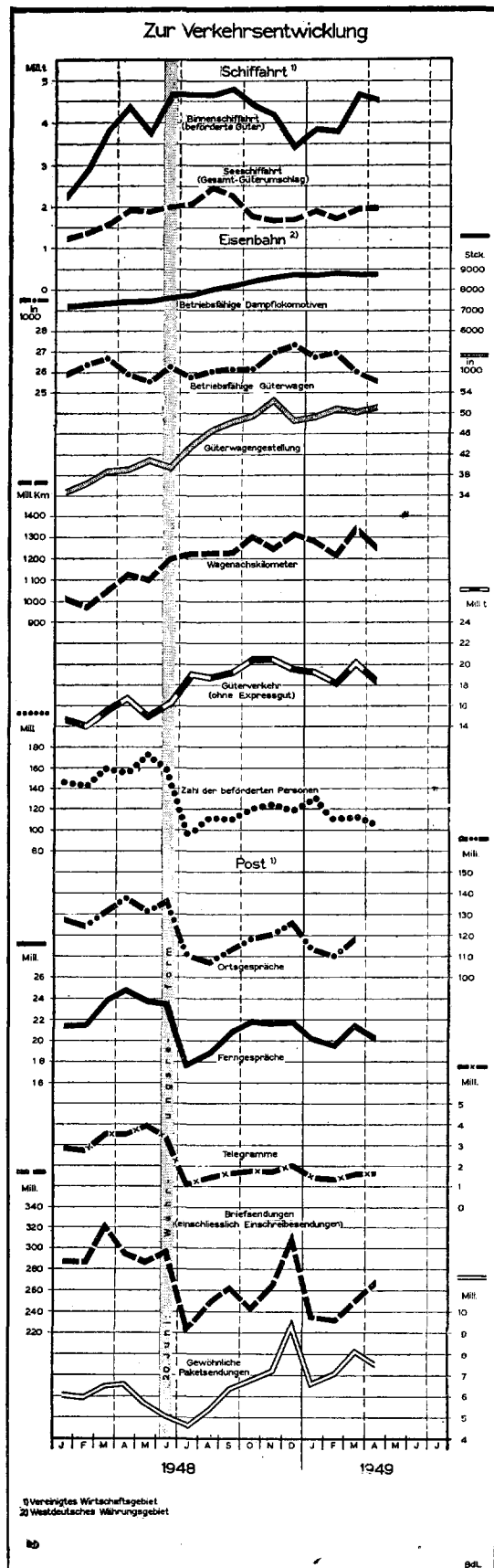
stützten Kurzarbeiter vor — deren Zahl belief sich damals auf 39 000, was nach dem Arbeitsausfall nur ungefähr 10—11 000 Vollarbeitslosen entsprach —, aber die Zahl der Nicht-Unterstützten soll schon damals nicht unbeträchtlich höher gewesen und in letzter Zeit noch gewachsen sein. Die Gesamtzahl der Kurzarbeiter wurde jedenfalls kürzlich von seiten der Verwaltung für Wirtschaft auf 200—300 000 geschätzt, und es besteht teilweise die Sorge, daß sich hieraus ein neuer Zuwachs an Vollarbeitslosen ergeben könnte.

Die industrielle Produktion, auf die, soweit sie vom offiziellen Produktionsindex erfaßt wird, allerdings nur knapp ein Drittel aller Beschäftigten entfällt, hat sich jedoch zumindest im April, aber wahrscheinlich auch im Mai, weiter gut behauptet. Der von der Verwaltung für Wirtschaft berechnete Produktionsindex lag im April arbeitstäglich mit gut 86 v. H. des Standes von 1936 eher sogar etwas über als unter dem im März erreichten Niveau, wenn auch das Monatsergebnis als solches mit 82 v. H. des Standes von 1936 um 8 Punkte hinter dem vom März zurückblieb. Allerdings beruht diese Konstanz zum Teil wohl nur auf Saisoneinflüssen. In der Bauwirtschaft, die an sich vom Produktionsindex nicht erfaßt wird, aber durch die Konjunktur ihrer Zulieferindustrien doch in gewisser Weise auf ihn einwirkt, ist im April jedenfalls doch noch eine verspätete Saisonbelegung eingetreten, obwohl diese Belegung, von regionalen Sonderentwicklungen abgesehen, bisher bei weitem nicht das saisonmäßige Maß erreicht hat und das Bauvolumen

im allgemeinen noch immer stärker als die übrige Produktion hinter dem Vorkriegsstand zurückbleibt.

Immerhin ist die Widerstandskraft der Industrieproduktion gegen die verschiedenen depressiven Einflüsse bemerkenswert. Selbst die Investitionsgüterindustrien weisen im April als Ganzes genommen keinen Rückgang auf, sondern haben sich im Gegenteil eher etwas günstiger entwickelt als die übrigen Industrien. Insbesondere die Eisen- und Stahlgewinnung, die Gewinnung von NE-Metallen, die Flachglas-erzeugung, der Fahrzeugbau und die Produktion elektrotechnischer sowie feinmechanischer und optischer Erzeugnisse haben arbeitstäglich einen neuen Höchststand erreicht. Die Erzeugung von allgemeinen Produktionsgütern hat sich, bei stärkerer Differenzierung im einzelnen, als Ganzes zumindest gehalten. Von besonderer Bedeutung ist hier der weitere Anstieg der Kohlenförderung, die mit einer Tagesleistung von fast 340 000 t in der 4. Maiwoche einen neuen Nachkriegsrekord erreichte. Seit März steht diese Entwicklung in klarem Gegensatz zu der in den Frühjahrs- und Sommermonaten gewöhnlich abwärts gerichteten Saisontendenz. Die Produktion der Verbrauchsgüterindustrien hat sich insgesamt im April ebenfalls behauptet, aber schärfer noch als bei den übrigen Gruppen ist hier die Entwicklung der einzelnen Industriezweige auseinandergelassen. Bei denjenigen Produkten, für die sich nun schon seit geraumer Zeit beim gegenwärtigen Stand von Einkommen und Preisen eine Bedarfsättigung ergeben hat, wie vor allem Gummiwaren, Hausrat, Feinkeramik, Ledererzeugnissen, Schuhen und gewissen Metallwaren, hat die Erzeugung weiter abgenommen, während da, wo der Absatz auch unter den gegebenen Marktverhältnissen noch elastisch ist oder wo sogar noch Versorgungslücken bestehen, wie z. B. bei Textilien und Papier, die Produktion teilweise beträchtlich wuchs.

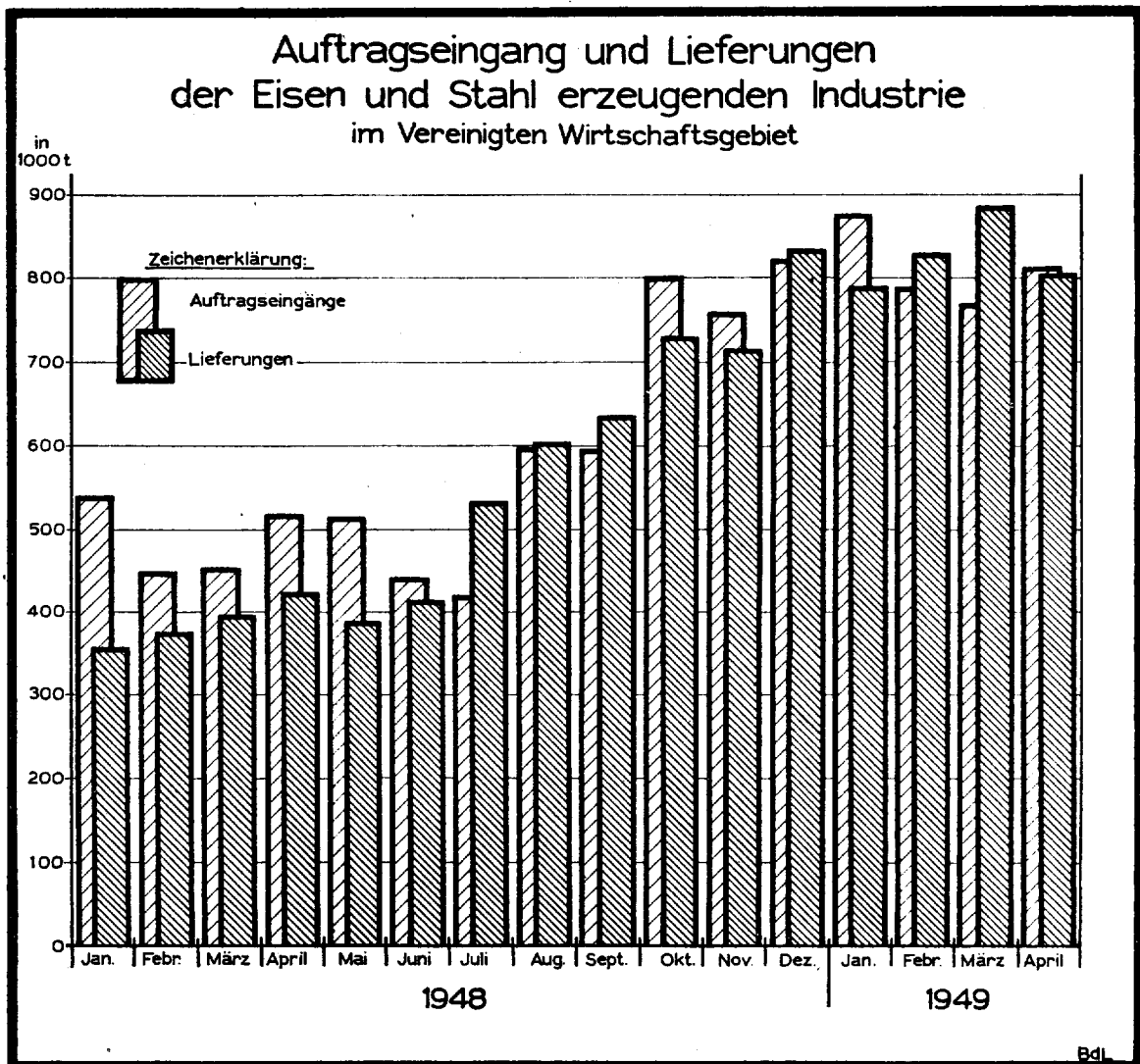
Von der Absatzentwicklung ein klares Bild zu gewinnen, ist wegen des bedauerlichen Mangels an Umsatz- und Auftragsstatistiken jedoch nach wie vor schwer, wenn nicht unmöglich. Das Aufkommen aus der Umsatzsteuer, das wenigstens einen allgemeinen Eindruck von der



Umsatzentwicklung vermittelt, hat sich im März und April — den letzten Monaten, für die Angaben vorliegen — unter Berücksichtigung der Saisonbewegung gut gehalten — vgl. hierzu S. 10 —, aber da die Umsatzsteuer monatlich, und zwar post festum, entrichtet wird, kommen in der April-Ziffer erst die März-Umsätze zum Ausdruck. Auch die in dem umseitigen Schaubild wiedergegebenen Verkehrsziffern reichen nicht bis in die allerneueste Zeit. Sie sind allerdings insofern nicht uninteressant, als sie zeigen, daß im Gegensatz zu einer weit verbreiteten Ansicht von einem starken Absinken der Umsätze bis April keine Rede sein kann, ebenso wie es für eine längerfristige Betrachtung aufschlußreich ist, daß im Vergleich* zur Zeit vor der Währungsreform

die überwiegend konsumtiven Verkehrsleistungen, wie der Personenverkehr bei der Eisenbahn und die Zahl der Ferngespräche, stark zurückgegangen sind, während die produktiven Leistungen, wie z. B. der Güterverkehr, sich wesentlich erhöht haben.

Was die neueste Entwicklung der Umsätze anbelangt, so sind die Einzelhandelsumsätze seit März teilweise gestiegen, besonders in Branchen mit ausgeprägten jahreszeitlichen Schwankungen. Die in den ersten Monaten des Jahres beobachtete Zurückhaltung der Konsumenten hat sich also zumindest saisonmäßig aufgelockert. Offenbar wirkt diese Entwicklung jedoch nur in geringem Maße auf die Industrie zurück, da der Handel nach wie vor sehr vorsichtig disponiert und seine teilweise



ohnehin noch hohen Vorräte möglichst zu vermindern trachtet. Die Industrie steht daher, wie die Verwaltung für Wirtschaft berichtet, im allgemeinen weiter im Zeichen der Absatzstockung und des Auftragsschwunds. In einer erhöhten Zahl von Branchen soll in letzter Zeit auf Lager gearbeitet worden sein. Als besonders ungünstig wird in dieser Hinsicht die Entwicklung in den Investitionsgüterindustrien geschildert. Hier hat die Annullierung von Aufträgen — und zwar nicht nur von sogenannten Luft- und Scheinaufträgen, die in der Zeit der Hausse vorsorglich oder aus spekulativen Gründen erteilt wurden — allem Anschein nach weitere Fortschritte gemacht. Über Auftragsstornierungen der Eisenbahn und anderer Großbesteller wurde noch in jüngster Zeit geklagt. Auch sollen sich gerade Großbesteller außerstande erklärt haben, früher in Auftrag gegebene Lieferungen abzunehmen. Von einer generellen Auftragskrise kann indes auch in den Investitionsgüterindustrien noch kaum gesprochen werden. Wie aus dem vorseitigen Schaubild entnommen werden kann, ist z. B. der Auftragseingang in einer so wichtigen Industrie wie der Eisen- und Stahlindustrie bis Ende April nur wenig gesunken, so daß zwischen Produktion und Aufträgen, zumindest bis April, wohl noch immer ein Gleichgewicht bestand. In andern Industrien, wie z. B. der Gießerei-Industrie, über deren Lage die folgende Übersicht informiert, und im Maschinenbau, ist wenigstens der Auftragsbestand noch

Zur Auftragsbewegung in der Gießerei-Industrie
(Eisen-, Stahl- und Temperguß)
in t

	Auftrags-		Produktion	Lieferungen
	bestand ¹⁾	eingang		
1948				
September	485 911	103 884	103 568	93 299
Oktober	496 496	145 995	110 551	108 887
November	533 604	112 175	112 094	108 584
Dezember	537 195	119 040	122 679	118 612
1949				
Januar	537 623	104 984	130 354	122 586
Februar	520 021	94 906	125 762	114 404
März	500 523	101 296	139 382	133 729
April	468 090	86 248	119 847	116 400
Mai	437 938			

¹⁾ Jeweils am 1. des Monats.

hoch, ganz abgesehen davon, daß in einzelnen Industrien, wie etwa im Fahrzeugbau (Personenwagen), noch immer „Unterproduktion“ und lange Lieferfristen die Lage charakterisieren. Aber in einigen Investitionsgüterindustrien, die sich bisher noch behaupteten, ist nun doch der Punkt, von dem ab die Produktion ohne einen Wiederanstieg der Aufträge abnehmen müßte, in bedrohliche Nähe gerückt, so daß die Bereitstellung des erforderlichen Investitionskapitals immer dringlicher wird, um eine Krise zu vermeiden. Mit einer neuen starken Ausbreitung der Arbeitslosigkeit aber würden sich zwangsläufig auch die — teilweise sehr unbefriedigenden — Absatzbedingungen der Verbrauchsgüterindustrien zwangsläufig verschlechtern.

Preise und Löhne

Den anhaltenden Absatzschwierigkeiten entspricht es, daß die seit Beginn dieses Jahres im Gange befindliche Preissenkung auch im April und Mai noch nicht zum Stillstand gekommen ist. Allerdings waren die Preissenkungen weniger zahlreich und im großen und ganzen geringfügiger als in den beiden Vormonaten.

Die Lebenshaltung ist für die breite Masse der Bevölkerung in den letzten Wochen billiger geworden. Einem ziemlich beachtlichen Abbau der Preise für Bekleidung und Hausrat steht allerdings ein Anstieg der Genußmittelpreise gegenüber. In den letzten Wochen sind jedoch einige Nahrungsmittelpreise — hauptsächlich aus saisonalen Gründen — gesunken (Kartoffeln, Gemüse, Eier, Seefische, Käse), so daß auch in diesem Bereich eine fühlbare Erleichterung für den Verbraucher eingetreten sein dürfte. Die Indexziffer der Lebenshaltungskosten bringt im übrigen die erheblichen Verbesserungen in der Qualität und das größere Sortiment der angebotenen Waren sowie die Sonderpreise zum Zwecke einer raschen Lageräumung nicht oder nur sehr beschränkt zum Ausdruck. Alle diese Merkmale eines Käufermarktes vermindern aber ebenfalls die Kosten der Lebenshaltung.

Einen Anhaltspunkt für den Umfang der Senkung einiger typischer Einzelhandelspreise seit

ihrem Höchststand nach der Währungsreform gewinnt man aus der untenstehenden Übersicht, der Preise in Frankfurt am Main zugrunde liegen.

Die für verschiedene Warengruppen im Herbst eingeführten „Preisspiegel“ haben infolge dieser Preisrückgänge schon seit längerem keine praktische Bedeutung mehr gehabt und sind nunmehr auch offiziell aufgehoben worden. Inwieweit sich die Herstellerpreise an die herabgesetzten Einzelhandelspreise bereits vollständig angepaßt haben, und ob umgekehrt der Handel seinerseits überall die Verkaufspreise in eine vernünftige Relation zu den zwischenzeitlich gesunkenen Erzeugerpreisen gebracht hat, ist nur schwer zu beurteilen; anscheinend besteht noch in beiden Richtungen ein gewisser Spielraum, der auch künftig Preiskorrekturen nach unten möglich erscheinen läßt. Darüber hinaus können sich die vom Weltmarkt ausgehenden Preissenkungstendenzen bei gewissen Erzeugnissen — insbesondere bei einer steigenden Fertigwareneinfuhr — preismindernd auswirken. Daß in bestimmten Markt Bereichen die bestehenden Absatzstockungen durch Preissenkungen wesentlich gemildert werden könnten, ist hier schon wiederholt betont worden.

Für die gegenwärtige Preisbildung besonders kennzeichnend ist die im Vergleich zu normalen Zeiten noch immer ungewöhnlich starke

Streuung der Preise verschiedener Hersteller und Händler für ein- und dasselbe Erzeugnis. Die unterschiedliche Beeinflussung der Kostelage bei den Erzeugern durch Kriegs- und Kriegsfolgeschäden macht sich häufig erst jetzt voll bemerkbar. Die sich in dieser Hinsicht anbahnende Preisangleichung wird sich voraussichtlich noch einige Zeit hinziehen, da sie sich im wesentlichen nur im Wege von Produktionsverlagerungen zu den billiger arbeitenden Betrieben und durch umfassende Rationalisierungen durchsetzen kann.

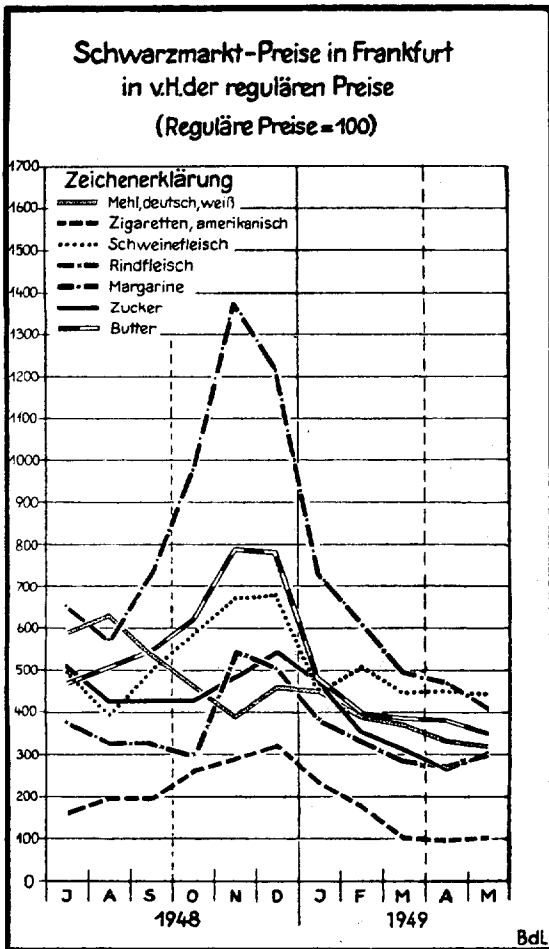
Die Grundstoffpreise sind auch im Berichtsmont weiter gesunken. Die Indexziffer lag im April bei 186,9 gegen 192,6 im Dezember und 187,7 im Oktober 1948. Nachdem kürzlich eine Erhöhung der Löhne im Kohlenbergbau um 10 v. H. erfolgte, ist allerdings mit der Forderung nach einer Erhöhung der Kohlenpreise zu rechnen. Der Preis für Braunkohlenbriketts ist vor einiger Zeit bereits von 13,20 DM je t auf 16,20 DM je t innerhalb und 17,20 DM je t außerhalb des sogenannten „Kerngebiets“ heraufgesetzt worden. Inwieweit dem leichten Anziehen der Häute- und Lederpreise, die sich als besonders reagibel erwiesen hatten und die — wie erinnerlich — die rückläufige Preisbewegung um die Jahreswende einleiteten, eine größere Bedeutung zuzumessen ist, läßt sich noch nicht übersehen.

Der Rückgang der Einzelhandelspreise am regulären Markt

(Angaben aus Frankfurt/M)

	Einheit	Höhepunkt nach der Währungsreform in DM	Stand am 25.—31. Mai 1949	Rückgang um v. H.
Herrenanzug (wollhaltig, Streichgarn)	1 Stück	128,10 ¹⁾	110,00	14,1
Oberhemd (Sport) mit festem Kragen	1 „	21,53 ²⁾	15,00	30,3
Unterhose für Männer, wollgemischt	1 „	6,63 ³⁾	5,50	17,0
Damenstrümpfe (Kunstseide)	1 Paar	15,00 ³⁾	8,00	46,7
Damenschlupfer (Wolle mit Baumwolle, Größe 44)	1 Stück	7,57 ²⁾	5,70	24,7
Kittelschürze, buntbedruckt	1 „	23,04 ³⁾	17,50	24,0
Herrenschuhe	1 Paar	37,24 ²⁾	30,59	17,9
Damenschuhe	1 „	35,32 ²⁾	28,80	18,5
Aktentasche (Vollrindleder)	1 Stück	125,10 ²⁾	55,00	56,0
Herrenarmbanduhr (Anker, 15 Steine, Schweiz. Werk)	1 „	121,76 ⁴⁾	70,00	42,5
Tasse ohne Untertasse (Porzellan)	1 „	1,40 ²⁾	0,95	32,1
Zinkeimer (28 cm ø)	1 „	5,90 ¹⁾	4,50	23,7

¹⁾ November 1948 — ²⁾ Dezember 1948 — ³⁾ Oktober 1948 — ⁴⁾ Januar 1949



Die Schwarzmarktpreise sind seit ihrem zu- meist im November oder Dezember vorigen Jahres erreichten Höchststand im ganz groben Durchschnitt um etwa die Hälfte gesunken.

Der eigentliche Sturz war in den Monaten Januar und Februar erfolgt. Danach sind sie — wie das obenstehende Schaubild erkennen läßt — aber noch weiter nennenswert zurückge- gangen. Mit der Ausdehnung des regulären An- gebotes ist die Spanne zwischen den Preisen des legalen und des schwarzen Marktes erheb- lich kleiner geworden. Sie besteht aber überall fort, wo es notwendig ist, die Rationen zu er- gänzen und ein Ausweichen auf andere, freie Waren nicht ohne weiteres in Frage kommt. Das gilt in erster Linie für Fleisch, Fett und Zucker. Auf einzelnen Gebieten (z. B. Kaffee, Zigaretten) ist der schwarze Markt — wie be- reits im April-Bericht erwähnt — dazu überge- gangen, die Preise des regulären Angebotes zu

unterbieten, wozu er ohne Schwierigkeiten im- stande ist, da er sich der Belastung durch Steu- ern und Zölle in der Regel entzieht und über- dies unter anderen Kostenverhältnissen arbeitet.

Gesamtlage und Kapitalversorgung

Zusammenfassend könnte man die Wirt- schaftsentwicklung der letzten Wochen etwa so diagnostizieren: Die seit Anfang des Jahres in Gang befindliche Konjunkturabschwächung hat sich zwar weiter fortgesetzt und in manchen Bereichen ist auch die Lage noch immer labil, aber im ganzen legt die Wirtschaft weiter eine bemerkenswerte Widerstandskraft gegen die de- pressiven Einflüsse an den Tag, während gleich- zeitig die Bemühungen um die Lösung des Problems der Kapitalversorgung gesteigert wer- den. Auf die starke Widerstandskraft der Wirt- schaft hinzuweisen, ist man um so mehr berech- tigt, als sie in erfreulichem Gegensatz zu ver- schiedenen Diagnosen steht, die bereits vor Mo- naten ein plötzliches scharfes Absinken der Konjunktur voraussagten und deshalb in der Forderung nach massiven konjunkturpolitischen Eingriffen gipfelten. Gegenüber jenem Pessi- mismus hat sich auch in den letzten Wochen erwiesen, daß einerseits der Selbstbehauptungs- drang einer noch so weit vom Normalstand entfernten Wirtschaft wie der deutschen eben doch viel größer ist als häufig angenommen wird, andererseits aber vielleicht auch der kon- traktive Druck, von den Steuern abgesehen, nicht ganz den im allgemeinen befürchteten Grad erreicht hat. Vergewagt man sich, daß der Preisrückgang in den letzten Wochen nicht schärfer, sondern schwächer geworden ist, und hie und da bereits wichtigere neue Preissteigerungen auftreten, so könnten über- haupt manchmal Zweifel kommen, ob die Ab- satz- und Liquiditätskrise wirklich so umfassend und tiefgreifend ist, wie sie gelegentlich geschil- dert wird.

Allerdings sind derartige, sich mehr an das Allgemeine, „Durchschnittliche“ haltenden Be- trachtungen in der gegenwärtigen Situation Westdeutschlands stets mit großen Vorbehalten zu versehen. Wenn z. B. von der bemerkens- werten Widerstandskraft der Wirtschaft gegen die unzweifelhaft vorhandenen depressiven

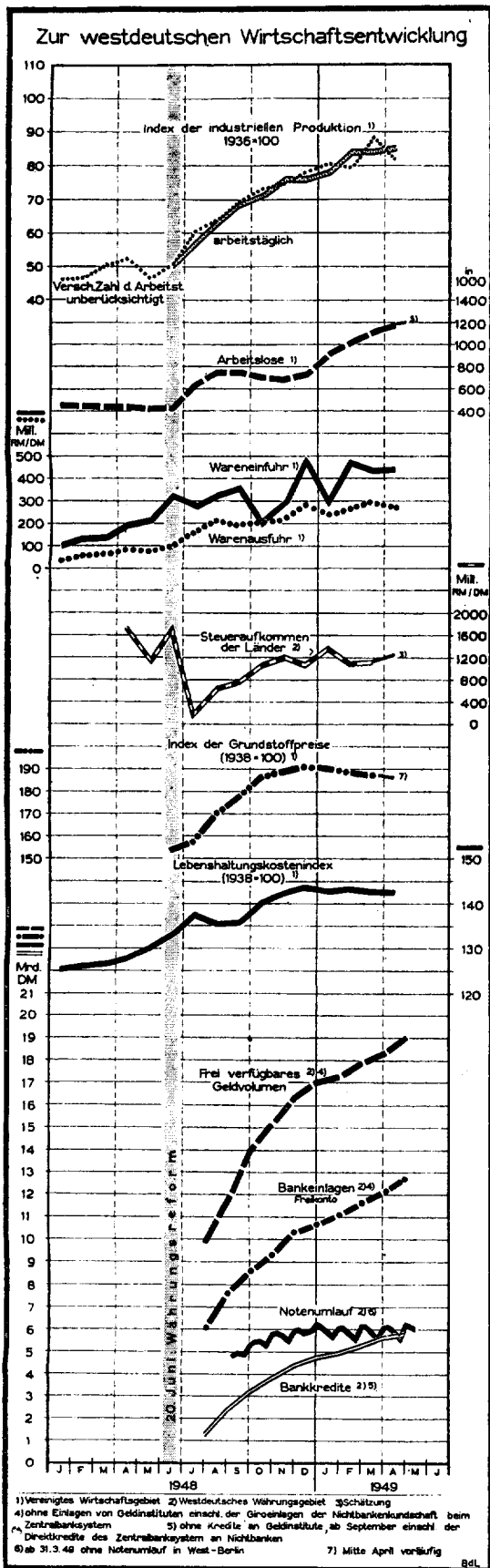
Einflüsse gesprochen wurde, so darf dabei nicht unbeachtet bleiben, daß es im Währungsgebiet Länder gibt, bei denen die Zähigkeit, mit der auch sie sich gegen die Niedergangstendenzen wehren, wenig besagt gegenüber der Tatsache, daß sie sich bereits tief in einer ausgesprochenen Krise befinden. Für ein Land wie Schleswig-Holstein z. B. wird es ein schwacher Trost sein, daß die Zahl der Arbeitslosen im Durchschnitt des Währungsgebiets von Ende Januar bis Mitte Mai „nur“ von 7 auf 8,5 v. H. der Gesamtzahl der Arbeiter, Angestellten und Beamten gestiegen ist, wenn es selbst bereits 22,7 v. H. erreicht hat. Auch branchenmäßig sind die Konjunkturunterschiede heute oft so groß, daß Prosperität und schwere Stockung nicht selten dicht beieinander wohnen.

Überhaupt wird man den gegenwärtigen Schwierigkeiten kaum gerecht werden, wenn man glaubt, sie auf einen Generalnenner, wie etwa „Geldverknappung“ oder „Kapitalmangel“ bringen und demgemäß „aus einem Punkt heraus“ kurieren zu können. Das Charakteristische der Krise, die die Wirtschaft seit einiger Zeit durchmacht, liegt vielmehr gerade darin, daß in ihr sehr verschiedenartige Störungen zum Ausdruck kommen, die alle ihre eigene Ursache haben und deshalb zum großen Teil auch einer differenzierten Therapie bedürfen. Zunächst einmal befinden sich wesentliche Teile der westdeutschen Wirtschaft, besonders einzelne Länder, in einer „Strukturkrise“, die mit den zahlreichen Verwerfungen des gesamtdeutschen Wirtschafts- und Bevölkerungsaufbaus durch den Krieg und seine Folgen sowie den zahlreichen Unzulänglichkeiten unserer gegenwärtigen staatsrechtlichen Struktur zusammenhängt und nicht mit kreditpolitischen Mitteln, sondern nur mit Maßnahmen, die den Kern des Übels treffen, bekämpft werden kann. Die besonderen Nöte Schleswig-Holsteins und Niedersachsens z. B. vermöchte niemals eine „Kreditspritze“ zu beheben. Hier wäre etwa ein besserer Finanzausgleich zwischen den Ländern mindestens ebenso wichtig, aber eine grundlegende Abhilfe wird für derartige „Strukturkrisen“ wohl nur eine tiefgreifende raumwirtschaftliche Neuordnung bringen, die eine entsprechende Neuverteilung

des durch den Krieg verursachten Bevölkerungszuwachses gestattet.

Ein weiteres Element der gegenwärtigen Schwierigkeiten ist die sogenannte „Anpassungs“- oder „Reinigungskrise“. Sie wurzelt, wie hier öfters dargelegt wurde, in der Notwendigkeit, die noch vielfach auf die Verhältnisse der Reichsmarkzeit abgestellte Produktionsstruktur an die neuen Marktbedingungen anzupassen, d. h. gewisse Produktionen, die unter den heutigen Einkommens- und Konkurrenzverhältnissen nicht mehr Absatz finden können, stillzulegen. Auch dieser Prozeß, der für die Betroffenen gewiß zunächst schmerzlich ist, kann nicht durch kreditpolitische Maßnahmen überflüssig gemacht werden, sondern es gilt im Gegenteil, ihn durch eine entsprechende Kreditauslese, die die Banken schon im eigenen Interesse vornehmen sollten, so schnell wie möglich zum Abschluß zu bringen. Daß es dabei Konkurse und temporäre Arbeitslosigkeit gibt, ist unvermeidlich, und es ist ein Zeichen dafür, wie wenig die Gesetze der Marktwirtschaft, mit der ja nicht nur Gewinnchancen, sondern auch Verlustrisiken verbunden sind, teilweise noch verstanden werden, wenn bei der Beurteilung von Zahlungseinstellungen, Absatzschwierigkeiten und Beschäftigungsrückgängen dem mitunter kaum Rechnung getragen wird.

Allerdings ist es unbestreitbar, daß sich neben den verschiedenen Strukturkrisen und der sogenannten Reinigungskrise auch eine mehr den Gesamtmechanismus der Konjunktur berührende Störung entwickelt hat. Sie kommt insbesondere darin zum Ausdruck, daß die Aufrechterhaltung der Investitionstätigkeit auf Schwierigkeiten stößt, die, wenn sie nicht überwunden werden könnten, einen mehr oder weniger allgemeinen Schrumpfungsprozeß auslösen würden. Eine solche Entwicklung muß natürlich verhindert werden, weil sonst die Kräfte lahmgelegt würden, die die durch die volkswirtschaftliche Rationalisierung freigesetzten Arbeitskräfte und Produktionskapazitäten wieder beschäftigen sollen, so daß dann auch die Reinigungskrise bald den Charakter eines Konsolidierungsprozesses verlieren würde. Ebenso würden die Strukturkrisen dann nur noch schärfer in Erscheinung treten.



Die Hauptursache der typisch konjunkturellen Störungen liegt bekanntlich darin, daß für langfristige Investitionsvorhaben nicht genügend Kapital zur Verfügung steht. Dabei ist es aber zur Zeit keineswegs so, daß die Kapitalbildung an sich unzureichend wäre, also zu wenig gespart und zuviel konsumiert würde. Auch die Verbrauchsgüterindustrien klagen ja über Absatzmangel, d. h. weder in ihre Produktion, noch die der Investitionsgüterindustrien begegnet einer Nachfrage, die ausreicht, um Einkommensbildung und -verausgabung im Gleichgewicht zu halten. Bestimmte Einkommenseinkommensteile werden also weder für die Investition noch für die Konsumtion verwandt, da auch das, was der Konsument nicht verausgabte oder verausgaben kann, weil es ihm durch Steuern oder Sozialbeiträge entzogen wird, nicht auf den Kapitalmarkt fließt, um dort von den Investoren übernommen zu werden, sondern, vor allem in Form von inaktiven Konten, brachliegt. Was die Krise der Investitionsfinanzierung verursacht, ist im Augenblick mithin nicht so sehr ein zu geringer Sparprozeß als vielmehr die allenthalben bestehende Liquiditätsneigung, die die ersparten Mittel von der Investition fernhält.

Erstes Ziel einer aktiven Konjunkturpolitik kann es unter diesen Umständen nicht sein, neues Geld zu schöpfen, sondern sie muß sich vornehmlich darauf konzentrieren, die bereits vorhandenen Mittel dem Kapitalmarkt zuzuführen, d. h. endlich eine stärkere Fluktuation vom Geldmarkt zum Kapitalmarkt auszulösen. Wesentliche Aufgaben hat in dieser Hinsicht die öffentliche Hand zu erfüllen, bei der sich, wie hier öfters dargelegt, teilweise nicht unerhebliche Mittel angesammelt haben und noch weiter ansammeln. Diese Mittel sollten, soweit sie nicht unbedingt für andere Zwecke reserviert werden müssen, beschleunigt der Investition zugeführt werden — direkt oder indirekt. Sie aus Gründen der Liquiditätsvorsorge für den Fall einer Krise zurückzuhalten, wäre gänzlich verfehlt, da eine übermäßige Reservebildung erfahrungsgemäß das sicherste Mittel ist, um die Krise wirklich heraufzubeschwören. Es verdient daher hohe Anerkennung, daß die Träger des Arbeitsstocks, wie an früherer Stelle dieses Berichts erwähnt, bereit zu sein scheinen, einen

namhaften Teil ihrer noch verfügbaren flüssigen Mittel der Wiederaufbaubank zur Verfügung zu stellen, wobei das Zentralbanksystem diesen Entschluß zu erleichtern sucht, indem es durch eventuelle Lombardzusagen den verschiedenen Instanzen der Arbeitslosenversicherung die Aufrechterhaltung einer gewissen Liquidität gewährleistet.

Im übrigen gilt es, die Attraktion des Kapitalmarkts für bisher nur geldmarktmäßig angelegte Mittel zu erhöhen. Einen wesentlichen Schritt in dieser Richtung bedeuten einmal die großen Anleihen, die in nächster Zeit zur Zeichnung offenstehen werden, also neben der bereits aufliegenden — im Abschnitt über den Kapitalmarkt geschilderten — Anleihe der Reichsbahn vor allem die im Anschluß daran zur Auflage kommenden Anleihen der Kreditanstalt für Wiederaufbau. Alle diese Anleihen werden für Investitionszwecke zweifellos erhebliche Mittel verfügbar machen, zumal die bisher blockierten Anlagekonten für sie freigegeben wurden. Auch wenn von der Reichsbahnleihe ein erheblicher Teil des Erlöses nur für Konsolidierungszwecke vorgesehen ist, wird der Geldmarkt damit doch so verflüssigt werden, daß er im Bedarfsfall zu einer neuen kurzfristigen Vorfinanzierung von Investitionen imstande sein wird.

Das Zentralbanksystem hat seinerseits ebenfalls eine Reihe wichtiger Maßnahmen ergriffen, um die Fluktuation vom Geldmarkt zum Kapitalmarkt zu fördern. Abgesehen von der bereits erwähnten Freigabe der Anlagekonten, sind hier vor allem die in letzter Zeit getroffenen geldpolitischen Entscheidungen zu nennen, also die Ausdehnung der Rediskontfähigkeit von Bankakzepten, die Erleichterungen für Debitorenziehungen, die Diskontsenkung und die Herabsetzung der Mindestreserven. Obwohl alle diese Maßnahmen an sich nur den Geldmarkt berühren, werden sie doch auch eine gewisse Wirkung auf den Kapitalmarkt nicht verfehlen, weil sie deutlich die Bereitschaft des Zentralbanksystems zeigen, von der Kreditseite her den Deflationstendenzen ebenso entgegenzuwirken wie im Herbst des vergangenen Jahres den Inflationstendenzen, und weil die Verfassung des Geldmarktes auf die Dauer erfah-

rungsgemäß auch den Kapitalmarkt beeinflusst. In einem Sonderfall hat der Zentralbankrat den Kapitalmarkt sogar in noch direkterer Weise zu stützen versucht, indem er den Landeszentralbanken empfahl, den Realkreditinstituten, die zur Pfandbriefausgabe erst schreiten können, wenn die erforderliche Deckung vorhanden ist, in angemessenem Umfang die zur Neuausstattung mit Eigenkapital übergebenen Ausgleichsforderungen abzunehmen. Die Realkreditinstitute werden daraufhin ihre Ausleihungen etwas erhöhen, aber vor allem auch eine gewisse Kurspflege für ihre alten Pfandbriefe betreiben und damit eine etwas freundlichere Tendenz auf dem Rentenmarkt fördern können.

Selbstverständlich hat sich der Zentralbankrat daneben auch eingehend mit den verschiedentlich erhobenen Forderungen nach einer noch weitergehenden direkten Einschaltung des Zentralbanksystems in die Investitionsfinanzierung befaßt. Viele dieser Forderungen können allerdings von vornherein nicht ernsthaft in Betracht gezogen werden, weil sie auf einer völligen Verkennung der Aufgaben eines Zentralbanksystems und oft auch einer geradezu befremdenden Unkenntnis der Statuten der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken beruhen, deren kreditpolitische Bestimmungen in dem Aufsatz „Die Funktionsweise des westdeutschen Zentralbanksystems“ in der vorliegenden Nummer des Monatsberichts kurz erläutert werden. Eine massive „Offenmarktpolitik“, wie sie von manchen Seiten empfohlen wird, würde überdies ein Moment der Unelastizität in den Zentralbankkredit bringen, das keine verantwortungsbewußte Notenbankleitung ohne weiteres in Kauf nehmen wird. Aber auch soweit man die Manövrierfähigkeit des Zentralbanksystems besser zu wahren bestrebt ist und aus diesem Grunde nur einer Vorfinanzierung des für später erwarteten Kapitalangebots das Wort redet, wird oft übersehen, daß auch einer Vorfinanzierung mannigfache rechtliche Schranken entgegenstehen, und daß vor allem bei den meisten Vorfinanzierungen, die man dem Zentralbanksystem zumuten möchte, der Charakter der Vorfinanzierung gar nicht

gesichert wäre. Gäbe es nämlich einen Kreditbedarf für langfristige Zwecke, der sich langfristig vorläufig nicht befriedigen ließe, bei dem aber die spätere, nach Zeitpunkt und Höhe bestimmbare Ablösung außer Frage stünde, so wären die betreffenden Mittel ohne weiteres am Geldmarkt erhältlich. Das Zentralbanksystem hätte dann gar keinen Anlaß, den Geschäftsbanken diese Anlagemöglichkeiten wegzunehmen, wie überhaupt das Bestreben des Zentralbanksystems dahin geht, alle Arten von Zwischenfinanzierungen nach Möglichkeit den Banken zu überlassen. Es wäre sehr zu begrüßen, wenn auch von Kreditnehmerseite diese Politik unterstützt und durch eine entsprechende Wahl der Kreditform erst einmal die Leistungsfähigkeit des offenen Marktes erprobt würde, anstatt sich mit jedem Finanzbedarf sofort an die Spitze des Bankensystems zu wenden.

Eine wesentliche Kapitalquelle wird der Wirtschaft mit Hilfe des Zentralbanksystems jedoch in wachsendem Maße durch die Freigabe der DM-Gegenwerte der devisenmäßig kreditierten Einfuhren erschlossen. In dem Abschnitt über Geld und Kredit ist dargelegt worden, welche Fortschritte in dieser Hinsicht während der Berichtszeit erzielt wurden. Insgesamt beliefen sich die Freigaben bis Ende Mai auf 245 Mill. DM, wovon etwa 110 Mill. DM bereits zur Auszahlung gelangt waren. Mit nennenswerten weiteren Freigaben ist in Kürze zu rechnen, zumal wenn der Wirtschaft allmählich auch die aufgelaufenen ERP-Mittel in größerem Umfang zur Verfügung gestellt werden. Zunächst geht es darum, den Rest des sogenannten „Sofort-Programms“ der Wiederaufbaubank zu finanzieren, in dem 90 Mill. DM für den Wohnungsbau, 53 Mill. DM für die Landwirtschaft und 78 Mill. DM für verschiedene Industrien vorgesehen sind. Darüber hinaus wird im Juli eine weitere 55 Mill. DM-Rate für das Investitionsprogramm der Energiewirtschaft fällig werden, für das bereits seit längerer Zeit von Allierter Seite feste Zusagen vorliegen. Aber auch für weitere Freigaben lagen bereits konkrete Investitionspläne vor. Das Zentralbanksystem nimmt es im Hinblick auf die starke Verlangsamung des Geldumlaufs bereitwillig in Kauf, daß mit derartigen Abdispositionen

der Auszahlungsüberschuß auf ihren Auslandskonten, über den an früherer Stelle dieses Berichts Zahlen genannt wurden, dauernd wächst und damit ständig mehr Zentralbankgeld in den Verkehr fließt.

Die Bedeutung der Freigabe von counterpart-funds könnte freilich wesentlich erhöht werden, wenn es möglich wäre, für sie schon jetzt, ähnlich wie im Falle der Energiewirtschaft, verbindliche Zusagen zu erlangen, wenigstens soweit es sich um den Rahmen-Betrag handelt, der für das zweite Marshall-Plan-Jahr vor einiger Zeit in Aussicht gestellt wurde. Die Unternehmungen, denen diese Mittel auf Grund des dem O.E.E.C. vorgelegten Investitionsprogramms zugute kommen sollen, könnten dann schon jetzt entsprechend disponieren und sich eventuell am Geldmarkt vorfinanzieren. In der gegenwärtigen Situation, in der die Konjunktur-entwicklung sehr stark durch psychologische Ungewisheiten beeinträchtigt wird, würden allein schon solche Zusagen eine weitreichende Wirkung ausüben.

Abschließend läßt sich indes auf jeden Fall feststellen, daß nun von den verschiedensten Seiten her die Möglichkeiten der Kapitalversorgung vergrößert werden — teils mit Hilfe des Zentralbanksystems, teils unabhängig von ihm: Die öffentlichen Gebietskörperschaften haben für das laufende Etatjahr Investitionen in Höhe von 1,95 Mrd. DM vorgesehen, der Arbeitsstock ist im Begriff, einen namhaften Teil seiner noch verfügbaren Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen, mit der Reichsbahnanleihe wirbt eine attraktive Anleihe um brachliegende Ersparnisse und ähnliche Emissionen werden folgen, die Anlagekonten sind für die Zeichnung dieser Wertpapiere freigegeben, die Kreditanstalt für Wiederaufbau wird außerdem in wachsendem Maße mit counterpart-funds ausgestattet und die kürzlichen geldpolitischen Maßnahmen des Zentralbanksystems werden zumindest indirekt die Auflockerung des Kapitalmarkts fördern. Alles in allem ist also durchaus mit einer allmählichen Verbreiterung des Kapitalstroms zu rechnen, so daß die Chancen der Aufrechterhaltung unseres Investitionsvolumens zweifellos im Wachsen begriffen sind.

Die Funktionsweise des Zentralbanksystems

Mit dem nachfolgenden Aufsatz wird die in der Februar-Nummer der „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“ mit der Abhandlung über den organisatorischen Aufbau begonnene Darstellung des Zentralbanksystems im westdeutschen Währungsgebiet fortgesetzt.

Die Funktionsweise des westdeutschen Zentralbanksystems erhält ihr besonderes Gepräge durch die bekannte „Zweistufigkeit“ des Systems: Die Bank deutscher Länder hat dabei das alleinige Ausgaberecht von Banknoten und Münzen, aber in den Verkehr gebracht werden die Zahlungsmittel ausschließlich durch die angeschlossenen Landeszentralbanken. Demgemäß gibt es keine direkten Geschäftsbeziehungen zwischen der Bank deutscher Länder und den Geschäftsbanken. Die Bank deutscher Länder ist vielmehr — abgesehen vom Auslandsgeschäft, das sie im Auftrage der JEIA abwickelt — gesetzlich auf den Verkehr mit den angeschlossenen Landeszentralbanken, mit Zentralbanken oder entsprechenden Einrichtungen anderer deutscher Länder und des Auslandes sowie mit der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und den drei Ländern der französisch besetzten Zone Deutschlands beschränkt. Sie darf also keine Konten für sonstige Geldinstitute (Kreditbanken, Sparkassen, Girozentralen u. dgl.) oder für Private führen. Ihre Hauptobliegenheit ist, die Kreditpolitik der angeschlossenen Landeszentralbanken zu koordinieren und deren Zahlungsfähigkeit und Liquidität als „bank of last resort“ zu pflegen.

Als die eigentlichen Zentralbanken treten dagegen nach außen hin die elf Landeszentralbanken — je eine in jedem der elf westdeutschen Länder — in Erscheinung. Sie haben den Geldumlauf und die Kreditversorgung zu regeln und die Zahlungsfähigkeit und Liquidität der Kreditinstitute zu pflegen. Daneben sind sie kraft Gesetzes fiscal agents ihrer Länder, denen sie auch Kredite geben können. Im gewissen Sinne kann also das westdeutsche Zentralbanksystem mit der Bank von England verglichen werden, wobei die Bank deutscher Länder als die Notenabteilung — das issue de-

partment —, die Gesamtheit der Landeszentralbanken als die Kreditabteilung — das banking department — anzusehen ist. Freilich gilt dieser Vergleich nur dem Grundsatz nach, denn im einzelnen ist sehr vieles abweichend geregelt.

Das Notenausgaberecht der Bank deutscher Länder

Das Recht zur Ausgabe von Noten und Münzen, das der Bank deutscher Länder erst mit der Währungsreform durch das 2. Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Emissionsgesetz) verliehen wurde, ist gesetzlich beschränkt. Nach § 5 des Emissionsgesetzes soll der Umlauf an Noten und Münzen der Bank deutscher Länder den Betrag von 10 Mrd. Deutscher Mark nicht überschreiten. Über diese Grenze hinaus darf die Bank deutscher Länder Noten und Münzen nur dann in Umlauf setzen, wenn mindestens drei Viertel der Mitglieder des Zentralbankrats und mindestens sechs Länder zustimmen. Solche Erhöhungen des Notenumlaufs dürfen jeweils nicht mehr als 1 Mrd. Deutscher Mark betragen. Bisher ist die Umlaufsgrenze von 10 Mrd. noch nie auch nur annähernd erreicht worden. Die bisherige Umlaufsspitze lag bei 6 792 Mill. DM am 30. April 1949, wobei zu berücksichtigen ist, daß seit dem 22. März 1949 auch die für Westberlin ausgegebenen Noten als Verpflichtung der Bank deutscher Länder¹⁾ ausgewiesen werden. Der Notenumlauf schwankt in regelmäßigem monatlichen und saisonalen Rhythmus; so war er beispielsweise am 23. Mai, wie stets in der dritten Woche des Monats, gegenüber der Spitze vom Ultimo April bereits wieder ziemlich erheblich zurückgegangen (nämlich auf 6 332 Mill. DM).

Eine Deckung für die seitens der Bank deutscher Länder ausgegebenen Noten ist im Gesetz über die Errichtung der Bank deutscher Länder im Gegensatz zu den meisten anderen

¹⁾ Vergleiche hierzu „Die Währungsbeziehungen zwischen Westberlin und dem westdeutschen Währungsgebiet“. („Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, April 1949.)

Notenbankgesetzen und auch abweichend von der Regelung des früheren deutschen Bankgesetzes von 1924 nicht ausdrücklich vorgesehen. An die Stelle von Deckungsvorschriften tritt einmal die erwähnte Begrenzung des Umlaufs, vor allem aber die qualitative Beschränkung der Kreditpapiere, die die Bank deutscher Länder und die Landeszentralbanken hereinnehmen dürfen, und die strenge quantitative Begrenzung der Kredite an die öffentliche Hand. So darf die Bank deutscher Länder nach den Bestimmungen ihres Errichtungsgesetzes nur Wechsel rediskontieren sowie Darlehen gegen Wechsel, bestimmte öffentliche Schuldverschreibungen und gegen Wertpapiere gewähren, welche die angeschlossenen Landeszentralbanken beliehen oder im Wege des Offenmarktgeschäfts erworben haben. Da die Landeszentralbanken ihrerseits nur 3-Monats-Wechsel kaufen und beleihen dürfen, können auch ins Portefeuille der Bank deutscher Länder keine längerfristigen Wechsel gelangen. Bei den Krediten an die öffentliche Hand darf es sich nur um kurzfristige Kassenvorschüsse handeln. Die Kurzfristigkeit der Anlagen einer Notenbank, die eine der wichtigsten Voraussetzungen für die Manövrierfähigkeit der Bank ist, ist also gewährleistet.

Die internen Beziehungen im Zentralbanksystem.¹⁾

Die Kreditbeziehungen zwischen der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken werden durch die Entwicklung der Einlagen und der Kredite der Landeszentralbanken sowie durch die Verpflichtung der Landeszentralbanken, stets 20 v. H. ihrer Giroverbindlichkeiten als Mindestreserve bei der Bank deutscher Länder zu unterhalten, bestimmt. Zu berücksichtigen ist dabei, daß die Landeszentralbanken gemäß § 10 des 3. Gesetzes zur Neuordnung des Geldwesens für je 100 Deutsche Mark ihrer aus der Umstellung des Geldwesens hervorgehenden Verbindlichkeiten aus Einlagen 30 Deutsche Mark von der Bank deutscher Länder gutgeschrieben erhalten haben.

¹⁾ Unter Benutzung von Ausarbeitungen, die der Bank deutscher Länder dankenswerter Weise von den Landeszentralbanken zur Verfügung gestellt wurden.

Die Landeszentralbanken sind gezwungen, von der Bank deutscher Länder Kredit zu nehmen, sobald bei ihnen — entweder durch Kreditgewährung oder durch Einlagenabzüge oder durch Zusammenwirken beider Faktoren — ein Geldbedarf entsteht, den sie nicht aus einem freien, d. h. über das Mindestreserve-Soll hinausgehenden Guthaben bei der Bank deutscher Länder (sogenannte Überschufreserve) decken können. Indem die Landeszentralbanken Kredite, die sie gewähren, auf Girokonto gutschreiben, führt die Kreditgewährung jeweils zur Erhöhung der Reservepflicht bei der Bank deutscher Länder um 20 v. H. des eingeräumten Kreditbetrages. Die gleiche Erhöhung der Reservepflicht bewirkt jeder Einlagenzugang; dieser führt aber darüber hinaus der Landeszentralbank in Höhe von 80 v. H. des Zugangsbetrages ein freies, nicht durch die sich erhöhende Reservepflicht gebundenes Guthaben zu. Umgekehrt bewirkt naturgemäß jede Kreditrückzahlung an die Landeszentralbank (zu Lasten von Girokonten), ebenso wie jeder Einlagenabzug, eine Verminderung der Reservepflicht bei der Bank deutscher Länder um 20 v. H. des betreffenden Betrages; der Einlagenabzug entzieht aber darüber hinaus der Landeszentralbank zusätzlich 80 v. H. des abgezogenen Betrages in freiem Guthaben. Der Mechanismus ist also folgender: Jede Kreditgewährung der Landeszentralbanken zieht ceteris paribus einen eigenen Kreditbedarf der Landeszentralbanken gegenüber der Bank deutscher Länder in Höhe von 20 v. H. der Kreditsumme nach sich oder vermindert entsprechend eine etwa vorhandene Überschufreserve; jeder Einlagenzugang vermindert dagegen den eigenen Kreditbedarf der Landeszentralbank um 80 v. H. des Zugangsbetrages oder baut entsprechende Überschufreserven auf. Umgekehrt setzt jeder Rückgang des Kreditvolumens der Landeszentralbank (zu Lasten von Girokonten) den eigenen Kreditbedarf um 20 v. H. des Rückgangsbetrages herab oder erhöht entsprechend die Überschufreserven, während jeder Einlagenabzug den Kreditbedarf um 80 v. H. der Abzugssumme steigert oder die Überschufreserve vermindert.

Da die erwähnte Erstaussstattung der Landeszentralbanken aus der Umstellung des Geldwesens nur zu zwei Drittel durch das Reserve-Soll gebunden war, mithin zu einem Drittel Überschußreserve darstellte, hätten die Landeszentralbanken — wie sich errechnen läßt — entweder durch Kredite ihre ursprünglichen Giroverbindlichkeiten um bis zu 50 v. H. erhöhen oder aber Einlagenabzüge bis zur Grenze von 12¹/₂ v. H. ihrer ursprünglichen Giroverbindlichkeiten ohne Inanspruchnahme von BdL-Kredit finanzieren können. In dem einen Fall wären durch die Gutschrift der eingeräumten Kredite auf Girokonto die Verbindlichkeiten auf 150 v. H. und damit das Reserve-Soll bis auf den tatsächlichen Stand des Guthabens bei der Bank deutscher Länder angewachsen, im anderen Fall hätte der Einlagenabzug das BdL-Guthaben und die Giroverbindlichkeiten soweit reduziert, daß das verbleibende Guthaben ebenfalls mit dem neuen Mindestreserve-Soll übereingestimmt hätte. In keinem Fall wäre also Kreditbedarf bei der Bank deutscher Länder entstanden.

Man sieht bereits hieraus, daß die Entwicklung der Einlagen der Landeszentralbanken von sehr viel größerer Bedeutung für deren eigenen Kreditbedarf ist als die Entwicklung der Kredite, die die Landeszentralbanken geben. Da sich seit jenem Anfangsstatus nach der Währungsreform, der für alle Landeszentralbanken der gleiche war, vor allem die Einlagen, aber auch die Kredite der einzelnen Landeszentralbanken sehr unterschiedlich entwickelt haben, ist der gegenwärtige Status der Landeszentralbanken und das Maß ihrer Kreditinanspruchnahme bei der Bank deutscher Länder gänzlich verschieden. In der nebenstehenden Übersicht werden die Gründe aufgezeigt, welche den Kreditbedarf und damit den Status jeder der elf Landeszentralbanken sowie der Gesamtheit aller Landeszentralbanken bestimmen. Dabei wird in der Weise vorgegangen, daß für jede der drei bei den Landeszentralbanken geführten Kontengruppen (Konten der öffentlichen Hand, der Geldinstitute und der sonstigen Girokunden) die von den Landeszentralbanken erteilten Gutschriften (Geldschöpfungsakte) nach dem Stande vom 30. April 1949 mit den an diesem Termin auf

den Konten jeder der drei erwähnten Einlegergruppen tatsächlich vorhandenen Guthaben verglichen werden (Pos. I, 1—3 der Tabelle). Als Geldschöpfungsakte der Landeszentralbanken rechnen hierbei die den Kontoinhabern erteilten Gutschriften für Erstaussstattungen und für Umwandlung von Reichsmark-Einlagen in DM-Einlagen gemäß Währungsgesetzgebung sowie die Gutschriften für gewährte Kredite (einschließlich Wechseldiskontkredite). Zu den tatsächlichen Kontoguthaben sind die innerhalb des Landes unterwegs befindlichen Giroüberweisungen hinzuzuzählen (Pos. 1, 4 der Tabelle). Der Saldo, der sich beim Vergleich der Geldschöpfungsakte mit den derzeitigen Kontoguthaben ergibt, stellt den Nettozufluß bzw. Nettoabfluß von Einlagen dar, der auf den Konten der drei genannten Einlegergruppen von der Währungsreform bis zum 30. April 1949 stattgefunden hat. Der hieraus für die Landeszentralbanken an sich erwachsende Kreditbedarf vermindert sich um die den Landeszentralbanken von der Bank deutscher Länder erstatteten 30 v. H. der Erstaussstattungs- und Umwandlungsbeträge (Pos. I, 5 der Tabelle); er erhöht sich um die bei der Bank deutscher Länder am 30. April 1949 gehaltenen Guthaben der Landeszentralbanken, deren Höhe sich wiederum in erster Linie aus der Mindestreservepflicht (20 v. H. der Giroverbindlichkeiten) erklärt (Pos. II, 1 der Tabelle). Unter Berücksichtigung der Nostroguthaben, der sonstigen Aktiva, der Ausgleichsforderungen, der Eigenmittel und der sonstigen Passiva der Landeszentralbanken (Pos. II, 2—6 der Tabelle) errechnet sich sodann aus der Übersicht für jede einzelne Landeszentralbank ein Kreditbedarf, der fast genau mit der tatsächlichen Kreditaufnahme bei der Bank deutscher Länder am 30. April 1949 übereinstimmt (Pos. III der Tabelle); die geringen Differenzen sind auf Abrundungen zurückzuführen.

Die Übersicht bestätigt, daß der eigene Kreditbedarf der Landeszentralbanken keineswegs ausschließlich, ja nicht einmal vorwiegend von dem Umfang ihrer Kreditgewährung abhängt. So beträgt beispielsweise die Verschuldung der Landeszentralbank Nordrhein-Westfalen an die Bank deutscher Länder nur 24 v. H.

**Die Bestimmungsgründe der
Beanspruchung der Bank deutscher Länder durch die Landeszentralbanken
nach dem Stande vom 30. April 1949**
Beträge in Mill. DM

Der Kreditbedarf der Landeszentralbanken und seine Deckung	Bayern	Hessen	Württ.-Baden	Bremen	Nordrh.-Westfalen	Nieder-sachsen	Schlesw.-Holstein	Hamburg	Rheinid.-Pfalz	Baden	Württ.-Hohenz.	Länder insgesamt
I. Ab- und Zufluß von BdL-Geld bei den Landeszentralbanken												
1. Im Verkehr mit der öffentlichen Hand												
a) von der Landeszentralbank der öffentlichen Hand gutgeschriebene Erstaussstattung gemäß Währungsgesetzgebung ¹⁾	357	209	229	70	575	287	129	206	124	78	55	2 349
zuzüglich												
b) Neuschaffung von Giroguthaben der öffentlichen Hand durch Kreditgewährung ²⁾	--	--	0	50	--	--	--	6	35	10	1	102
	357	209	229	120	575	287	129	212	159	88	56	2 451
abzüglich												
c) Tatsächliche Giroguthaben der öffentlichen Hand am 30. April 1949	15	35	60	48	422	42	17	187	108	61	44	1 639
mithin Nettoabgang auf den Konten der öffentlichen Hand	372	174	169	72	153	245	112	25	51	27	12	1 412
2. Im Verkehr mit den Geldinstituten												
a) von der Landeszentralbank den Geldinstituten gutgeschriebene Erstaussstattung gem. Währungsgesetzgebung ¹⁾	139	48	67	10	146	61	29	39	37	21	22	619
zuzüglich												
b) Neuschaffung von Giroguthaben der Geldinstitute durch Kreditgewährung ²⁾	284	114	123	14	381	207	103	219	104	6	11	1 566
	423	162	190	24	527	268	132	258	141	27	33	2 185
abzüglich												
c) tatsächliche Giroguthaben der Geldinstitute am 30. April 1949	216	95	132	82	495	123	25	112	60	45	30	1 475
mithin Nettoabgang (bzw. Nettozufluß [—]) auf den Konten der Geldinstitute	207	67	58	—58	32	145	107	146	81	—18	3	770
3. Im Verkehr mit sonstigen Girokunden												
a) Gutschrift aus Umwandlung von Reichsmark-Konten gemäß Währungsgesetzgebung ¹⁾	8	32	29	7	99	11	2	24	11	3	6	232
zuzüglich												
b) Neuschaffung von Giroguthaben sonstiger Girokunden durch Kreditgewährung ²⁾	--	--	--	--	--	--	--	--	16	5	1	22
	8	32	29	7	99	11	2	24	27	8	7	254
abzüglich												
c) tatsächliche Giroguthaben von sonstigen Girokunden am 30. April 1949	19	19	21	20	104	19	5	33	11	13	2	266
mithin Nettoabgang (bzw. Nettozufluß [—]) auf den Konten von sonstigen Girokunden	—11	13	8	—13	—5	—8	—3	—9	16	—5	5	—12
Nettoabgang auf den Konten der öffentlichen Hand	372	174	169	72	153	245	112	25	51	27	12	1 412
Nettoabgang (bzw. Nettozufluß [—]) auf den Konten der Geldinstitute	207	67	58	—58	32	145	107	146	81	—18	3	770
Nettoabgang (bzw. Nettozufluß [—]) auf den Konten von sonstigen Girokunden	—11	13	8	—13	—5	—8	—3	—9	16	—5	5	—12
Saldo der Nettoabgänge (bzw. Nettozuflüsse [—]) auf den drei Kontogruppen	568	254	235	1	180	382	216	162	148	4	20	2 170
abzüglich												
4. innerhalb des Landes unterwegs befindliche Giroüberweisungen	10	1	3	--	8	—3	2	--	—1	--	2	22
und abzüglich												
5. von der Bank deutscher Länder den Landeszentralbanken gemäß Währungsgesetzgebung gutgeschriebene 30% der Erstaussstattungs- und Umwandlungsbeträge	160	87	98	26	247	107	49	81	51	30	25	961
mithin Abfluß (bzw. Zufluß [—]) von BdL-Geld bei den Landeszentralbanken aus deren Geschäftsverkehr mit den drei Kontogruppen	398	166	134	—25	75	278	165	81	98	—26	—7	1 187
II. Der Kreditbedarf der Landeszentralbanken												
ergibt sich, wenn zu dieser Summe noch folgende Positionen hinzugesetzt werden:												
1. Guthaben der Landeszentralbanken bei der Bank deutscher Länder am 30. April 1949	52	30	43	55	170	36	10	63	36	25	17	537
2. Nostroguthaben der Landeszentralbanken	1	--	--	--	1	1	--	--	--	1	--	4
3. sonstige Aktiva einschließlich Beteiligung an der Bank deutscher Länder	21	18	13	5	47	16	10	9	8	6	3	156
4. Differenzposten gemäß Anmerkung ³⁾	25	20	17	—21	41	59	6	—7	12	6	4	162
und wenn von dieser Summe folgende zwei Positionen abgezogen werden:												
5. Grundkapital und Rückstellungen	50	30	31	10	56	40	10	10	20	10	10	277
6. sonstige Passiva	5	7	2	2	35	11	8	6	5	1	2	84
Kreditbedarf der Landeszentralbanken bei der Bank deutscher Länder am 30. April 1949	442	197	174	2	93	339	173	130	129	1	5	1 685
III. Kreditengagement der Landeszentralbanken bei der Bank deutscher Länder am 30. April 1949:												
1. Indossamentsverbindlichkeiten	194	83	102	--	50	174	87	130	88	--	5	913
2. Lombardverpflichtungen	250	116	73	--	40	165	87	--	42	--	--	773
	444	199	175	--	90	339	174	130	130	--	5	1 686

¹⁾ Die Erstaussstattungen bzw. Umwandlungsbeträge wurden aus der 30%igen Deckung (§ 10 Abs. 2 UG) errechnet, welche die Landeszentralbanken für ihre aus der Umstellung des Geldwesens hervorgehenden Verbindlichkeiten (§ 2 Abs. 2 BVO) von der Bank deutscher Länder effektiv gutgeschrieben erhalten haben (Pos. I, 5).
²⁾ Die Kreditgewährung setzt sich zusammen aus den Ausweispositionen: Wechsel und Schecks, Indossamentsverbindlichkeiten, Lombardforderungen, Wertpapiere, angekaufte fremde Ausgleichsforderungen, Kassenkredite, Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen.
³⁾ Die Differenzposten stellen den Saldo dar, der sich ergibt, wenn von den im Ausweis ausgewiesenen eigenen Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken gegen die Länder zuzüglich Interimsforderungen abgezogen werden die Interimsverbindlichkeiten der Landeszentralbanken gegen die Bank deutscher Länder sowie die Ausgleichsforderungen der Landeszentralbanken, die sich gemäß den Positionen I, 1—3, a und 5 dieser Tabelle rechnerisch ergeben (Erstaussstattungs- und Umwandlungsbeträge abzüglich 30%).

der von ihr gewährten Kredite, die der Landeszentralbank von Niedersachsen dagegen 164 v. H. Zwei Landeszentralbanken, Bremen und Baden, haben trotz erheblicher eigener Kreditgewährung den Kredit der Bank deutscher Länder sogar überhaupt nicht in Anspruch zu nehmen brauchen. In vier Ländern, nämlich Bremen, Nordrhein-Westfalen, Baden und Württemberg-Hohenzollern, waren die gesamten Giro Guthaben am 30. April 1949 größer als die Gesamtsumme der von der Landeszentralbank erteilten Gutschriften (aus Erstausrüstung — ohne die von der Bank deutscher Länder zu 100% ersetzten Durchlaufposten wie Kopf- und Geschäftsbeträge — und aus Kreditgewährung) abzüglich der den Landeszentralbanken von der Bank deutscher Länder erstatteten 30 v. H. der Erstausrüstung. Diesen Landeszentralbanken erwuchs also aus ihrem Geschäftsverkehr trotz Gewährung bedeutender Kredite per Saldo kein Abfluß von BdL-Geld; sie hatten im Gegenteil Zufluß. Dagegen war der Liquiditätsentzug aus dem Geschäftsverkehr besonders bei der Landeszentralbank Schleswig-Holstein relativ groß.

Die eigene Kreditgewährung der Landeszentralbanken erweist sich an den faktischen Zahlungsvorgängen als nur von sekundärer Bedeutung für den Kreditbedarf. Viel entscheidender ist in dieser Hinsicht die Entwicklung der Einlagen. Diese aber hängt von mehreren Faktoren ab, die die Landeszentralbanken nicht oder jedenfalls nur schwer beeinflussen können. Unter ihnen haben die Entwicklung des Notenumlaufs (durch Umwandlung von Bankgeld in Bargeld und umgekehrt), die interregionalen Geldbewegungen, die mit der Wirtschaftsstruktur der einzelnen Länder zusammenhängen, und schließlich die Art, wie die Bankguthaben der öffentlichen Hand zwischen der Landeszentralbank und den Geschäftsbanken des Landes aufgeteilt sind, besondere Bedeutung. Für die Praxis ergeben sich aus dieser Erkenntnis der funktionalen Zusammenhänge wichtige Folgerungen. So kann von der Zinsberechnung, die zwischen der Bank deutscher Länder und den Landeszentralbanken erfolgt, keine die Kreditgewährung steuernde Wirkung ausgehen; fehlt es doch eben an der Parallelität zwischen den

Kredit, die die Landeszentralbanken selbst geben, und den Krediten, die sie ihrerseits bei der Bank deutscher Länder aufzunehmen benötigt sind. Die Zinsspanne innerhalb des Zentralbanksystems — gegenwärtig $3\frac{1}{2}\%$ — hat demnach ausschließlich gewinnverteilende Wirkung — es sei denn, jede Erhöhung und Ermäßigung des Zinssatzes, den die Landeszentralbanken zu zahlen haben, schließe jeweils bis zum letzten Kreditnehmer durch. Die Aufteilung des Diskont- und Lombardsatzes zwischen Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken ist daher eine reine Rentabilitätsfrage. Bis zu einem gewissen Grade gilt das auch von der Mindestreserve, welche die Landeszentralbanken bei der Bank deutscher Länder zu unterhalten haben; auch ihr kommt praktisch im wesentlichen nur die Wirkung einer Gewinnpoolung innerhalb des Zentralbanksystems zu, es sei denn wieder, daß Änderungen der Reservesätze zwischen Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken jeweils auch die Reservesätze der Geldinstitute und damit die Kreditkosten des letzten Kreditnehmers entsprechend veränderten. Da beides, die Zins- und die Reservesätze, sowohl für die Geldinstitute als auch für die Landeszentralbanken vom Zentralbankrat festgesetzt werden, erübrigt sich eine besondere Variierung der für die Landeszentralbanken geltenden Sätze. Dieser Erkenntnis ist bei der jüngsten Senkung des Diskont- und Lombardsatzes um $\frac{1}{2}\%$ und bei der Herabsetzung der Reservesätze für Geldinstitute um 3 bzw. 1% für Sichtdepositen an Bank- und Nichtbankplätzen Rechnung getragen worden, indem in beiden Fällen die Sätze für die Landeszentralbanken unverändert gelassen wurden.

Die gesamte Inanspruchnahme der Bank deutscher Länder durch die Landeszentralbanken betrug am 30. April 1949 1 686 Mill. DM. Das Guthaben, welches die Landeszentralbanken bei der Bank deutscher Länder unterhalten, entspricht bei fast allen Landeszentralbanken immer genau dem Reserve-Soll. So knappes Disponieren ist möglich, weil die Landeszentralbanken von der Bank deutscher Länder in der Regel Kredit immer erhalten, wenn sie ihn benötigen und weil sie außerdem Spitzenbeträge, die nur vorübergehend gebraucht wer-

den, als Lombardkredit entnehmen können, so daß eine tägliche Rückzahlung möglich ist. Im Durchschnitt des Monats April stand dem Reserve-Soll von 582 Mill. DM ein Reserve-Ist von 623 Mill. DM gegenüber, so daß die Überschußreserven aller Landeszentralbanken im Monatsdurchschnitt nur 41 Mill. DM betragen.

Die Beziehungen des Zentralbanksystems zu den Geldinstituten

Die Gründe, welche die Geldinstitute zwingen, den Kredit der Landeszentralbank in Anspruch zu nehmen, sind im Prinzip die gleichen, wie sie auch für die Beanspruchung der Bank deutscher Länder durch die Landeszentralbanken gelten: immer, wenn „Geldbedarf“ auftritt, der nicht aus eigenen Mitteln, einschließlich der freien Giro Guthaben bei der Landeszentralbank (Überschußreserven), oder aus Verschuldung bei anderen Geldinstituten gedeckt werden kann, muß auf den Kredit der Landeszentralbank zurückgegriffen werden. Dabei ist jedoch der Einfluß, der von der eigenen Kreditgewährung der Geldinstitute auf ihren Kreditbedarf ausgeht, an sich noch geringer als bei den Landeszentralbanken. Dies erklärt sich daraus, daß die Reservesätze für die Geldinstitute niedriger sind als die für die Landeszentralbanken. Die Unter- und Höchstgrenzen, innerhalb deren die Bank deutscher Länder die Reservesätze der Geldinstitute verändern kann, betragen für Sichteinlagen 8 und 20 v. H., für befristete Verbindlichkeiten und Spareinlagen 4 und 10 v. H. Die bisherigen, seit 1. Dezember 1948 in Kraft befindlichen Reservesätze betragen 15 v. H. für Sichteinlagen, soweit sie an Bankplätzen gehalten werden, 10 v. H. für Sichteinlagen an Nichtbankplätzen und 5 v. H. für befristete Verbindlichkeiten einschließlich Spareinlagen. Mit Wirkung vom 1. Juni 1949 sind die Reservesätze von 15 auf 12 v. H. und von 10 auf 9 v. H. gesenkt worden, während der Satz von 5 v. H. unverändert blieb. Nimmt man an, daß ein von einem Geldinstitut gewährter Kredit sich in der Regel zunächst als Sichteinlage niederschlägt, dann würde somit — Sitz am Bankplatz unterstellt — das Reserve-Soll um 12 v. H. des Kreditbetrages stei-

gen; in gleicher Höhe würde entweder die Überschußreserve vermindert oder der Kreditbedarf erhöht. Andererseits würde im gedachten Fall jeder Abzug von Sichteinlagen die Überschußreserve ungleich stärker, nämlich um 88 v. H. des Abzugsbetrages, vermindern bzw. den Kreditbedarf erhöhen. Abzüge von Termineinlagen würden sogar mit 95 v. H. der abgezogenen Beträge liquiditätsmindernd wirken. Umgekehrt haben alle Einlagenzugänge entsprechende liquiditätssteigernde Wirkung.

Die Entwicklung der Einlagen ist also für den Kreditbedarf der Geldinstitute noch entscheidender als für den der Landeszentralbanken. Die Übertragung öffentlicher Gelder auf das Zentralbanksystem beispielsweise, wie sie durch das neue Landeszentralbankgesetz vorgeschrieben wird, dürfte deshalb für die davon betroffenen Geldinstitute einen nicht unbedeutenden Kreditbedarf nach sich ziehen, sofern nicht — bei Sitz des Geldinstitutes an einem Bankplatz — 88 v. H. der zu überweisenden Beträge aus Überschußreserven gedeckt werden können. Unter dem gleichen Gesichtspunkt, nämlich dem der Einlagenabzüge, ist es für die einzelne Bank auch wichtig, daß sie in ihrer Kreditgewährung nicht zu stark über die der anderen Banken hinausgeht; sie würde nämlich sonst, da ein großer Teil der kreditierten Beträge für Überweisungen auf Konten bei anderen Banken Verwendung zu finden pflegt, in der Abrechnung mit den übrigen Banken sehr bald größere Ausgänge als Eingänge und damit Verlust an Zentralbankgeld haben.

Aus den vorstehenden Überlegungen ergibt sich, daß die Kreditgewährung der Banken, falls sie bei allen Banken im Gleichschritt erfolgen würde und im übrigen der Notenumlauf sowie alle anderen Faktoren unverändert blieben, überhaupt nicht zur Beanspruchung des Zentralbanksystems führen würde, wenn nicht die Mindestreservevorschriften sie erzwingen. Natürlich ist dieses gedankliche Modell insofern unreal, als die Kreditexpansion der Banken schließlich doch auch ein Steigen des Notenumlaufs nach sich zieht. Eine gewisse, praktisch auch durchaus bedeutsame Unabhängigkeit des Notenumlaufs von der Kreditausweitung bei

den Banken besteht aber zweifellos, denn die Höhe des Notenumlaufs wird in erster Linie durch die Summe der Lohn- und Gehaltseinkommen, die Einzelhandelsumsätze und die Zahlungsgewohnheiten, dagegen erst in zweiter Linie durch die Größe des Giralgeldvolumens bestimmt. Die Entwicklung beispielsweise in der jüngsten Vergangenheit bestätigt dies: Der Notenumlauf hielt sich seit Jahresbeginn unter den üblichen rhythmischen Schwankungen, die auf die Ultimobeanspruchung zurückgehen, im wesentlichen auf gleicher Höhe, während das Kreditvolumen der Banken unter Einrechnung des Zentralbankkredits im gleichen Zeitraum um gut $1\frac{1}{2}$ Mrd. DM zunahm. Von seiten des Verkehrs waren also die Banken keiner steigenden Barbeanspruchung ausgesetzt. Die Einlagensteigerung aber, die als Folge der Kreditausweitung eintrat, führte zu fühlbarer Erhöhung des Reserve-Solls der Geldinstitute. Die Mindestreservevorschriften haben also die Wirkung, daß sie die Expansionsfähigkeit der Banken einschränken. Daneben geht von ihnen infolge der Zinslosigkeit der Giro Guthaben bei den Landeszentralbanken auch ein gewisser Druck auf die Gewinne der Geschäftsbanken aus, sofern es ihnen nicht gelingt, die Kreditkosten für den letzten Kreditnehmer entsprechend zu erhöhen.

Der Kreditverkehr der Landeszentralbanken mit den Geldinstituten wickelt sich zur Hauptsache in der Form ab, daß die Geldinstitute Wechsel (in geringem Umfange auch Schecks) rediskontieren. Die Wechsel, aus denen im Regelfall drei als zahlungsfähig bekannte Verpflichtete haften sollen, müssen — vom Tage des Ankaufs an gerechnet — innerhalb von drei Monaten fällig sein, wobei unter bestimmten Voraussetzungen auch Bankakzepte angekauft werden. Der 3-Monats-Wechsel wird entsprechend einer althergebrachten Notenbanktradition vor allem deshalb als besonders geeignetes Instrument zur Gewährung von Zentralbankkredit angesehen, weil er den kurzfristigen Rückstrom des Geldes am besten sichert und damit die Beanspruchung von Zentralbankkredit für andere als unmittelbar produktive Zwecke erschwert.

Außer Handelswechseln sind auch Schatzwechsel, die von der Verwaltung des Ver-

einigten Wirtschaftsgebiets oder von deutschen Ländern begeben sind, ankaufsfähig, wenn sie ebenfalls nicht mehr länger als drei Monate laufen. Der Verwaltungsrat jeder Landeszentralbank kann einen Höchstbetrag festsetzen, bis zu dem die Landeszentralbank angekaufte (und beliebige) Schatzwechsel im Bestand haben darf.

Neben dem Rediskontkredit dürfen die Landeszentralbanken auch verzinliche Darlehen gegen Pfänder (Lombardkredite) geben, und zwar ebenfalls wieder gegen Wechsel und Schatzwechsel mit höchstens noch dreimonatiger Laufzeit, gegen Schatzanweisungen und gegen festverzinsliche Wertpapiere einschließlich Schuldbuchforderungen und Ausgleichsforderungen. Die Beleihungsgrenze beträgt bei Wechseln und Schatzwechseln $\frac{9}{10}$ des Nennbetrages, im übrigen $\frac{3}{4}$ des Kurswertes. Das dritte Gesetz zur Neuordnung des Geldwesens (Umstellungsgesetz) und das neugefaßte Landeszentralbank-Gesetz enthalten außerdem das Recht der Landeszentralbanken, „in besonderen Fällen“ Ausgleichsforderungen der Geldinstitute ihres Bezirks nicht nur zu lombardieren, sondern auch anzukaufen, soweit — und solange — dies zur Aufrechterhaltung der Zahlungsbereitschaft des Geldinstituts erforderlich ist.

Praktisch spielt im Aktivgeschäft der Landeszentralbanken der Diskontkredit bei weitem die Hauptrolle; so lief beispielsweise am 30. April 1949 bei den Landeszentralbanken ein Wechselobligo der Geldinstitute in Höhe von rund 1 350 Mill. DM, wogegen Lombardforderungen nur in Höhe von rund 197 Mill. DM bestanden. Mehr als $\frac{3}{4}$ der Pfänder der Lombardkredite waren Ausgleichsforderungen der Geldinstitute gegen die öffentliche Hand, die im Zuge der Währungsreform entstanden sind. Der Ankauf von Ausgleichsforderungen durch die Landeszentralbanken hat sich bisher auf Ausnahmen beschränkt; am 30. April 1949 wurden von der Gesamtheit der Landeszentralbanken nur rund 48 Mill. DM angekaufte Ausgleichsforderungen ausgewiesen. Die Verkäufer waren hauptsächlich Hypothekenbanken, Sparkassen und Genossenschaften. Die Landeszentralbank kann den Rückerwerb der Ausgleichs-

forderungen durch die verkaufenden Institute verlangen, wenn der Grund für den Ankauf nachträglich wegfällt.

Die Offenmarktpolitik der Landeszentralbanken

Gemäß § 13 (3) der Landeszentralbank-Gesetze dürfen die Landeszentralbanken zur Regelung des Geldmarktes nachstehende zum amtlichen Börsenhandel zugelassene festverzinsliche Wertpapiere: Anleihen der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets, der Länder und sonstiger öffentlicher Körperschaften, Pfandbriefe und Kommunalobligationen am offenen Markt kaufen und verkaufen; die hierfür in Frage kommenden Papiere werden vom Verwaltungsrat der Landeszentralbank nach Anhören des Vorstandes bestimmt. Indem die Landeszentralbank derartige Wertpapierkäufe durchführt, schafft sie Zentralbankgeld und überträgt es dem Verkäufer des Papiers; umgekehrt würde sie durch Verkäufe von Wertpapieren Zentralbankgeld aus dem Verkehr absaugen. In diesem Wertpapierhandel liegt also die Möglichkeit, daß die Landeszentralbanken von sich aus das Geldvolumen vergrößern oder verkleinern können.

Die einzelne Landeszentralbank ist dabei allerdings nicht autonom. § 11 a des Gesetzes über die Errichtung der Bank deutscher Länder bestimmt vielmehr, daß die Bank deutscher Länder — und zwar das für die Kreditpolitik verantwortliche Organ der BdL, der Zentralbankrat — Anweisungen für die Offenmarktpolitik der angeschlossenen Landeszentralbanken erläßt. Man folgt damit dem Beispiel anderer Länder, besonders dem der Vereinigten Staaten, wo durch ein Federal Open Market Committee gerade die Offenmarktpolitik einer speziellen Koordinierung unterliegt.

Einer wesentlichen Einschränkung ist das Recht zum An- und Verkauf von Wertpapieren durch die Bestimmung unterworfen, daß derartige Transaktionen nur „am offenen Markt“ und nur „zur Regelung des Geldmarkts“ vorgenommen werden dürfen. Das erste schließt aus, daß festverzinsliche Wertpapiere vom

Emittenten übernommen werden; sie müssen immer erst am Markte untergebracht und zum Börsenhandel zugelassen sein. Die Bestimmung, daß die Offenmarktpolitik nur „zur Regelung des Geldmarkts“ erfolgen kann, soll verhindern, daß sich das Zentralbanksystem etwa aus kurspolitischen Gründen an den Effektenmärkten engagiert. Der eigentlichen Aufgabe des Zentralbanksystems, den Geldumlauf zu regulieren, entsprechend, soll vielmehr immer die Beeinflussung des Geldmarktes ausschlaggebend sein, da ein zu großer Block an festverzinslichen Wertpapieren unter den Aktiven des Zentralbanksystems dessen Manövrierfähigkeit beeinträchtigen würde. Dieser Gesichtspunkt ist im Hinblick auf den durch die Währungsreform von vornherein geschaffenen Block von Ausgleichsforderungen naturgemäß von um so größerer Bedeutung.

Die Beziehungen des Zentralbanksystems zur öffentlichen Verwaltung

Nach dem Gesetz hat jede Landeszentralbank die Aufgabe, „als einziges Institut in Vertretung des Landes Finanz- und Kassengeschäfte zu erledigen hinsichtlich der Mittel, mit denen das Land mit neuem Gelde gemäß Artikel XV des Gesetzes Nr. 61 (Währungsgesetz) ausgestattet worden ist oder die aus Steuern herühren“ (§ 2 Ziff. 3 Gesetz Nr. 66 „Landeszentralbanken“). Da nun an sich die Giroeinlagen bei der Landeszentralbank grundsätzlich unverzinslich sind, andererseits aber die Länder sehr erhebliche, mit 3% verzinsliche Ausgleichsschulden an die Landeszentralbanken haben (insgesamt rd. 2,4 Mrd. DM), ist im Gesetz bestimmt, daß die Einlagen des Landes auf dessen Verlangen in vom Lande ausgegebenen Ausgleichsforderungen anzulegen sind. Die Landeszentralbanken sind jedoch verpflichtet, diese Ausgleichsforderungen jeweils auf Verlangen des Landes zurückzuerwerben. Abgegeben haben die Landeszentralbanken bisher nur wenige Ausgleichsforderungen, und zwar bis zum 30. April 1949 nur 11 Mill. DM.

Die Tätigkeit der Landeszentralbanken als fiscal agents umschließt auch die Kreditgewäh-

rung an die Länder. Indessen sind in dieser Hinsicht vom Gesetzgeber sehr enge Grenzen gezogen — wohl in Erinnerung an die hemmungslose Einspannung der Notenbank in die Finanzbedürfnisse des Staates während der nationalsozialistischen Ära. Jede Landeszentralbank darf ihrem Lande und — mit Genehmigung des Finanzministers — Körperschaften des öffentlichen Rechts Kredite nur „zur Überbrückung eines zeitweiligen Kassenfehlbetrages“ gewähren. Diese Kassenkredite dürfen insgesamt nicht mehr als ein Fünftel des Gesamtbetrages der Einlagen ausmachen. Ausgenutzt war die Kreditfazilität der öffentlichen Hand am 30. April 1949 nur in Rheinland-Pfalz, und etwa zur Hälfte ausgenutzt war sie in Baden, während die Länder Württemberg-Hohenzollern, Württemberg-Baden und Hamburg nur kleinere Beträge in Anspruch genommen hatten.

Über die Kassenkredite hinaus dürfen die Landeszentralbanken auch Schatzwechsel der Länder und der Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets ankaufen oder beleihen. Ein Höchstbetrag hierfür ist im Gesetz nicht bestimmt, durch den Verwaltungsrat kann jedoch ein solcher festgesetzt werden. Gewisse Schranken für diese Art der Kreditgewährung der Landeszentralbanken ergeben sich überdies daraus, daß der Kreditaufnahme der Länder durch § 28 des Umstellungsgesetzes ganz allgemein Grenzen gesetzt sind.

Wie jede Landeszentralbank fiscal agent für das jeweilige Land ist, so die Bank deutscher Länder für die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebietes. Die Bank erledigt — gemäß Vertrag als einzige Stelle — für die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets unentgeltlich Finanz- und Kassengeschäfte, nimmt Einlagen an, kauft und verkauft Schatzwechsel, festverzinsliche Schuldverschreibungen und Schuldbuchforderungen und stellt ihre Einrichtungen für den Zahlungs- und Überweisungsverkehr und für die Verwahrung und Verwaltung von Wertgegenständen und Wertpapieren zur Verfügung. Es sei erwähnt, daß zur Verwaltung des Vereinigten Wirt-

schaftsgebiets auch Bahn und Post gehören. Über die eventuelle Anlage der Guthaben der Verwaltung in Ausgleichsforderungen — die Bank deutscher Länder hat an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet Ausgleichsforderungen in Höhe von rd. 5,4 Mrd. DM —, ist im BdL-Gesetz im Gegensatz zu den Landeszentralbankgesetzen nichts gesagt, jedoch ist eine solche Anlage — wie aus den Ausweisen der Bank deutscher Länder zu ersehen — mehrfach erfolgt. Ende April waren insgesamt 63,1 Mill. DM Ausgleichsforderungen der Bank deutscher Länder an öffentliche Stellen verkauft, vorübergehend waren es schon wesentlich mehr.

Die Vorschüsse, welche die Bank deutscher Länder an die öffentliche Hand geben darf, sind gesetzlich ebenso streng limitiert wie die der Landeszentralbanken. Zulässig ist die Gewährung „kurzfristiger Vorschüsse auf bestimmte künftige Einnahmen“ an die Verwaltung des Vereinigten Wirtschaftsgebiets und an einzelne oder mehrere der Länder Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern und Baden; an die letzteren wohl deshalb, weil sie dem Vereinigten Wirtschaftsgebiet nicht angeschlossen sind und daher an sich kreditmäßig ausschließlich auf ihre Landeszentralbanken beschränkt wären. Die Vorschüsse sind betragsmäßig limitiert, und zwar auf 300 Mill. DM an das Vereinigte Wirtschaftsgebiet und 40 Mill. DM für die drei genannten Länder der französischen Zone zusammen. Durch einen von drei Vierteln der Mitglieder gefaßten Zentralbankratsbeschuß können diese Vorschüsse auf 500 bzw. 60 Mill. DM erhöht werden. Bisher ist die zulässige Kreditlinie noch niemals ausgenutzt worden. Ende April hatte das Vereinigte Wirtschaftsgebiet von der Bank deutscher Länder 219 Mill. DM Kassenvorschüsse erhalten. Die Länder der französischen Zone haben den Kredit der Bank deutscher Länder bisher noch nicht beansprucht.

Erwähnt werden muß in diesem Zusammenhang, daß die Bank deutscher Länder auch Konten der drei Besatzungsmächte führt, auf denen im wesentlichen Teile der in der Währungsreform erhaltenen Dotation stehen.

Die Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs im Zentralbanksystem

Nach dem Gesetz berät die Bank deutscher Länder die zuständigen Behörden hinsichtlich der Devisenpolitik und regelt die Durchführung von Devisengeschäften. Sie kann außerdem nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen, direkt oder durch ermächtigte Vertreter, für eigene oder fremde Rechnung Devisen, Gold, Silber und Platin erwerben und zu diesem Zweck Konten bei ausländischen Banken unterhalten.

Eine Kreditgewährung der Bank deutscher Länder an die Kreditanstalt für Wiederaufbau ist zwar im Gesetz über die Errichtung dieses Instituts, aber nicht in dem über die Errichtung der Bank deutscher Länder vorgesehen. Die Bank deutscher Länder wäre auf Grund der bestehenden Bestimmungen, die ihr Geschäfte nur mit Zentralbanken gestattet, nicht befugt, der Kreditanstalt für Wiederaufbau Vorschüsse zu gewähren. Die Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs des Vereinigten Wirtschaftsgebiets ist gegenwärtig bei der Bank deutscher Länder konzentriert. Die Bank unterhält seit dem 1. August 1948 als Agent der JEIA Konten bei ausländischen Banken, auf denen einerseits die Devisenzahlungen für die deutschen Exporte eingehen und von denen andererseits die Devisenzahlungen für die kommerziellen Importe (sogenannte B-Importe) geleistet werden. Daneben gibt es Auslandskonten, auf denen die von Ausländern zugunsten Angehöriger des Vereinigten Wirtschaftsgebiets eingehenden Unterstützungsgelder gesammelt werden. Neuerdings wird eine gewisse Auflockerung in der Abwicklung des Auslandszahlungsverkehrs in die Wege geleitet, indem auch bestimmte private Geldinstitute Auslandskonten für Rechnung der Bank deutscher Länder einrichten dürfen, auf denen Exporterlöse gesammelt und von Zeit zu Zeit an die Bank deutscher Länder abgeführt werden. Bereits vor längerer Zeit war eine ähnliche Dezentralisierung des Zahlungsverfahrens für B-Importe auf die privaten Banken (sogenannte Außenhandelsbanken) durchgeführt worden, wonach diese Banken das Recht

erhielten, Akkreditive zu Lasten der Auslandskonten der Bank deutscher Länder auszustellen.

Eine Besonderheit des gegenwärtigen Auslandsverkehrs ist, daß sich seine DM-Seite im Prinzip noch getrennt von der Devisenseite abwickelt. Seit der einheitlichen Anwendung des Umrechnungssatzes (1 DM = 0,30 Dollar) eröffnet sich jedoch die Möglichkeit, zu bankmäßigen Gepflogenheiten zurückzukehren und die DM- mit der Devisenzahlung wieder zu koppeln. Bisher hat es die Trennung beider Seiten und die Anwendung einer Vielzahl verschiedener Umrechnungskurse mit sich gebracht, daß die Devisen- und die DM-Zahlungen sich weder betrags- noch zeitmäßig entsprachen.

Der Umstand, daß ein großer Teil der deutschen Importe gegenwärtig nicht in Devisen bezahlt, sondern vom Ausland kreditiert wird (sogenannte GARIOA-Importe, Marshallplan-Lieferungen und STEG-Waren), bringt es mit sich, daß sich im Zentralbanksystem Guthaben der Militärregierungen und der Militärgouverneure aus den DM-Einzahlungen der inländischen Abnehmer solcher kreditierten Importe ansammeln. Bei diesen Guthaben handelt es sich um die in letzter Zeit vielbesprochenen Gegenwertkonten oder „counterpart-funds“. Das Zentralbanksystem ist über diese Guthaben selbstverständlich nicht Verfügungsberechtigt. Soweit bisher Freigaben seitens der Militärregierungen zugunsten der Kreditanstalt für Wiederaufbau erfolgten, sind sie einem Zwischenkonto dieser Bank bei der Bank deutscher Länder gutgebracht und von dort abdisponiert worden.

Die sonstigen Funktionen des Zentralbanksystems

Zu erwähnen bleibt schließlich noch eine Reihe von Funktionen des Zentralbanksystems, die zwar im Einzelfall durchaus bedeutsam, im Rahmen des Ganzen jedoch von untergeordnetem Gewicht sind. Hierher gehört z. B. die Befugnis der Landeszentralbanken, auf sie gezogene Schecks mit einem Bestätigungsvermerk zu versehen. Die Landeszentralbank wird dadurch dem Inhaber zur Einlösung bei rechtzeitiger

Vorlage verpflichtet und haftet dafür auch gegenüber dem Aussteller und Indossanten. Um kein zusätzliches Geld zu schaffen, ist der Bestätigungsvermerk nur nach vorheriger Deckung zulässig.

Weiterhin wäre die Befugnis der Landeszentralbanken zu erwähnen, Wertpapiere zu verwahren und zu verwalten und zwecks Pflege des Wertpapier-Überweisungsverkehrs die Aufgaben

einer Wertpapiersammelbank zu übernehmen. Was das letztgenannte Recht anlangt, so haben sich die Landeszentralbanken entschlossen, von ihm keinen Gebrauch zu machen. Der Bildung privater Kassenvereine, die an den Börsenplätzen inzwischen in Gang kommt, soll kein Hindernis in den Weg gelegt werden. Im übrigen unterliegt das Verwaltungs- und Verwahrgeschäft der grundsätzlichen Regelung durch die Bank deutscher Länder.

Statistischer Teil

Verzeichnis der Übersichten

	Seite
I. Zentralbankausweise	45
Ausweis der Bank deutscher Länder	45
Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	46
Monatsausweise der Landeszentralbanken nach dem Stand vom 30. April 1949	48
II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken	50
Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern (monatliche Bankenstatistik)	50
Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen (monatliche Bankenstatistik)	54
Die Entwicklung des Bankgeschäfts (wöchentliche Bankenstatistik)	58
Wechselgeschäft (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	60
Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft (monatliche und wöchentliche Bankenstatistik)	60
Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen	61
Mindestreservesätze	61
III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet	62
Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens	62
Bankeinlagen	62
Erstausstattungen	63
Kreditschöpfung	63
IV. Sonstige Geld- und Kreditstatistik	64
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden Zinskonditionen: Stand am 30. April 1949	64
Kursdurchschnitt der 4%igen Schuldverschreibungen	66
Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse	67
Seit der Währungsreform im Währungsgebiet genehmigte und durchgeführte Emissionen	68
V. Öffentliche Finanzen	69
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet	69
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet nach Steuerarten	69
VI. Außenhandel	70
VII. Produktion, Umsatz und Preise	71
Index der industriellen Produktion	71
Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß	72
Eisen- und Stahlerzeugung	72
Arbeitsmarkt	72
Verkehrsentwicklung	74
Index der Grundstoffpreise	74
Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder	74
Moody's Index für Warenpreise	73
Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren	73

I. Zentralbank-Ausweise
Ausweis der Bank deutscher Länder ¹⁾
in Mill. DM

Datum	A k t i v a										
	Guthaben bei ausl. Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handels- abkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslands- geschäfts	Aus- länd. Zah- lungs- mittel ³⁾	Wechsel	Lombard- forderungen gegen Ausgleichs- forderungen gegen die öffentl. Hand	Kassen- vor- schüsse	Forderungen gegen die öffentl. Hand	Interims- forderungen gegen die Landeszentral- banken	Sonstige Aktiva		
	1	2	3	4	5	6	7	8	9		
1948											
7. 9. ²⁾	580,9	706,6	—	2,7	16,9	20,0	3 658,6	3 619,3	192,7		
30. 9.	622,2	848,2	—	209,0	879,7	—	4 322,5	1 222,1	257,5		
31. 10.	763,5	1 014,3	—	567,4	1 019,6	—	4 593,3	842,1	193,5		
30. 11.	843,1	1 214,6	0,0	881,6	822,2	50,0	4 743,6	686,8	163,9		
31. 12.	983,1	1 538,6	0,0	1 106,7	862,1	42,0	4 568,1	661,5	360,1		
1949											
31. 1.	1 113,2	1 770,2	0,2	824,2	904,9	28,0	4 623,9	657,4	294,0		
28. 2.	1 131,3	1 942,9	0,2	801,2	940,7	—	4 812,9	570,1	243,8		
7. 3.	1 123,4	1 986,4	0,2	905,5	832,0	—	4 823,7	558,8	270,2		
15. 3.	1 156,3	2 086,0	0,3	948,3	749,1	—	4 825,1	558,0	271,5		
23. 3.	1 172,7	2 139,6	0,3	974,6	584,4	—	4 772,9	556,8	250,8		
31. 3.	1 204,6	2 226,6	0,6	1 055,6	711,9	52,8	5 417,0 ⁵⁾	554,3	97,7		
7. 4.	1 248,3	2 305,2	0,6	1 049,2	647,3	63,8	5 418,6	552,2	73,5		
15. 4.	1 309,5	2 371,6	0,6	1 017,7	607,6	57,0	5 418,8	550,7	65,1		
23. 4.	1 340,6	2 434,2	0,6	946,5	556,0	54,9	5 419,9	550,3	98,0		
30. 4.	1 345,1	2 446,2	0,7	913,4	773,1	218,6	5 413,9	544,1	132,0		
7. 5.	1 400,6	2 530,2	0,7	940,4	672,2	193,6	5 403,8	544,0	87,6		
15. 5.	1 413,0	2 582,6	0,8	901,5	605,8	193,6	5 400,6	542,1	69,9		
23. 5.	1 446,8	2 655,8	0,9	793,8	591,6	180,7	5 413,9	526,4	98,5		
Datum	P a s s i v a										
	Aus- gegebene Bank- noten ⁴⁾	Einlagen insgesamt (Spalte 12-15)	davon				Verpflich- tungen in Devisen gegen JEIA	Sonstige Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL	Son- stige Pas- siva	Bilanz- summe
Landes- zentral- banken			Dienst- stellen der Verwal- tung des Vereinigten Wirt- schafts- gebietes	Be- satzungs- mächte	Andere Ein- lagen						
	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20
1948											
7. 9. ²⁾	4 897,5	2 414,6	1 421,7	482,1	496,3	14,5	580,9	804,5	100,0	0,2	8 797,7
30. 9.	5 358,1	1 311,0	356,2	474,4	472,7	7,7	621,8	969,7	100,0	0,6	8 361,2
31. 10.	5 885,3	1 289,2	459,0	419,8	370,9	39,5	759,7	958,2	100,0	1,3	8 993,7
30. 11.	6 017,5	1 385,4	543,9	415,3	369,2	57,0	839,6	1 061,1	100,0	2,2	9 405,8
31. 12.	6 319,4	1 247,7	675,5	168,6	362,3	41,3	977,8	1 375,9	100,0	101,4	10 122,2
1949											
31. 1.	6 166,6	1 111,5	649,5	56,0	364,5	41,5	1 106,7	1 620,5	100,0	110,8	10 216,1
28. 2.	6 215,6	1 073,1	563,8	107,4	366,4	35,5	1 110,9	1 810,7	100,0	132,8	10 443,1
7. 3.	6 250,8	1 064,9	565,8	99,4	365,6	34,1	1 102,1	1 845,3	100,0	137,1	10 500,2
15. 3.	6 004,9	1 290,9	763,4	119,0	367,6	40,9	1 134,0	1 933,7	100,0	131,1	10 594,6
23. 3.	5 769,6	1 344,9	896,3	39,7	367,6	41,3	1 151,8	1 957,0	100,0	128,8	10 452,1
31. 3.	6 649,6 ⁶⁾	1 221,2	650,2	136,9	343,8	90,3	1 177,4	2 043,2	100,0	129,7	11 321,1
7. 4.	6 683,2	1 133,5	694,8	36,8	345,1	56,8	1 219,3	2 094,3	100,0	128,4	11 358,7
15. 4.	6 569,9	1 301,4	714,1	79,1	345,5	162,7	1 278,0	2 028,5	100,0	120,8	11 398,6
23. 4.	6 255,7	1 580,1	994,3	86,9	345,5	153,4	1 308,7	2 025,9	100,0	130,6	11 401,0
30. 4.	6 791,8	1 246,3	592,4	116,9	345,4	191,6	1 305,5	2 209,4	100,0	134,1	11 787,1
7. 5.	6 711,9	1 312,7	659,1	27,5	347,1	279,0	1 360,3	2 146,2	100,0	142,0	11 773,1
15. 5.	6 577,2	1 367,5	742,4	37,4	347,1	240,6	1 370,7	2 160,7	100,0	133,8	11 709,9
23. 5.	6 331,8	1 551,1	970,5	33,2	347,6	199,8	1 401,4	2 188,8	100,0	135,3	11 708,4

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Erster Stichtag, für den ein Ausweis veröffentlicht wurde.

³⁾ Für die Militärregierungen verwaltete Guthaben.

⁴⁾ Außerdem sind gemäß Anordnung der Militärregierungen der Währungskommission Berlin DM 407 352 000 zur Verfügung gestellt worden.

⁵⁾ Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen, ab 31. 3. 1949 einschließlich Schuldverschreibungen (588,2 Mill. DM).

⁶⁾ Ab 31. 3. 1949 einschließlich des Notenumlaufs in Berlin.

Konsolidierter Ausweis der Bank deutscher
in

Datum	Aktiva							
	Guthaben bei ausländischen Banken einschl. der Guthaben im Rahmen von Handelsabkommen ²⁾	Sonstige Konten zur Abwicklung des Auslandsgeschäfts	Ausländische Zahlungsmittel ²⁾	Postscheckkontoguthaben	Wechsel und Schecks	Schatzwechsel u. kurzfristige Schatzanweisungen der Länder	Lombardforderungen	darunter
								gegen Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand
1	2	3	4	5	6	7	8	
1948								
30. September	622,1	848,2	—	60,2	350,2	0,1	10,3	10,2
31. Oktober	763,6	1 014,3	—	66,7	778,0	0,6	59,7	59,5
30. November	843,0	1 214,6	0,0	29,5	1 231,6	0,1	95,2	83,6
31. Dezember	983,1	1 538,6	0,0	129,2	1 461,0	0,5	167,2	132,1
1949								
31. Januar	1 113,2	1 770,2	0,2	69,9	1 297,0	1,1	162,3	122,0
28. Februar	1 131,3	1 942,9	0,2	39,3	1 314,4	0,6	201,2	149,8
31. März	1 204,6	2 226,5	0,6	76,1	1 376,9	35,3	183,8	116,8
30. April	1 345,1	2 446,2	0,7	101,8	1 350,9	50,0	190,2	143,3

Datum	Passiva								
	Ausgegebene Banknoten	Einlagen (Spalte 21, 22, 23, 28 u. 29)	davon						
			Geldinstitute innerhalb des Währungsgebietes	Geldinstitute außerhalb des Währungsgebietes	öffentliche Körperschaften (Spalte 24 - 27)	davon			
						Besatzungsmächte	Staatskassen	Gemeinden und Gemeindeverbände	sonstige öffentliche Körperschaften
19	20	21	22	23	24	25	26	27	
1948									
30. September	5 358,1	3 261,3	1 301,6	23,8	1 676,4	579,2	465,7	28,8	602,7
31. Oktober	5 885,3	2 846,3	1 008,3	28,7	1 585,4	479,9	438,9	60,3	606,3
30. November	6 017,5	3 313,3	1 461,9	30,8	1 572,4	492,5	374,1	86,3	619,5
31. Dezember	6 319,4	3 132,3	1 532,7	39,8	1 335,1	455,3	452,7	86,0	341,1
1949									
31. Januar	6 166,6	3 118,2	1 439,9	34,6	1 413,3	489,7	623,0	62,5	238,1
28. Februar	6 215,6	3 063,1	1 324,9	23,5	1 484,2	527,1	593,9	55,0	308,2
31. März	6 649,6	3 193,7	1 444,0	27,2	1 498,9	566,3	647,5	53,6	231,5
30. April	6 791,8	3 372,9	1 451,2	34,4	1 500,4	563,7	697,6	48,3	190,8

¹⁾ Zur Erklärung der einzelnen Positionen siehe den Aufsatz „Die Ausweise der Bank deutscher Länder“ in „Monatsberichte der Bank deutscher Länder“, Januar 1949.

²⁾ Für die Militärregierung verwaltete Guthaben.

³⁾ Bis 23. 3. 1949 nur Ausgleichsforderungen; am 31. 3. 1949 einschließl. Schuldverschreibungen (588,2 Mill. DM).

Länder und der Landeszentralbanken ¹⁾

Mill. DM

Aktiva										
Kassen- vor- schüsse (Spalte 10, 11 und 12)	davon an			Wert- papiere	darunter		Beteiligung der LZB an der BdL	Forde- rungen gegen die öffentliche Hand aus der Neu- ordnung des Geld- wesens	Interims- forderung. gegen die Geld- institute aus der Aus- stattung mit neuem Geld	Sonstige Aktiva
	Militär- regie- rungen	Länder	sonstige öffentl. Körper- schaften		angekaufte Ausgleichs- forde- rungen					
9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	
35,3	1,0	27,5	6,8	11,4	11,4	100,0	7833,7	526,5	372,6	
27,8	1,0	16,7	10,1	32,8	32,5	100,0	7778,4	211,1	219,0	
93,6	0,8	37,0	55,8	36,5	36,5	100,0	7687,1	190,5	207,6	
98,5	0,7	34,6	63,2	38,3	38,2	100,0	7520,7	143,0	306,0	
67,8	0,5	6,9	60,4	39,6	39,5	100,0	7592,0	105,5	295,7	
48,3	0,4	22,3	25,6	43,5	43,4	100,0	7672,1	106,5	273,7	
117,4	0,4	38,4	78,6	44,3	44,2	100,0	8295,2 ²⁾	74,0	78,1	
270,3	0,4	42,5	227,4	47,6	47,6	100,0	8301,7	57,1	90,2	

Passiva								
davon								Bilanzsumme
sonstige Giro- kunden innerhalb des Währungs- gebietes	sonstige Giro- kunden außerhalb des Währungs- gebietes	Verpflich- tungen in Devisen gegen JELA	Sonstige Konten zur Ab- wicklung des Auslands- geschäfts	Grund- kapital der BdL und der LZB	Rück- stellungen	Schwebende Ver- rechnungen innerhalb des Zentral- bank- systems	Sonstige Passiva	
28	29	30	31	32	33	34	35	36
256,2	3,3	621,7	969,7	370,0	0,6	99,5	89,7	10770,6
221,5	2,4	759,6	958,2	370,0	9,5	186,4	36,7	11052,0
245,8	2,4	839,6	1061,1	370,0	6,5	77,4	43,9	11729,3
222,1	2,6	977,8	1375,9	370,0	6,5	135,3	168,9	12486,1
227,6	2,8	1106,7	1620,5	370,0	6,5	37,0	189,0	12614,5
227,9	2,6	1110,8	1810,7	370,0	6,5	81,6	215,7	12874,0
220,3	3,3	1177,4	2043,2	370,0	6,5	137,0	215,4	13792,8
383,6	3,3	1305,5	2209,4	370,0	6,5	78,4	217,3	14351,8

Monatsausweise der Landeszentralbanken

in

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden	Bremen
Aktiva:				
Giroguthaben bei der BdL	51,9	29,7	43,4	55,0
Nostroguthaben	1,4	0,2	0,1	0
Wechsel	16,3	7,8	1,1	13,1
Schatzwechsel und kurzfristige Schatzanweisungen	—	—	—	50,0
Lombardforderungen	49,1	20,8	15,0	0,2
davon gegen Ausgleichsforderungen	(25,7)	(20,4)	(11,9)	(0,2)
Kassenkredite	—	—	0,2	—
davon an Landesregierung	(—)	(—)	(—)	(—)
Militärregierungen und sonstige öffentl. Stellen	(—)	(—)	(0,2)	(—)
Wertpapiere	—	—	—	—
Ausgleichsforderungen	145,9	224,1	87,0	39,0
davon: eigene gegen das Land	(121,2)	(221,3)	(82,2)	(38,5)
angekaufte fremde	(24,7)	(2,8)	(4,8)	(0,5)
Zwischen den Niederl. der LZB unterwegs befindl. Fernlastschriften ¹⁾	—	—	—	—
Beteiligung an der BdL	17,5	8,5	9,0	3,0
Sonstige Aktiva	3,7	9,8	4,1	1,9
Interimsforderungen aus der Geldumstellung	396,9	2,0	232,0	0,6
Summe der Aktiva	682,7	302,9	391,9	162,8
Passiva:				
Einlagen	249,1	148,2	213,3	150,1
davon: Geldinstitute innerhalb des Landes	(215,5)	(92,0)	(130,4)	(80,9)
Geldinstitute außerhalb des Landes	(0,2)	(2,7)	(1,8)	(1,0)
öffentliche Verwaltungen	(6,7)	(21,9)	(58,7)	(47,4)
Militärregierungen	(8,0)	(12,9)	(1,3)	(0,4)
sonstige Girokunden innerhalb des Währungsgebietes	(18,6)	(17,9)	(21,1)	(20,4)
sonstige Girokunden außerhalb des Währungsgebietes	(0,1)	(0,8)	(0)	(0)
Zwisch. d. Niederlass. d. LZB unterw. befindl. Giroüberweisungen	10,2	1,1	3,6	0,1
Lombardverpflichtungen gegen die BdL	249,9	116,0	73,2	—
Grundkapital	50,0	30,0	30,0	10,0
Rückstellungen	—	—	0,5	0,1
Sonstige Passiva	4,6	7,0	1,7	2,4
Interimsverbindlichkeiten aus der Geldumstellung	118,9	0,6	69,6	0,1
Summe der Passiva	682,7	302,9	391,9	162,8
Indossamentsverbindlichkeiten aus d. Weitergabe v. Inlandswechseln	194,1	83,0	101,8	—

¹⁾ Ab 15. 3. 1949 erscheint die Position nur als Saldo auf der Passivseite.

nach dem Stand vom 30. April 1949

Mill. DM

Nordrhein- Westfalen	Nieder- sachsen	Schleswig- Holstein	Hamburg	Rheinland- Pfalz	Baden	Württemberg- Hohenzollern	Insgesamt		
							30. April 1949	31. März 1949	28. Februar 1949
170,2	36,2	9,8	62,8	35,5	25,5	16,6	536,6	554,4	505,8
0,5	1,2	0,2	0	0,3	0,5	0,3	4,7	5,7	6,7
293,5	9,7	1,3	77,8	3,4	10,0	3,2	437,2	321,2	513,2
—	—	—	—	—	—	—	50,0	35,3	0,6
37,1	20,2	12,5	7,1	24,2	0,7	3,2	190,1	164,0	201,2
(29,3)	(15,7)	(10,1)	(4,4)	(21,7)	(0,7)	(3,2)	(143,3)	(116,8)	(149,7)
—	—	—	6,2	34,4	10,2	0,7	51,7	64,6	48,3
(—)	(—)	(—)	(—)	(31,8)	(10,0)	(0,7)	(42,5)	(38,4)	(22,3)
(—)	(—)	(—)	(6,2)	(2,6)	(0,2)	(0)	(9,2)	(26,2)	(26,0)
—	—	—	—	0,1	—	—	0,1	0	0,1
201,6	91,8	28,6	184,8	57,4	76,8	23,3	1160,3	1147,3	1124,2
(201,5)	(88,5)	(25,9)	(181,1)	(52,5)	(76,8)	(23,3)	(1112,8)	(1103,1)	(1080,8)
(0,1)	(3,3)	(2,7)	(3,7)	(4,9)	(—)	(0)	(47,5)	(44,2)	(43,4)
—	2,8	—	—	1,4	—	—	4,2	—	23,8
28,0	11,5	4,5	8,0	5,5	2,5	2,0	100,0	100,0	100,0
19,1	4,0	5,5	0,8	2,0	3,3	1,3	55,5	50,7	62,6
587,5	307,9	130,0	0,6	116,1	1,2	56,0	1 830,8	1 843,5	1 874,1
1 337,5	485,3	192,4	348,1	280,3	130,7	106,6	4 421,2	4 286,7	4 460,6
1 021,3	183,6	47,3	331,5	178,8	119,7	76,0	2 718,9	2 622,9	2 553,7
(494,5)	(119,2)	(25,0)	(108,2)	(57,5)	(44,1)	(29,7)	(1 397,0)	(1 387,0)	(1 316,1)
(0,8)	(3,6)	(0,1)	(4,0)	(2,0)	(1,1)	(0,4)	(17,7)	(21,0)	(18,3)
(400,9)	(41,6)	(17,0)	(165,5)	(28,9)	(17,9)	(13,1)	(819,6)	(795,8)	(849,5)
(20,7)	(0,7)	(0,2)	(21,1)	(79,2)	(43,5)	(30,6)	(218,6)	(222,5)	(160,7)
(103,6)	(18,1)	(5,0)	(31,8)	(11,2)	(12,9)	(2,2)	(262,8)	(193,4)	(206,4)
(0,8)	(0,4)	(0)	(0,9)	(0)	(0,2)	(0)	(3,2)	(3,2)	(2,7)
8,4	—	1,6	—	—	—	1,6	26,6	41,1	47,7
40,5	165,0	86,7	—	41,9	—	—	773,2	712,0	940,8
50,0	40,0	10,0	10,0	20,0	10,0	10,0	270,0	270,0	270,0
5,9	—	—	—	—	0	—	6,5	6,5	6,5
35,2	10,5	7,8	6,4	4,8	0,6	2,2	83,2	85,7	82,9
176,2	86,2	39,0	0,2	34,8	0,4	16,8	542,8	548,5	559,0
1 337,5	485,3	192,4	348,1	280,3	130,7	106,6	4 421,2	4 286,7	4 460,6
50,5	173,8	86,8	130,6	87,6	—	5,2	913,4	1 057,7	801,2

II. Bankstatistische Erhebungen der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾

Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve	Nostroguthaben ³⁾	Ausgleichsfordernngen gegen die öffentliche Hand ⁴⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																			
					Ins-gesamt	davon					Öffentliche Hand	davon					Geld-institute	davon						
						Wirt-schafts-unternehmen und Private	davon					Kassen-kredite	Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite	Konto-korrent- und Akzept-kredite		Wechsel (einschl. Indossaments-verbindlichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite	Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossaments-verbindlichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite
							Konto-korrent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossaments-verbindlichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite														
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20					
Währungsgebiet ⁵⁾																								
Dez.	3 579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁶⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁶⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁶⁾				
Jan.	3 583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 620,3	5 147,7	2 683,7	1 835,2	104,7	524,1 ⁶⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁶⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁶⁾				
Febr.	3 583	1 488,2	1 361,8	4 702,8	7 091,0	5 502,6	2 980,3	1 841,0	130,4	550,9 ⁶⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁶⁾	1 180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁶⁾				
März	3 581	1 610,5	1 394,4	4 793,9	7 448,7	5 842,0	3 141,3	1 935,1	158,5	607,1 ⁶⁾	414,5	65,1	247,8	3,4	98,2 ⁶⁾	1 192,2	379,6	710,9	32,2	69,5 ⁶⁾				
April	3 580	1 653,9	1 413,8	4 867,4	7 923,1	6 228,1	3 400,2	1 994,6	182,7	650,6 ⁶⁾	403,2	64,0	240,4	5,0	93,8 ⁶⁾	1 291,8	446,1	736,9	36,9	71,9 ⁶⁾				
Bayern																								
Dez.	576	280,3	123,7	856,6	993,5	753,8	513,7	214,9	9,7	15,5 ⁶⁾	11,0	8,8	0,3	0,1	1,8 ⁶⁾	228,7	110,5	111,8	4,1	2,3 ⁶⁾				
Jan.	582	309,1	153,2	939,3	1 092,7	850,6	553,1	205,0	28,0	64,5 ⁶⁾	33,7	9,5	0,6	0,1	23,5 ⁶⁾	208,4	114,4	83,2	6,0	4,8 ⁶⁾				
Febr.	582	236,4	186,7	940,3	1 126,0	894,4	582,4	203,2	41,0	67,8 ⁶⁾	35,0	8,7	0,7	0,2	25,4 ⁶⁾	196,6	98,4	78,7	8,2	11,3 ⁶⁾				
März	582	242,6	186,7	940,9	1 168,0	935,3	603,7	208,4	51,4	71,8 ⁶⁾	36,6	8,9	1,1	0,1	26,5 ⁶⁾	196,1	95,5	79,2	6,6	14,8 ⁶⁾				
April	582	250,8	174,5	949,6	1 242,9	1 001,9	640,6	217,0	63,0	81,3 ⁶⁾	37,9	8,4	1,2	0,8	27,5 ⁶⁾	203,1	112,5	67,7	7,4	15,5 ⁶⁾				
Hessen																								
Dez.	306	133,7	139,9	389,6	524,9	363,2	194,6	100,3	7,5	60,8 ⁶⁾	13,3	1,9	0,1	0,1	11,2 ⁶⁾	148,4	28,4	119,2	0,7	0,1 ⁶⁾				
Jan.	305	103,3	182,8	393,1	575,0	402,7	221,6	103,9	9,4	67,8 ⁶⁾	20,6	2,5	0,1	0,1	17,9 ⁶⁾	151,7	35,5	115,6	0,6	0,0 ⁶⁾				
Febr.	305	132,1	146,0	402,8	625,4	450,3	257,7	110,5	10,5	71,6 ⁶⁾	21,6	3,3	0,1	0,1	18,1 ⁶⁾	153,5	38,8	114,2	0,4	0,1 ⁶⁾				
März	305	119,6	169,0	410,6	656,9	498,4	278,7	130,5	13,8	75,4 ⁶⁾	22,1	3,4	0,1	0,1	18,5 ⁶⁾	136,4	39,6	95,5	1,2	0,1 ⁶⁾				
April	305	104,7	162,5	412,9	691,7	542,2	303,8	139,2	14,2	85,0 ⁶⁾	16,7	3,2	0,1	0,1	13,3 ⁶⁾	132,8	45,5	85,3	1,5	0,5 ⁶⁾				
Württemberg-Baden																								
Dez.	368	169,4	146,1	470,7	670,4	538,2	274,9	197,1	4,2	62,0 ⁶⁾	8,9	4,1	0,0	0,3	4,5 ⁶⁾	123,3	23,7	97,4	2,0	0,2 ⁶⁾				
Jan.	366	144,7	205,9	498,7	741,3	585,3	311,4	185,3	5,4	83,2 ⁶⁾	12,1	5,1	0,6	0,7	5,7 ⁶⁾	143,9	25,1	107,7	1,6	9,5 ⁶⁾				
Febr.	366	140,8	211,8	513,3	775,8	610,6	336,1	172,0	7,4	95,1 ⁶⁾	12,8	5,4	0,5	0,8	6,1 ⁶⁾	152,4	24,3	115,4	2,0	10,7 ⁶⁾				
März	365	141,4	233,7	530,8	825,7	650,7	364,9	170,1	9,0	106,7 ⁶⁾	13,8	6,5	0,3	0,8	6,2 ⁶⁾	161,2	27,9	118,8	3,3	11,2 ⁶⁾				
April	365	155,6	271,8	545,6	880,6	691,4	406,6	159,5	11,1	114,2 ⁶⁾	15,3	7,5	0,3	1,1	6,4 ⁶⁾	173,9	34,9	125,4	3,6	10,0 ⁶⁾				
Bremen																								
Dez.	29	38,8	31,9	60,8	176,8	125,3	61,5	35,1	17,2	11,5 ⁶⁾	3,8	0,4	—	0,3	3,1 ⁶⁾	47,7	23,6	23,4	0,6	0,1 ⁶⁾				
Jan.	28	57,3	20,8	83,3	188,8	139,7	71,3	36,5	19,3	12,6 ⁶⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁶⁾	45,0	24,6	19,8	0,5	0,1 ⁶⁾				
Febr.	28	85,8	20,7	94,4	219,1	169,4	95,0	39,5	22,2	12,7 ⁶⁾	3,9	0,5	—	0,3	3,1 ⁶⁾	45,8	27,8	17,3	0,6	0,1 ⁶⁾				
März	28	82,8	25,5	94,4	226,8	169,2	90,7	38,3	27,1	13,1 ⁶⁾	4,1	0,7	—	0,3	3,1 ⁶⁾	53,5	38,6	14,4	0,3	0,2 ⁶⁾				
April	28	86,5	31,3	94,8	247,1	183,6	104,7	37,9	27,9	13,1 ⁶⁾	4,4	0,8	—	0,6	3,0 ⁶⁾	59,1	43,8	15,0	0,2	0,1 ⁶⁾				

Nordrhein-Westfalen

Dez.	838	562,0	283,8	1084,5	1693,2	1479,2	498,0	811,4	11,3	158,5 ⁶⁾	31,8	6,9	0,6	0,4	23,9 ⁶⁾	182,2	27,1	147,7	2,5	4,9 ⁶⁾
Jan.	838	485,9	341,8	1077,2	1735,5	1519,6	553,8	790,1	7,7	168,0 ⁶⁾	30,2	5,9	0,6	3,1	20,6 ⁶⁾	185,7	29,3	146,4	4,3	5,7 ⁶⁾
Febr.	839	469,7	405,0	1094,5	1881,1	1608,6	629,5	793,2	8,9	177,0 ⁶⁾	27,7	5,4	0,7	0,9	20,7 ⁶⁾	244,8	32,1	198,9	7,7	6,1 ⁶⁾
März	839	551,6	415,3	1106,9	1974,2	1698,9	657,8	837,9	8,6	194,6 ⁶⁾	31,3	9,6	0,4	0,5	20,8 ⁶⁾	244,0	33,5	194,7	9,0	6,8 ⁶⁾
April	838	538,7	378,5	1130,8	2120,1	1796,6	719,2	862,3	10,1	205,0 ⁶⁾	26,7	6,2	0,5	0,7	19,3 ⁶⁾	296,8	40,3	235,0	12,5	9,0 ⁶⁾

Niedersachsen

Dez.	617	169,1	92,5	548,8	616,4	468,5	235,7	183,7	6,3	42,8 ⁶⁾	26,7	14,6	0,0	0,1	12,0 ⁶⁾	121,2	25,5	55,3	7,1	33,3 ⁶⁾
Jan.	615	140,0	93,9	557,8	663,6	508,8	276,4	168,8	7,3	56,3 ⁶⁾	31,8	17,6	0,2	0,1	13,9 ⁶⁾	123,0	36,3	50,0	3,4	33,3 ⁶⁾
Febr.	615	120,1	93,6	576,5	682,0	531,8	295,6	166,6	8,7	60,9 ⁶⁾	31,2	15,6	0,3	0,2	15,1 ⁶⁾	119,0	33,3	53,5	3,1	29,1 ⁶⁾
März	614	128,7	95,6	597,6	715,0	553,0	305,7	173,1	8,5	65,7 ⁶⁾	32,0	16,0	0,4	0,2	15,4 ⁶⁾	130,0	29,0	61,5	5,6	33,9 ⁶⁾
April	614	139,6	96,6	598,4	751,7	570,3	312,4	180,3	8,8	68,8 ⁶⁾	33,9	17,5	0,3	0,1	16,0 ⁶⁾	147,5	39,8	67,6	5,8	34,3 ⁶⁾

Schleswig-Holstein

Dez.	185	47,3	15,1	184,4	242,9	181,1	117,0	48,9	1,4	13,8 ⁶⁾	6,1	4,7	0,0	—	1,4 ⁶⁾	55,7	9,2	46,5	—	—
Jan.	185	43,0	15,4	182,1	249,2	186,7	125,0	42,3	1,6	17,8 ⁶⁾	5,5	4,0	0,1	—	1,4 ⁶⁾	57,0	18,6	38,4	0,0	—
Febr.	185	44,4	14,8	183,8	284,5	209,2	147,1	42,4	1,5	18,2 ⁶⁾	7,3	5,5	0,1	0,0	1,7 ⁶⁾	68,0	18,8	49,2	—	—
März	185	40,8	10,5	184,4	307,9	226,3	151,6	44,4	1,4	28,9 ⁶⁾	8,5	6,6	0,1	0,0	1,8 ⁶⁾	73,1	23,3	49,8	—	—
April	185	37,0	13,1	186,0	313,0	233,4	154,6	47,9	1,5	29,4 ⁶⁾	9,9	7,6	0,3	0,0	2,0 ⁶⁾	69,7	22,7	47,0	0,0	—

Hamburg

Dez.	55	143,1	83,6	235,1	665,8	570,2	327,3	203,8	10,1	29,0 ⁶⁾	1,0	0,6	—	—	0,4 ⁶⁾	94,6	32,7	60,0	0,7	1,2 ⁶⁾
Jan.	56	112,6	101,4	265,4	680,9	604,2	354,2	202,7	15,9	31,4 ⁶⁾	7,5	0,7	6,2	—	0,6 ⁶⁾	69,2	32,7	33,3	2,0	1,2 ⁶⁾
Febr.	55	89,7	145,3	263,7	752,4	647,2	399,7	204,5	18,6	24,4 ⁶⁾	7,2	0,7	5,9	0,0	0,6 ⁶⁾	98,0	35,6	60,0	1,2	1,2 ⁶⁾
März	55	104,9	99,9	263,9	813,6	701,6	436,7	214,0	26,5	24,4 ⁶⁾	9,3	2,0	6,7	0,0	0,6 ⁶⁾	102,7	40,0	58,5	3,0	1,2 ⁶⁾
April	55	125,8	118,5	265,9	868,3	756,5	473,5	225,7	31,2	26,1 ⁶⁾	8,2	1,2	6,4	0,0	0,6 ⁶⁾	103,6	41,8	58,9	1,7	1,2 ⁶⁾

Rheinland-Pfalz

Dez.	277	102,9	46,7	213,1	237,2	190,7	118,9	59,8	3,9	8,1 ⁶⁾	6,1	4,1	0,1	1,0	0,9 ⁶⁾	40,4	24,4	13,7	1,9	0,4 ⁶⁾
Jan.	279	76,7	49,0	234,9	257,0	204,6	129,6	60,5	4,2	10,3 ⁶⁾	8,9	4,8	2,4	0,2	1,5 ⁶⁾	43,5	27,8	12,8	2,1	0,8 ⁶⁾
Febr.	279	68,3	54,0	250,8	278,9	219,9	141,8	62,2	5,1	10,8 ⁶⁾	10,3	4,4	3,8	0,2	1,9 ⁶⁾	48,7	31,2	14,3	2,3	0,9 ⁶⁾
März	279	74,7	56,8	267,1	303,7	236,5	149,4	68,8	5,4	12,9 ⁶⁾	14,3	4,6	7,6	0,1	2,0 ⁶⁾	52,9	35,0	13,7	3,3	0,9 ⁶⁾
April	279	67,5	55,3	274,9	326,8	255,9	167,8	68,3	6,4	13,4 ⁶⁾	14,2	5,4	6,3	0,3	2,2 ⁶⁾	56,7	36,8	14,9	4,1	0,9 ⁶⁾

Baden

Dez.	172	50,2	36,6	146,1	106,7	68,2	43,0	19,5	2,1	3,6 ⁶⁾	1,1	0,4	0,4	0,1	0,2 ⁶⁾	37,4	28,0	5,3	4,0	0,1 ⁶⁾
Jan.	172	49,2	38,9	151,6	94,3	74,0	47,3	20,0	2,0	4,7 ⁶⁾	2,5	0,9	1,3	0,1	0,2 ⁶⁾	17,8	12,6	5,2	0,0	0,0 ⁶⁾
Febr.	172	46,0	31,4	157,4	105,4	84,0	52,7	24,3	2,1	4,9 ⁶⁾	1,6	0,6	0,7	0,0	0,3 ⁶⁾	19,8	12,6	7,2	—	0,0 ⁶⁾
März	172	44,5	38,3	163,2	117,1	93,3	58,7	26,9	2,1	5,6 ⁶⁾	7,6	4,9	2,1	0,1	0,5 ⁶⁾	16,2	9,0	7,2	0,0	0,0 ⁶⁾
April	172	46,2	43,6	168,2	129,5	99,7	65,9	25,5	2,5	5,8 ⁶⁾	3,8	1,8	1,5	0,1	0,4 ⁶⁾	26,0	17,5	8,5	0,0	0,0 ⁶⁾

Württemberg-Hohenzollern

Dez.	147	38,9	36,2	121,1	70,9	57,1	31,2	16,5	3,1	6,3 ⁶⁾	1,1	0,7	0,1	0,0	0,3 ⁶⁾	12,7	7,4	5,1	0,0	0,2 ⁶⁾
Jan.	148	37,6	33,3	124,9	87,6	64,8	37,3	19,2	1,2	7,1 ⁶⁾	4,3	0,9	3,0	0,0	0,4 ⁶⁾	18,5	10,1	8,1	0,0	0,3 ⁶⁾
Febr.	148	34,3	38,1	129,6	93,6	69,7	39,8	21,3	1,3	7,3 ⁶⁾	4,1	0,8	2,9	0,1	0,3 ⁶⁾	19,8	11,4	8,1	0,0	0,3 ⁶⁾
März	148	36,2	55,2	133,5	94,1	72,3	41,4	21,7	1,6	7,6 ⁶⁾	5,0	1,0	3,6	0,1	0,3 ⁶⁾	16,8	7,6	8,9	—	0,3 ⁶⁾
April	148	38,4	52,7	135,8	102,6	79,1	49,2	20,4	1,6	7,9 ⁶⁾	4,7	1,0	3,2	0,1	0,4 ⁶⁾	18,8	10,3	8,1	—	0,4 ⁶⁾

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

³⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

⁴⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁵⁾ Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

⁶⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts in den einzelnen Ländern
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Einlagen												Noch umzu- stellende Einlagen (ge- schätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand			Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- ver- bindlich- keiten aus weiter- begeben- en Wech- seln	darunt. weiter- begeben- e fremde Bank- ak- zepte	Eventual- ver- bindlich- keiten aus ver- kauften Aus- gleichs- forde- rungen
	insgesamt	Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	davon								Spar- ein- lagen			insgesamt	darunter						
				Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger						eigene Ak- zepte	fremde Bank- ak- zepte					
				mit	ohne	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin											
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42	

Währungsgebiet²⁾

Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	169,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 530,8	98,3	23,0
Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2
Febr.	11 834,4	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 070,5	251,9	1 497,1	880,7	5 234,2	357,4	1 936,1	514,7	699,0	1 801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1 333,4	117,9	30,6
März	12 327,7	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 142,6	296,0	1 452,5	927,5	5 422,3	429,3	2 107,8	417,0	674,2	1 879,2	464,2	86,2	641,3	35,8	1 368,4	103,0	30,8
April	12 767,2	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 115,8	352,1	1 580,1	1 004,1	5 495,3	473,7	2 226,8	285,1	790,6	1 947,7	472,2	75,8	651,2	39,4	1 365,8	97,6	33,7

Bayern

Dez.	1 822,1	62,0	61,4	1 698,7	1 558,2	132,8	7,7	281,6	86,2	858,3	42,1	290,0	82,0	227,3	254,5	85,6	27,1	150,9	19,1	124,4	14,2	7,3
Jan.	1 893,4	67,6	44,4	1 781,4	1 632,3	136,8	12,3	295,9	119,3	865,8	42,4	308,9	71,8	246,1	237,9	91,8	12,5	150,8	9,6	124,0	7,9	9,3
Febr.	1 924,6	72,4	28,3	1 823,9	1 675,0	136,3	12,6	305,1	125,6	866,6	48,5	329,2	58,4	261,1	224,0	75,9	13,9	144,0	8,4	121,1	4,2	10,2
März	1 964,0	75,2	17,1	1 871,7	1 701,0	140,7	30,0	255,1	128,4	908,4	61,6	347,5	49,6	217,7	220,4	75,2	21,9	149,8	10,5	123,7	5,8	10,4
April	2 000,9	76,9	11,8	1 912,2	1 742,8	136,5	32,9	284,2	109,7	923,8	64,0	361,1	41,3	247,5	223,6	84,6	12,4	143,4	10,2	129,9	5,0	12,0

Hessen

Dez.	1 091,4	25,1	46,1	1 020,2	783,8	182,5	53,9	147,8	18,4	456,6	27,1	133,9	55,0	41,1	147,2	30,9	18,6	42,2	2,7	93,7	4,5	1,5
Jan.	1 106,6	28,7	33,7	1 044,2	832,3	159,2	52,7	166,3	43,3	442,7	30,4	149,6	49,7	56,9	167,4	31,7	14,7	35,0	2,4	75,5	4,5	1,5
Febr.	1 081,0	31,6	23,7	1 025,7	858,4	124,8	42,5	168,0	50,6	439,0	37,2	163,6	39,9	65,4	146,1	31,7	12,4	46,7	2,3	102,1	12,4	1,5
März	1 174,4	33,7	14,2	1 126,5	893,2	188,9	44,4	162,6	49,3	462,3	39,4	179,6	31,5	61,8	144,0	31,0	10,1	55,0	2,4	102,8	9,7	1,5
April	1 195,0	34,9	10,4	1 149,7	914,8	172,3	62,6	167,9	52,3	463,1	43,8	187,7	24,1	75,0	154,3	33,8	9,2	52,4	2,8	94,2	6,4	2,8

Württemberg-Baden

Dez.	1 280,4	31,7	38,6	1 210,1	1 053,8	132,1	24,2	137,2	175,7	519,8	34,0	187,1	76,4	32,8	241,1	75,3	20,8	36,6	11,4	111,3	7,5	4,1
Jan.	1 353,4	36,7	26,8	1 289,9	1 134,7	118,8	36,4	140,5	242,9	504,8	35,3	211,2	55,2	50,5	257,6	81,3	9,3	47,2	3,8	102,8	5,4	4,4
Febr.	1 402,2	40,2	17,8	1 344,2	1 183,6	118,9	41,7	142,2	249,7	523,4	39,3	229,0	38,5	53,3	272,6	82,8	10,0	60,8	2,5	83,7	5,7	4,6
März	1 476,7	42,4	11,4	1 422,9	1 242,9	125,7	54,3	156,3	248,7	549,0	44,8	244,1	26,3	44,7	288,8	85,5	16,9	68,0	2,4	71,2	4,9	4,6
April	1 530,0	43,5	6,3	1 480,2	1 274,2	130,5	75,5	163,3	264,8	546,6	45,4	254,1	17,2	67,3	288,4	88,5	18,1	76,3	2,5	66,0	5,7	4,5

Bremen

Dez.	267,7	5,1	5,8	256,8	229,0	27,1	0,7	27,5	41,9	132,4	7,9	19,3	9,9	16,0	47,4	8,0	8,0	5,0	0,0	17,4	1,7	—
Jan.	289,6	5,6	4,2	279,8	260,6	18,5	0,7	60,3	45,0	124,8	8,6	21,9	8,5	15,5	46,4	11,2	4,0	4,8	0,0	19,1	1,2	—
Febr.	346,1	6,0	3,4	336,7	315,3	21,0	0,4	99,1	45,4	137,7	9,0	24,1	7,2	19,4	46,5	14,9	2,2	8,1	0,1	22,4	2,5	—
März	359,4	6,2	2,4	350,8	327,5	22,2	1,1	84,9	59,1	147,5	9,5	26,5	6,2	28,1	52,8	17,8	2,7	7,4	0,2	16,0	2,3	—
April	379,2	6,3	1,6	371,3	343,6	27,1	0,6	98,1	59,0	148,7	9,1	28,7	4,6	35,4	51,3	17,6	2,3	8,8	0,3	17,0	2,1	—

Nordrhein-Westfalen

Dez.	2 962,5	74,7	123,5	2 764,3	2 407,4	307,9	49,0	431,0	112,0	1 429,1	46,9	388,4	149,6	34,1	486,4	88,0	16,3	79,9	4,7	547,6	6,4	0,2
Jan.	3 079,8	83,1	87,3	2 909,4	2 527,4	327,9	54,1	441,0	151,1	1 457,4	49,6	428,3	131,1	48,3	555,0	87,6	9,7	68,4	4,2	452,0	3,7	0,2
Febr.	3 255,6	88,2	69,9	3 097,5	2 648,4	343,8	105,3	417,9	219,7	1 486,9	62,1	461,8	110,0	60,3	621,2	83,1	10,0	85,0	4,4	435,4	0,3	0,2
März	3 414,2	92,2	55,8	3 266,2	2 812,0	344,2	110,0	444,3	240,4	1 542,9	80,9	503,5	89,6	65,3	655,1	100,3	10,4	99,7	5,1	458,7	0,2	—
April	3 537,5	95,4	45,4	3 396,7	2 955,5	312,6	128,6	463,5	291,9	1 568,3	93,1	538,7	76,8	89,1	739,6	105,7	13,4	95,1	5,9	428,6	1,3	—

Niedersachsen

Dez.	1 150,8	42,7	60,4	1 047,7	919,0	115,0	13,7	114,3	7,5	562,1	23,1	212,0	85,5	43,8	104,0	20,9	3,6	37,0	10,7	143,8	16,1	3,1
Jan.	1 172,6	44,7	43,7	1 084,2	959,7	99,9	24,6	140,9	7,3	547,4	26,9	237,2	75,5	61,2	109,5	30,6	3,8	38,2	5,5	132,1	21,0	3,1
Febr.	1 172,8	47,6	27,2	1 098,0	985,5	93,6	18,9	130,3	9,7	549,6	35,3	260,6	59,3	63,8	111,0	27,9	3,1	47,1	6,7	128,4	23,3	3,1
März	1 220,4	50,6	14,3	1 155,5	1 037,2	95,3	23,0	123,8	13,0	566,8	45,0	288,6	42,4	70,1	132,6	33,2	3,0	43,4	8,7	124,2	26,9	3,1
April	1 257,8	52,2	8,6	1 197,0	1 080,7	101,3	15,0	130,3	23,7	570,7	54,0	302,0	35,0	78,9	132,5	24,7	2,8	49,3	8,9	129,0	25,4	3,2

Schleswig-Holstein

Dez.	307,2	11,4	15,8	280,0	256,5	23,2	0,3	24,7	2,5	163,3	5,3	60,7	29,1	36,9	25,3	6,9	0,0	52,0	3,5	73,6	38,1	2,7
Jan.	314,1	12,6	12,2	289,3	263,4	25,4	0,5	28,3	3,1	156,8	8,3	66,9	23,0	43,5	25,4	7,8	0,0	52,2	1,4	61,5	34,4	2,7
Febr.	316,2	13,8	9,5	292,9	271,0	21,8	0,1	22,2	10,7	157,2	6,8	74,1	17,5	53,8	29,2	10,9	0,5	68,3	1,4	71,7	45,4	2,7
März	322,2	15,0	5,8	301,4	279,1	21,4	0,9	22,5	11,1	158,8	7,2	79,5	12,6	60,1	31,8	13,1	0,3	65,7	2,1	73,2	44,1	2,7
April	324,9	15,7	3,9	305,3	284,9	19,4	1,0	20,5	13,0	158,3	10,3	82,8	9,6	61,5	28,8	10,4	0,3	63,0	3,4	73,1	39,7	2,7

Hamburg

Dez.	868,2	17,4	24,6	826,2	750,2	72,3	3,7	46,9	113,2	486,0	58,8	45,3	33,0	34,0	175,7	61,8	17,9	106,7	11,9	134,3	8,7	0,4
Jan.	867,9	18,7	20,0	829,2	765,8	58,5	4,9	49,4	124,6	474,0	67,9	49,9	14,3	44,3	163,4	56,2	7,3	96,0	3,6	119,9	3,8	0,4
Febr.	971,3	19,7	17,2	934,4	849,4	80,1	4,9	57,9	137,3	504,7	94,2	55,3	11,1	50,2	223,1	74,1	21,1	107,2	1,1	109,0	5,5	3,7
März	954,4	22,1	9,4	922,9	851,4	67,2	4,3	50,7	134,1	494,2	109,2	63,2	7,7	46,4	214,1	82,6	19,0	118,5	2,3	134,4	6,1	3,7
April	1 034,8	22,7	7,5	1 004,6	919,1	80,9	4,6	68,2	139,0	524,0	120,2	67,7	6,7	41,8	209,3	78,8	14,5	126,9	2,8	145,7	9,2	3,7

Rheinland-Pfalz

Dez.	552,5	14,7	28,3	509,5	447,9	56,2	5,4	76,3	16,6	250,5	8,3	96,2	69,7	49,9	57,6	22,5	0,5	19,4	2,8	34,4	0,9	3,5
Jan.	527,8	16,5	23,6	487,7	426,4	56,9	4,4	51,7	10,4	246,8	9,4	108,1	63,4	54,8	54,2	21,2	0,5	20,3	1,6	37,8	1,3	3,5
Febr.	569,8	18,8	18,4	532,6	472,5	54,0	6,1	63,5	14,2	259,6	11,9	123,3	50,5	50,7	60,8	23,3	0,5	21,8	1,3	37,0	1,8	4,6
März	593,3	21,7	11,0	560,6	501,8	52,0	6,8	63,4	17,2	266,4	14,2	140,6	35,6	59,5	59,4	18,7	0,6	27,7	1,1	39,8	1,5	4,7
April	604,6	22,9	7,8	573,9	517,4	49,8	6,7	69,6	23,0	258,2	15,3	151,3	27,0	69,1	58,9	20,7	0,5	30,5	1,8	41,6	1,4	4,7

Baden

Dez.	339,8	12,6	12,1	315,1	280,2	33,2	1,7	52,4	1,8	156,8	2,0	67,2	27,1	7,6	22,2	5,2	0,1	0,7	0,8	5,5	—	—
Jan.	338,4	13,3	9,2	315,9	278,7	35,7	1,5	49,5	3,4	147,9	3,2	74,7	21,7	7,1	22,6	5,1	0,4	0,9	0,8	6,4	0,3	—
Febr.	334,8	14,1	7,4	313,3	281,8	30,4	1,1	41,0	4,2	151,3	4,0	81,3	16,6	8,8	26,4	5,6	0,3	1,4	0,7	9,4	0,1	—
März	362,3	14,8	5,7	341,8	307,7	32,3	1,8	39,8	7,7	164,9	7,2	88,1	11,8	7,9	29,9	5,8	0,7	2,6	0,7	8,8	0,1	—
April	378,6	15,1	4,7	358,8	321,9	34,2	2,7	41,4	10,3	167,6	7,5	95,1	7,3	11,4	30,3	6,4	0,7	2,2	0,7	8,3	0,1	—

Württemberg-Hohenzollern

Dez.	264,6	8,4	10,9	245,3	211,0	26,5	7,8	28,8	6,2	114,4	1,6	60,0	24,2	6,4	18,2	2,8	0,3	2,5	1,6	4,3	0,3	—
Jan.	267,9	9,1	8,1	250,7	219,0	21,5	10,2	28,9	9,4	112,9	1,7	66,1	19,9	10,0	21,1	2,7	0,8	3,7	0,5	7,8	1,0	—
Febr.	285,1	10,1	6,1	268,9	232,8	23,8	12,3	32,3	10,2	116,5	2,3	71,5	15,5	8,7	22,5	1,6	1,2	3,8	0,7	7,4	2,2	—
März	309,1	10,9	4,0	294,2	253,2	28,0	13,0	31,1	15,9	125,7	3,4	77,1	11,7	5,6	23,0	1,1	0,5	3,6	0,3	7,5	1,4	—
April	319,2	11,6	2,3	305,3	262,1	28,8	14,4	38,8	14,8	123,1	4,1	81,3	9,2	9,0	20,1	1,0	1,4	3,3	0,2	8,7	1,3	0,1

1) Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

2) Die Summe aller Länderzahlen ist kleiner als die für das Währungsgebiet gemeldeten Ergebnisse, da einige Institute nur zonal berichten und daher nur in den Zahlen für das Währungsgebiet erscheinen.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Zahl der berichtenden Institute ²⁾	Barreserve	Nostro-guthaben ³⁾	Ausgleichsforde-rungen gegen die öffentliche Hand ⁴⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft)																
					Ins-gesamt	Wirt-schafts-unternehmen und Private	davon				Öffent-liche Hand	Kas-sen-kredite	davon				Geld-in-stitute	davon			
							Konto-kor-rent- und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kre-dite	mittel- und lang-fristige Kre-dite			Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließl. Indossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kre-dite	mittel- und lang-fristige Kre-dite	Konto-kor-rent- und Akzept-kredite		Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel- und lang-fristige Kredite	
																					7
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19	20		

Alle Banken

Dez.	3579	1 837,5	1 060,8	4 394,9	6 299,1	4 800,8	2 418,2	1 891,8	78,8	412,0 ⁵⁾	356,8	48,5	244,0	3,0	61,3 ⁵⁾	1 141,5	340,7	734,4	23,5	42,9 ⁵⁾
Jan.	3583	1 586,6	1 256,4	4 598,0	6 620,3	5 147,7	2 683,7	1 835,2	104,7	524,1 ⁵⁾	367,5	59,7	209,8	7,5	90,5 ⁵⁾	1 105,1	367,7	661,1	20,6	55,7 ⁵⁾
Febr.	3583	1 488,2	1 361,8	4 702,8	7 091,0	5 502,6	2 980,3	1 841,0	130,4	580,9 ⁵⁾	408,1	82,5	226,9	3,6	95,1 ⁵⁾	1 180,3	366,5	728,4	25,5	59,9 ⁵⁾
März	3581	1 610,5	1 394,4	4 793,9	7 448,7	5 842,0	3 141,3	1 935,1	158,5	607,1 ⁵⁾	414,5	65,1	247,8	3,4	98,2 ⁵⁾	1 192,2	379,6	710,9	32,2	69,5 ⁵⁾
April	3580	1 653,9	1 413,8	4 867,4	7 923,1	6 228,1	3 400,2	1 994,6	182,7	650,6 ⁵⁾	403,2	64,0	240,4	5,0	93,8 ⁵⁾	1 291,8	446,1	736,9	36,9	71,9 ⁵⁾

Kreditbanken

Dez.	247	731,6	377,5	981,3	3 277,0	2 922,2	1 622,7	1 266,2	24,2	9,1 ⁵⁾	9,7	8,2	0,9	0,1	0,5 ⁵⁾	345,1	44,6	293,9	4,9	1,7 ⁵⁾
Jan.	247	581,6	435,6	1 003,1	3 324,1	3 062,9	1 742,8	1 266,7	40,0	13,4 ⁵⁾	15,7	10,0	2,7	0,1	2,9 ⁵⁾	245,5	31,5	209,0	3,3	1,7 ⁵⁾
Febr.	247	486,8	434,1	1 010,7	3 549,4	3 290,9	1 936,8	1 274,6	59,7	19,8 ⁵⁾	14,9	9,1	2,8	0,1	2,9 ⁵⁾	243,6	29,1	202,2	5,1	7,2 ⁵⁾
März	246	534,5	409,9	1 011,5	3 704,1	3 441,3	2 023,2	1 320,4	75,0	22,7 ⁵⁾	23,8	14,2	6,5	0,2	2,9 ⁵⁾	239,0	32,4	194,1	2,5	10,0 ⁵⁾
April	246	518,2	406,9	1 018,8	3 873,0	3 634,6	2 181,2	1 338,1	86,7	28,6 ⁵⁾	17,4	9,9	4,4	0,2	2,9 ⁵⁾	221,0	40,7	166,4	3,3	10,6 ⁵⁾

Hypothekenbanken

Dez.	35	4,5	19,0	224,1	164,1	142,8	0,2	0,1	13,9	128,6 ⁵⁾	16,7	—	—	0,2	16,5 ⁵⁾	4,6	0,0	0,0	—	4,6 ⁵⁾
Jan.	35	2,7	25,1	215,7	216,3	191,7	0,4	0,1	18,4	172,8 ⁵⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁵⁾	4,5	0,0	0,0	—	4,5 ⁵⁾
Febr.	35	2,0	29,9	215,5	220,0	199,8	0,3	0,1	21,2	178,2 ⁵⁾	20,1	0,7	0,1	0,3	19,0 ⁵⁾	0,1	0,0	0,0	0,1	— ⁵⁾
März	35	2,8	42,2	215,0	248,5	223,3	0,3	0,2	24,6	198,2 ⁵⁾	20,6	0,8	0,1	0,3	19,4 ⁵⁾	4,6	0,0	—	0,1	4,5 ⁵⁾
April	35	2,4	84,2	217,4	253,0	234,0	0,4	0,2	31,4	202,0 ⁵⁾	14,3	—	0,1	1,3	12,9 ⁵⁾	4,7	0,1	0,0	0,1	4,5 ⁵⁾

Girozentralen

Dez.	18	225,1	197,5	221,7	822,3	340,2	111,4	176,6	5,6	46,6 ⁵⁾	52,9	24,8	0,0	0,4	27,7 ⁵⁾	429,2	190,5	228,1	4,2	6,4 ⁵⁾
Jan.	18	249,3	294,8	240,4	922,8	354,6	118,9	167,0	6,3	62,4 ⁵⁾	78,6	26,2	4,3	0,8	47,3 ⁵⁾	489,6	224,3	244,9	4,2	16,2 ⁵⁾
Febr.	18	255,9	388,3	261,4	1 027,5	371,5	128,7	166,6	6,2	70,0 ⁵⁾	81,7	25,8	5,0	1,0	49,9 ⁵⁾	574,3	216,7	333,8	5,9	17,9 ⁵⁾
März	18	289,6	385,3	260,3	1 062,3	409,2	124,8	187,0	13,9	83,5 ⁵⁾	86,9	28,9	6,9	0,7	50,4 ⁵⁾	566,2	222,5	316,7	7,8	19,2 ⁵⁾
April	18	345,3	412,2	272,9	1 186,7	443,1	136,3	195,9	13,4	97,5 ⁵⁾	92,1	31,3	8,2	1,2	51,4 ⁵⁾	651,5	255,1	367,2	8,7	20,5 ⁵⁾

Sparkassen

Dez.	890	441,6	258,6	2 123,7	783,2	751,9	358,3	177,0	16,7	199,9 ⁵⁾	26,5	10,6	0,7	0,5	14,7 ⁵⁾	4,8	1,9	0,6	0,2	2,1 ⁵⁾
Jan.	889	446,8	300,4	2 190,9	882,4	819,2	403,0	159,7	17,7	238,8 ⁵⁾	34,8	11,7	3,1	0,8	19,2 ⁵⁾	28,4	1,7	21,2	0,2	5,3 ⁵⁾
Febr.	889	450,6	332,3	2 238,1	928,0	859,4	438,3	159,2	19,3	242,6 ⁵⁾	36,5	11,7	2,9	0,9	21,0 ⁵⁾	32,1	1,7	23,5	0,3	6,6 ⁵⁾
März	889	452,6	366,0	2 296,0	999,0	927,9	479,5	170,0	21,4	257,0 ⁵⁾	43,5	17,1	2,6	1,0	22,8 ⁵⁾	27,6	2,1	17,9	0,2	7,4 ⁵⁾
April	889	457,9	341,5	2 317,9	1 078,7	1 002,2	532,3	173,2	23,6	273,1 ⁵⁾	43,2	16,4	2,6	0,9	23,3 ⁵⁾	33,3	2,2	23,2	0,2	7,7 ⁵⁾

Postsparkassen – Postscheckämter

Dez.	18	125,0	0,2	207,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jan.	18	98,6	0,2	280,0	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Febr.	18	87,0	0,1	286,5	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
März	18	98,8	0,1	292,9	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
April	18	88,2	0,1	306,3	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Dez.	33	75,7	40,7	39,4	376,9	140,8	68,1	71,1	1,3	0,3 ⁵⁾	1,0	1,0	—	—	— ⁵⁾	235,1	99,5	124,5	11,0	0,1 ⁵⁾
Jan.	33	66,7	50,7	40,4	376,2	145,0	89,1	53,9	1,5	0,5 ⁵⁾	3,7	1,2	0,2	2,3	— ⁵⁾	227,5	105,7	109,2	12,4	0,2 ⁵⁾
Febr.	33	61,7	39,6	41,1	422,8	165,7	110,8	53,0	1,5	0,4 ⁵⁾	2,1	1,3	0,8	0,0	— ⁵⁾	255,0	113,2	127,9	13,8	0,1 ⁵⁾
März	33	59,1	49,2	42,2	461,2	179,5	122,9	54,5	1,4	0,7 ⁵⁾	2,1	0,9	1,2	0,0	— ⁵⁾	279,6	118,2	142,3	18,9	0,2 ⁵⁾
April	33	65,0	42,3	42,7	504,3	188,5	118,4	66,4	2,1	1,6 ⁵⁾	2,0	0,9	1,1	0,0	— ⁵⁾	313,8	144,4	146,8	22,3	0,3 ⁵⁾

Kreditgenossenschaften

Dez.	2288	123,4	128,3	563,9	386,6	380,5	197,1	145,4	12,9	25,1 ⁵⁾	3,9	2,5	0,1	1,0	0,3 ⁵⁾	2,2	1,9	0,2	0,1	0,0 ⁵⁾
Jan.	2292	109,6	115,8	589,5	418,9	407,8	233,0	131,9	13,8	28,7 ⁵⁾	8,4	2,8	5,0	0,3	0,3 ⁵⁾	3,1	2,4	0,7	0,0	0,0 ⁵⁾
Febr.	2292	112,7	111,6	611,6	452,6	441,2	259,7	134,7	15,2	31,6 ⁵⁾	7,2	2,6	4,1	0,2	0,3 ⁵⁾	4,2	3,1	1,0	0,1	0,0 ⁵⁾
März	2291	110,5	115,0	636,3	489,5	477,3	283,7	140,5	16,8	36,3 ⁵⁾	7,6	2,3	4,9	0,1	0,3 ⁵⁾	4,6	2,7	1,9	0,0	0,0 ⁵⁾
April	2290	104,0	97,0	651,0	534,6	523,5	324,2	142,3	18,9	38,1 ⁵⁾	6,6	2,2	3,9	0,0	0,5 ⁵⁾	4,5	3,0	1,5	0,0	0,0 ⁵⁾

Sonstige Geldinstitute ⁶⁾

Dez.	50	110,6	39,1	32,9	489,0	122,5	60,4	55,5	4,3	2,3 ⁵⁾	246,0	1,3	242,3	0,7	1,7 ⁵⁾	120,5	2,4	86,9	3,1	28,1 ⁵⁾
Jan.	51	31,1	33,7	38,0	479,6	166,8	96,6	55,7	7,0	7,5 ⁵⁾	206,4	7,1	194,5	3,0	1,8 ⁵⁾	106,4	2,1	76,1	0,4	27,8 ⁵⁾
Febr.	51	31,5	25,8	38,0	490,8	174,1	105,8	52,7	7,2	8,4 ⁵⁾	245,6	31,4	211,2	1,0	2,0 ⁵⁾	71,1	2,6	40,1	0,4	28,0 ⁵⁾
März	51	62,5	26,7	39,8	484,1	183,4	106,9	62,5	5,3	8,7 ⁵⁾	230,0	0,8	225,6	1,1	2,5 ⁵⁾	70,7	1,7	38,1	2,7	28,2 ⁵⁾
April	51	72,8	29,5	40,5	492,8	202,3	107,5	78,4	6,7	9,7 ⁵⁾	227,5	3,3	220,2	1,3	2,7 ⁵⁾	63,0	0,7	31,7	2,2	28,4 ⁵⁾

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Einschl. selbständig berichtender Filialen, die im Bereich einer anderen Landeszentralbank liegen als die zugehörige Zentrale. Veränderung der Zahl der berichtenden Institute durch Abgang nicht mehr berichtspflichtiger bzw. Zugang neu berichtender Geldinstitute.

³⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

⁴⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

⁵⁾ Noch sehr unvollständige Angaben.

⁶⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts bei den einzelnen Bankengruppen
 Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
 Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken
 in Mill. DM

Stand am Monatsende 1948 bzw. 1949	Einlagen												Noch umzustellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostroverpflichtungen	Wechselbestand				Eigene Akzepte im Umlauf	Eigene Ziehungen im Umlauf	Eventualverbindlichkeiten aus weiterbegebenen Wechseln	darunt. weiterbegebene fremde Bankakzepte	Eventualverbindlichkeiten aus verkauften Ausgleichsfordern.
	insgesamt	davon													insgesamt	darunter							
		Einlagen auf Anlagekonto	Einlagen auf Festkonto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten		Einlagen der öffentl. Hand		sonstige Gläubiger		Spar-einlagen				eigene Akzepte	fremde Bankakzepte						
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin												
21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41	42		

Alle Banken

Dez.	11 137,8	309,7	440,6	10 387,5	9 094,2	1 123,7	169,6	1 451,0	584,9	5 198,6	260,8	1 598,9	740,0	529,9	1 631,4	407,8	113,2	532,9	69,3	1 530,8	98,3	23,0
Jan.	11 373,7	341,2	325,7	10 706,8	9 416,5	1 080,9	209,4	1 471,8	762,8	5 126,9	287,6	1 767,4	634,7	643,0	1 684,8	427,1	63,0	517,3	33,5	1 350,9	96,1	25,2
Febr.	11 834,4	368,1	238,4	11 227,9	9 905,5	1 070,5	251,9	1 497,1	880,7	5 234,2	357,4	1 936,1	514,7	699,0	1 801,6	431,8	75,2	594,2	29,7	1 333,4	117,9	30,6
März	12 327,7	391,4	158,3	11 778,0	10 339,4	1 142,6	296,0	1 452,5	927,5	5 422,3	429,3	2 107,8	417,0	674,2	1 879,2	464,2	86,2	641,3	35,8	1 368,4	103,0	30,8
April	12 767,2	404,6	114,7	12 247,9	10 780,0	1 115,8	352,1	1 580,1	1 004,1	5 495,3	473,7	2 226,8	285,1	790,6	1 947,7	472,2	75,8	651,2	39,4	1 365,8	97,6	33,7

Kreditbanken

Dez.	3 935,5	74,0	84,8	3 776,7	3 417,2	269,0	90,5	353,2	194,0	2 540,0	189,7	140,3	102,6	124,0	975,5	378,0	83,2	436,8	16,4	915,4	35,0	3,4
Jan.	3 959,0	80,4	62,7	3 815,9	3 458,4	276,1	81,4	345,5	249,1	2 512,0	197,7	154,1	90,6	161,2	999,6	387,7	33,4	394,3	5,9	825,2	23,2	4,4
Febr.	4 053,4	87,9	42,0	3 923,5	3 557,6	288,5	77,4	334,3	261,1	2 551,5	235,4	175,3	74,0	198,2	1 026,4	383,8	32,4	449,1	4,4	803,9	25,9	4,4
März	4 198,6	93,7	26,5	4 078,4	3 679,1	307,8	91,5	284,9	254,7	2 675,1	272,6	191,8	60,0	140,0	1 066,1	416,0	40,3	486,3	4,1	829,7	22,7	4,4
April	4 357,7	96,7	18,6	4 242,4	3 803,8	330,1	108,5	352,7	246,1	2 691,4	310,3	203,3	49,1	148,1	1 102,6	429,8	27,1	488,9	4,9	791,3	17,9	5,5

Hypothekenbanken

Dez.	12,8	0,1	0,1	12,6	11,0	0,8	0,8	6,3	0,1	3,2	1,3	0,1	0,2	15,9	0,1	—	—	—	—	0,0	—	10,4
Jan.	11,3	0,1	0,1	11,1	9,4	0,5	1,2	5,8	0,1	1,3	2,0	0,2	0,2	14,4	0,1	—	—	—	—	—	—	10,6
Febr.	11,4	0,1	0,0	11,3	9,3	0,6	1,4	5,3	0,1	1,4	2,3	0,2	0,2	17,3	0,1	—	—	—	—	—	—	11,8
März	15,6	0,1	0,1	15,4	13,3	0,5	1,6	10,1	0,1	1,5	1,4	0,2	0,1	21,0	0,2	—	—	—	—	—	—	11,9
April	13,3	0,1	0,0	13,2	10,9	0,5	1,8	7,7	0,2	1,5	1,3	0,2	0,1	26,0	0,2	—	—	—	—	—	—	12,8

Girozentralen

Dez.	1 191,3	15,9	10,3	1 165,1	754,1	361,0	50,0	328,7	279,5	101,2	22,4	22,3	25,7	86,8	341,2	9,3	22,4	4,1	1,7	62,7	6,2	—
Jan.	1 437,5	16,2	8,3	1 413,0	941,8	376,7	94,5	412,0	364,4	108,1	32,9	24,4	37,0 ²⁾	106,6	386,6	11,4	21,0	3,3	1,2	24,1	1,8	—
Febr.	1 623,7	16,6	6,4	1 600,7	1 065,1	399,9	135,7	410,3	448,9	127,7	51,4	26,8	27,7	119,9	480,4	13,5	32,6	1,8	0,8	16,4	2,7	—
März	1 691,4	16,8	3,5	1 671,1	1 104,7	405,8	160,6	410,2	475,5	119,2	71,1	28,7	26,2	112,1	492,4	15,1	33,5	1,0	0,7	11,3	2,3	—
April	1 841,6	16,9	1,4	1 823,3	1 292,5	343,1	187,7	509,8	550,3	123,4	79,1	29,9	22,5	131,5	538,8	13,5	33,8	1,1	0,7	10,8	2,3	—

Sparkassen

Dez.	3 436,5	164,3	236,6	3 035,6	3 002,9	32,5	0,2	507,3	105,5	1 257,7	12,9	1 119,5	366,0	168,5	126,8	8,3	1,5	9,1	5,1	51,9	0,6	4,2
Jan.	3 595,3	181,5	168,0	3 245,8	3 211,8	33,4	0,6	525,3	143,3	1 289,6	14,9	1 238,7	281,0	189,1	136,0	10,3	1,0	9,7	2,1	51,5	0,7	4,1
Febr.	3 763,7	194,4	125,7	3 443,6	3 413,1	30,4	0,1	568,1	162,7	1 319,9	23,5	1 338,9	221,4	182,5	139,7	9,7	0,4	10,3	1,9	49,2	0,7	7,6
März	3 935,7	205,4	85,9	3 644,4	3 613,9	28,2	2,3	566,2	189,3	1 370,8	35,2	1 452,4	164,9	189,9	146,0	9,5	1,0	10,7	1,5	44,8	0,6	7,6
April	4 016,9	211,4	64,3	3 741,2	3 701,9	32,5	6,8	518,0	199,5	1 420,5	30,9	1 533,0	129,4	214,4	153,5	9,5	2,1	8,5	1,5	44,4	0,6	8,6

Postsparkassen — Postscheckämter

Dez.	954,6	9,2	32,2	913,2	681,3	231,9	—	135,8	—	506,7	—	38,8	45,2	—	—	—	—	—	—	—	—	—
Jan.	839,6	11,3	27,2	801,1	642,0	159,1	—	123,9	—	473,6	—	44,5	43,8	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
Febr.	815,6	12,8	19,6	783,2	653,0	130,2	—	120,0	—	470,7	—	62,3	33,3	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
März	863,9	14,5	12,3	837,1	669,6	167,5	—	121,5	—	478,5	—	69,6	34,0	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—
April	880,7	15,7	8,5	856,5	672,9	183,6	—	119,7	—	476,8	—	76,4	29,2	0,1	—	—	—	—	—	—	—	—

Zentralkassen

Dez.	299,2	4,3	2,8	292,1	73,1	198,9	20,1	4,5	0,0	55,6	8,2	4,8	3,5	50,3	51,8	7,1	5,7	40,2	15,1	135,4	43,5	2,3
Jan.	292,3	4,6	1,5	286,2	73,4	194,2	18,6	4,5	0,0	53,6	9,9	5,4	3,3	59,2	47,6	8,9	7,3	56,8	4,0	119,4	42,8	2,3
Febr.	291,4	4,9	1,1	285,4	83,2	180,8	21,4	5,1	0,0	60,6	11,5	6,0	2,7	58,4	47,1	13,1	9,3	70,0	5,0	141,1	55,9	2,3
März	302,8	5,0	0,6	297,2	82,3	191,3	23,6	3,6	0,1	59,9	12,3	6,4	2,1	75,1	54,2	13,4	10,8	67,6	6,8	148,3	55,4	2,4
April	301,8	5,1	0,2	296,5	84,4	186,8	25,3	4,1	0,2	59,8	13,4	6,9	2,2	107,2	47,9	8,7	12,2	72,2	7,8	165,1	51,8	2,4

Kreditgenossenschaften

Dez.	1 051,3	38,2	71,6	941,5	928,1	12,6	0,8	30,5	2,0	617,6	9,4	268,6	126,8	67,9	66,4	3,9	0,3	15,4	18,0	63,1	0,9	1,7
Jan.	1 054,8	43,1	56,2	955,5	941,7	13,4	0,4	32,7	2,1	599,3	12,2	295,4	109,8	89,5	65,3	5,6	0,2	21,9	13,4	58,6	0,6	2,8
Febr.	1 087,1	47,4	42,2	997,5	983,9	13,3	0,3	33,9	3,4	613,1	12,2	321,3	87,4	102,3	66,7	7,0	0,3	28,7	11,5	63,5	0,5	3,5
März	1 132,1	51,8	28,2	1 052,1	1 038,9	12,7	0,5	35,4	4,0	632,5	14,0	353,0	62,7	111,1	69,5	7,6	0,2	38,3	12,2	67,4	0,6	3,5
April	1 141,2	54,5	20,5	1 066,2	1 051,8	13,8	0,6	31,4	4,6	629,6	15,2	371,0	47,6	136,2	69,4	7,9	0,1	43,1	13,2	68,2	0,4	3,4

Sonstige Geldinstitute ²⁾

Dez.	256,6	3,7	2,3	250,6	226,5	17,0	7,1	84,7	3,8	116,5	17,0	4,5	70,0	16,4	69,6	1,3	0,0	27,4	13,0	302,2	12,3	1,0
Jan.	184,0	3,9	1,8	178,3	138,1	27,5	12,7	22,1	3,8	89,4	17,9	4,9	69,1	22,8	49,5	3,1	0,2	31,2	7,0	272,1	27,0	1,0
Febr.	188,0	3,9	1,3	182,8	140,4	26,9	15,5	20,1	4,5	89,3	21,1	5,4	68,0	20,3	41,2	4,8	0,2	34,2	5,9	259,2	32,2	1,0
März	187,5	4,1	1,2	182,2	137,5	28,7	16,0	20,7	3,7	84,7	22,7	5,7	67,1	25,0	50,8	2,5	0,4	37,3	10,4	266,8	21,5	1,0
April	213,9	4,2	1,1	208,6	161,8	25,5	21,3	36,6	3,2	92,3	23,6	6,1	4,9	27,1	35,3	2,7	0,6	37,4	11,3	286,1	24,5	1,0

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

²⁾ Die Zunahme gegenüber Dezember ist auf die berichtigte Schätzung einzelner Institute zurückzuführen.

³⁾ Spezial-, Haus- und Branchebanken.

Die Entwicklung des Bankgeschäfts
Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten
in Mill. DM

Stand am	Barreserve	Nostro-guthaben ¹⁾	Ausgleichsfor-derungen gegen die öffent-liche Hand ²⁾	Kredite (einschließlich Wechselobligo der Kundschaft) ³⁾																
				Ins-gesamt	davon					Öffent-liche Hand	Kassen-kredite	davon			Geld-in-stitute	Konto-korrent-und Akzept-kredite	davon			
					Wirt-schafts-unter-nehmen und Private	Konto-korrent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite			Schatzwechsel und sonstige Wechsel (einschließlich Indossaments-verbindlichk.)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite			Konto-korrent-und Akzept-kredite	Wechsel (einschl. Indossa-ments-verbind-lichkeiten)	sonstige kurz-fristige Kredite	mittel-und lang-fristige Kredite
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	18	19		
1948																				
7. 9.	793,0	480,7	.	1 394,8	943,1	405,1	528,8	9,2	.	66,0	55,8	10,2	—	.	385,7	80,2	295,5	10,0	.	
30. 9.	544,9	502,2	.	1 925,3	1 232,2	505,8	712,7	13,7	.	50,8	44,2	5,4	1,2	.	642,3	138,9	493,8	9,6	.	
31. 10.	452,4	468,4	.	2 217,2	1 376,6	723,4	639,8	13,4	.	52,9	44,9	6,8	1,2	.	787,7	166,2	614,0	7,5	.	
30. 11.	700,4	621,5	966,6	2 439,5	1 632,2	908,7	668,6	22,7	32,2 ³⁾	46,5	34,2	8,6	0,0	3,7 ³⁾	760,8	204,2	540,8	12,7	3,1 ³⁾	
31. 12.	717,1	510,8	1 100,7	2 693,0	1 869,7	966,7	804,7	16,1	82,2 ³⁾	45,8	29,7	0,8	0,1	15,2 ³⁾	777,5	230,8	530,5	12,9	3,3 ³⁾	
1949																				
7. 1.	741,5	545,3	1 105,5	2 678,3	1 878,5	969,6	807,2	17,1	84,6 ³⁾	47,4	30,3	1,4	0,1	15,6 ³⁾	752,4	240,9	495,1	13,1	3,3 ³⁾	
15. 1.	737,2	642,6	1 108,4	2 695,7	1 894,5	996,1	784,6	22,3	91,5 ³⁾	58,1	29,0	2,0	0,3	26,8 ³⁾	743,1	262,0	455,4	13,9	11,8 ³⁾	
23. 1.	819,0	698,6	1 119,2	2 694,0	1 899,9	1 019,6	763,7	25,5	91,1 ³⁾	59,2	26,9	5,4	0,2	26,7 ³⁾	734,9	261,9	445,2	15,9	11,9 ³⁾	
31. 1.	670,8	619,0	1 130,1	2 778,9	1 951,5	1 048,2	765,9	29,3	108,1 ³⁾	84,8	30,4	5,7	2,7	46,0 ³⁾	742,6	248,5	470,1	11,3	12,7 ³⁾	
7. 2.	685,0	715,9	1 128,5	2 808,0	1 956,3	1 063,7	758,1	30,7	103,8 ³⁾	84,8	34,4	6,6	0,8	43,0 ³⁾	766,9	251,4	489,1	12,7	13,7 ³⁾	
15. 2.	718,8	725,5	1 132,1	2 867,0	2 003,8	1 120,1	741,5	33,7	108,5 ³⁾	84,7	34,4	6,3	0,6	43,4 ³⁾	778,5	259,6	490,7	12,7	15,5 ³⁾	
23. 2.	752,7	733,1	1 133,4	2 935,7	2 050,2	1 162,5	740,2	34,3	113,2 ³⁾	79,5	28,0	6,1	0,4	45,0 ³⁾	806,0	260,0	516,6	13,2	16,2 ³⁾	
28. 2.	567,1	723,7	1 141,7	2 951,5	2 077,4	1 183,3	742,6	36,7	114,8 ³⁾	82,6	30,6	6,4	0,4	45,2 ³⁾	791,5	238,7	519,4	14,0	19,4 ³⁾	
7. 3.	684,6	666,9	1 150,7	2 998,7	2 106,1	1 202,5	746,8	38,8	118,0 ³⁾	86,0	34,3	5,7	0,5	45,5 ³⁾	806,6	235,8	537,9	13,3	19,6 ³⁾	
15. 3.	775,9	710,1	1 147,2	3 021,5	2 128,1	1 240,0	722,0	40,6	125,5 ³⁾	83,5	31,5	5,6	0,9	45,5 ³⁾	809,9	251,0	525,5	13,3	20,1 ³⁾	
23. 3. *)	777,9	771,0	1 154,9	3 018,8	2 107,8	1 265,0	673,0	43,1	126,7 ³⁾	87,8	32,8	9,4	0,4	45,2 ³⁾	823,2	253,7	528,1	18,4	23,0 ³⁾	
31. 3. *)	638,4	705,3	1 156,0	3 101,4	2 172,3	1 270,6	723,4	45,8	132,5 ³⁾	93,7	38,5	9,3	0,4	45,5 ³⁾	835,4	238,9	555,8	18,0	22,7 ³⁾	
7. 4. *)	732,6	698,1	1 156,4	3 121,2	2 188,6	1 275,3	730,5	48,6	134,2 ³⁾	94,1	37,1	11,1	0,5	45,4 ³⁾	838,5	240,7	557,0	18,0	22,8 ³⁾	
15. 4.	603,2	765,8	1 176,2	3 185,8	2 232,2	1 314,8	727,7	52,5	137,2 ³⁾	92,6	35,4	11,2	0,7	45,3 ³⁾	861,0	267,2	552,8	18,1	22,9 ³⁾	
23. 4.	701,0	838,1	1 177,2	3 252,4	2 284,6	1 350,1	744,1	52,1	138,3 ³⁾	88,8	32,8	10,8	0,7	44,5 ³⁾	879,0	287,9	549,0	18,5	23,6 ³⁾	
30. 4.	707,6	739,0	1 187,2	3 313,1	2 311,3	1 363,9	743,4	53,1	150,9 ³⁾	95,4	36,9	11,1	0,7	46,7 ³⁾	906,4	275,1	589,1	19,2	23,0 ³⁾	
7. 5.	758,5	825,1	1 179,8	3 322,9	2 296,4	1 348,5	741,0	53,2	153,7 ³⁾	107,1	49,8	11,1	0,7	45,5 ³⁾	919,4	267,5	600,6	18,4	32,9 ³⁾	
15. 5.	749,3	841,0	1 209,2	3 375,5	2 337,1	1 366,3	760,1	53,4	157,3 ³⁾	107,5	48,3	13,0	0,7	45,5 ³⁾	930,9	264,9	615,7	17,5	32,8 ³⁾	
23. 5.	829,5	907,7	1 209,3	3 455,0	2 373,0	1 399,7	754,2	53,3	165,8 ³⁾	102,5	42,7	13,0	0,7	46,1 ³⁾	979,5	268,7	660,2	18,0	32,6 ³⁾	

Stand am	insgesamt	Einlagen											Noch umzu- stellende Einlagen (geschätzter Betrag in DM)	Nostro- ver- pflich- tungen	Wechselbestand			Eigene Ak- zepte im Um- lauf	Eigene Zie- hungen im Um- lauf	Eventual- ver- bind- lich- keiten aus weiter- begebenen Wechseln	darunt. weiter- begebenene fremde Bank- ak- zepte	Eventual- ver- bind- lich- keiten aus ver- kauften Aus- gleichsfor- derungen		
		davon													insgesamt	darunter								
		Einlagen auf Anlage- konto	Einlagen auf Fest- konto	Einlagen auf Freikonten		Einlagen von Geldinstituten				Einlagen der öffentl. Hand		Sonstige Gläubiger				Spar- ein- lagen	eigene Ak- zepte						fremde Bank- ak- zepte	
				mit Einlagen von Geldinstituten	ohne Einlagen von Geldinstituten	Sicht	Termin	Sicht	Termin	Sicht	Termin													
20	21	22	23	24	25	26	27	28	29	30	31	32	33	34	35	36	37	38	39	40	41			
1948																								
7. 9.	3 340,6	—	686,4	2 654,2	1 878,8	681,1	94,3	473,9	74,1	1 181,9	54,5	94,4	.	75,5	866,4	247,1	.	2,4		
30. 9.	3 675,3	—	767,4	2 907,9	2 195,7	615,8	96,4	485,2	182,0	1 319,6	81,5	127,4	.	75,1	1 068,9	.	.	195,0	.	314,7	.	1,0		
31. 10.	3 507,2	—	424,6	3 082,6	2 501,1	516,4	65,1	545,3	279,7	1 412,0	110,2	153,9	265,4	102,6	960,5	.	.	158,8 ¹⁾	.	527,2	.	4,0		
30. 11.	3 793,9	45,7	164,3	3 583,9	2 885,5	602,9	95,5	672,1	385,5	1 511,4	131,8	184,7	211,8	171,9	852,9	213,5	110,5	204,7	23,6	582,6	78,5	5,0		
31. 12.	3 847,8	75,6	84,2	3 688,0	3 059,7	531,9	96,4	582,9	482,5	1 601,0	154,4	238,9	147,4	236,7	945,2	238,4	95,6	251,3	27,4	599,0	88,2	5,5		
1949																								
7. 1.	3 909,9	79,0	72,8	3 758,1	3 109,4	558,9	89,8	583,9	478,9	1 648,1	151,5	247,0	156,1	258,8	935,3	257,3	79,1	231,2	26,7	578,4	84,5	5,5		
15. 1.	4 047,5	80,4	68,4	3 898,7	3 231,3	571,7	95,7	649,3	588,3	1 576,7	163,6	253,4	150,8	277,0	912,1	244,5	66,4	235,1	15,8	539,6	78,6	5,6		
23. 1.	4 244,8	82,3	63,1	4 099,4	3 417,4	562,9	119,1	777,0	625,0	1 592,9	163,1	259,4	135,1	293,1	932,9	254,0	67,0	227,2	12,2	501,0	69,6	5,5		
31. 1.	4 081,9	86,2	53,9	3 941,8	3 285,9	536,8	119,1	609,7	649,7	1 591,2	165,2	270,1	116,8	286,7	971,7	255,3	62,4	229,8	5,9	508,2	65,8	6,6		
7. 2.	4 172,7	87,2	51,4	4 034,1	3 370,3	553,9	109,9	606,4	677,0	1 630,5	179,7	276,7	112,5	302,8	965,7	253,2	59,6	246,7	5,7	523,7	80,5	6,6		
15. 2.	4 277,4	88,8	47,7	4 140,9	3 474,5	563,2	103,2	644,3	713,8	1 633,7	199,7	283,0	100,9	313,7	964,3	245,5	66,9	264,7	5,1	512,6	73,7	7,8		
23. 2.	4 329,6	90,1	44,6	4 194,9	3 541,2	545,9	107,8	624,4	743,9	1 668,9	215,3	288,7	94,9	303,8	968,1	252,2	65,9	276,5	6,2	523,1	88,8	7,8		
28. 2.	4 264,4	91,2	41,6	4 131,6	3 463,1	557,3	111,2	560,6	734,1	1 657,7	216,4	294,3	91,7	328,7	1 046,2	271,3	74,1	266,2	6,1	496,3	92,0	7,8		
7. 3.	4 246,8	91,9	40,3	4 114,6	3 487,3	515,6	111,7	540,5	750,2	1 681,0	218,8	296,8	88,4	286,9	968,0	252,7	72,0	289,4	6,4	547,9	86,7	9,8		
15. 3.	4 399,3	92,9	37,5	4 268,9	3 619,5	534,3	115,1	648,3	761,9	1 672,4	234,0	302,9	85,0	297,8	992,1	265,9	72,4	297,0	7,1	503,3	83,1	9,9		
23. 3.	4 592,0	94,0	34,5	4 463,5	3 732,7	595,9	134,9	717,1	770,3	1 693,6	243,3	308,4	80,0	295,0	1 009,9	275,7	79,2	296,8	8,1	477,4	82,1	9,9		
31. 3.	4 424,7	97,1	25,9	4 301,7	3 559,7	596,3	145,7	549,4	739,4	1 683,7	269,1	318,1	74,4	275,9	1 084,7	292,1	81,0	290,6	8,0	490,4	78,6	9,9		
7. 4.	4 479,2	97,8	24,1	4 357,3	3 660,4	561,0	135,9	566,4	739,0	1 761,9	270,6	322,5	74,1	279,2	1 039,8	286,4	78,1	298,0	8,4	519,5	76,9	9,9		
15. 4.	4 496,8	98,4	21,8	4 376,6	3 635,6	596,1	144,9	611,1	739,7	1 679,3	278,8	326,7	72,0	269,8	1 041,4	285,0	75,9	294,8	8,7	495,9	74,7	9,9		
23. 4.	4 716,3	98,8	18,9	4 598,6	3 839,1	619,7	139,8	717,5	780,3	1 728,1	283,4	329,8	69,3	341,2	1 096,6	280,4	79,0	308,7	8,7	478,1	70,9	10,9		
30. 4.	4 692,4	99,5	17,2	4 575,7	3 833,3	565,7	176,7	682,6	808,2	1 713,1	293,4	336,0	63,8	304,5	1 119,3	290,1	77,4	293,2	8,7	498,9	71,6	10,9		
7. 5.	4 819,7	100,0	15,6	4 704,1	3 900,2	609,9	194,0	689,8	818,9	1 732,6	311,4	347,5	62,0	307,9	1 116,6	284,7	80,8	299,5	8,7	508,1	71,0	10,9		
15. 5.	4 917,7	100,3	14,4	4 803,0	3 967,1	638,7	197,2	676,3	846,2	1 757,9	335,6	351,1	60,8	311,3	1 204,4	307,5	90,8	284,9	8,6	489,5	71,0	10,9		
23. 5.	5 196,2	100,7	12,7	5 082,8	4 135,6	740,4	206,8	783,2	861,8	1 771,3	363,4	355,9	58,2	318,9	1 293,9	317,7	102,4	263,1	8,2	470,8	65,2	11,4		

¹⁾ Postscheckguthaben und Forderungen unzweifelhafter Bonität und Liquidität gegen Geldinstitute.

²⁾ Betrag der im „Monatlichen Bericht über die Umstellungsrechnung“ ausgewiesenen vorläufigen Ausgleichsforderungen.

³⁾ Noch unvollständige Angaben.

⁴⁾ Ohne Meldung von Niedersachsen.

⁵⁾ Nachträglich berichtet.

Wechselgeschäft
in Mill. DM

Berichts- zeitraum	Wechsel- bestand zu Beginn des Berichts- zeitraumes	Während des Berichtszeitraumes angekaufte Wechsel				Verminderung des Wechsel- bestandes während des Berichtszeitraumes			Wechselbestand am Ende des Berichtszeitraumes			
		insgesamt	d a v o n			insgesamt	d a v o n		insgesamt	d a r u n t e r		
			Handels- wechsel	Bank- akzepte	Sonstige Wechsel		durch Rediskont	durch Fälligk. od. Rückgabe vor Verfall		eigene Akzepte	fremde Bank- akzepte	Debitoren- ziehungen

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948												
Dezember	1492,1	1804,0	1254,4	473,9	75,7	1664,7	1011,1	653,6	1631,4	407,8	113,2	94,5
1949												
Januar	1631,6	1362,8	896,6	410,4	55,8	1309,6	695,1	614,5	1684,8	427,1	63,0	54,9
Februar	1684,8	1738,8	1121,6	551,9	65,3	1622,0	986,0	636,0	1801,6	431,8	75,2	51,6
März	1801,6	1913,9	1315,2	535,8	62,9	1836,3	1080,1	756,2	1879,2	464,2	86,2	51,0
April	1879,3	1696,1	1172,2	470,5	53,4	1627,7	914,3	713,4	1947,7	472,2	75,8	51,0

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1.4.—7.4.	1084,7	131,3	84,7	43,5	3,1	176,2	93,4	82,8	1039,8	286,4	78,1	16,2
8.4.—15.4.	1039,8	210,7	128,7	77,5	4,5	209,1	91,8	117,3	1041,4	285,0	75,9	16,2
16.4.—23.4.	1041,4	252,6	172,7	75,7	4,2	197,4	115,7	81,7	1096,6	280,4	79,0	16,3
24.4.—30.4.	1096,6	223,5	140,1	78,1	5,3	200,8	99,9	100,9	1119,3	290,1	77,4	17,5
1.5.—7.5.	1119,3	172,9	101,3	66,2	5,4	175,6	90,8	84,8	1116,6	284,7	80,8	18,3
8.5.—15.5.	1116,6	259,6	170,6	84,7	4,3	171,8	56,4	115,4	1204,4	307,5	90,8	19,0
16.5.—23.5.	1204,4	290,8	187,8	96,3	6,7	201,3	89,3	112,0	1293,9	317,7	102,4	19,6

Anmerkung: Die Abweichungen zwischen dem Wechselbestand am Ende des einen und dem Beginn des folgenden Berichtsmonats sind auf nachträgliche Korrektüreingänge zurückzuführen.

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung.

Bargeldverkehr mit der Nichtbankenkundschaft
in Mill. DM

Berichts- zeitraum	Bargeldverkehr insgesamt			Giro- und Kontokorrentverkehr						Sparverkehr		
	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo	Wirtschaftsunternehmen und Private			öffentliche Hand			Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo
				Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo	Ein- zahlungen	Aus- zahlungen	Saldo			

Monatliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet¹⁾
(Gesamterhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken)

1948												
Dezember	3 381,5	3 557,4	-175,9	3 008,6	3 027,3	-18,7	314,5	378,2	-63,7	58,4	151,9	-93,5
1949												
Januar	2 594,7	2 451,9	+142,8	2 210,8	2 068,8	+142,0	309,3	284,6	+24,7	74,6	98,5	-23,9
Februar	2 610,6	2 581,1	+29,5	2 257,9	2 180,0	+77,9	275,2	300,2	-25,0	77,5	100,9	-23,4
März	2 897,1	2 777,2	+119,9	2 517,2	2 338,9	+178,3	290,8	326,1	-35,3	89,1	112,2	-23,1
April	2 887,0	2 859,7	+27,3	2 503,1	2 394,5	+108,6	290,0	355,1	-65,1	93,9	110,1	-16,2

Wöchentliche Bankenstatistik für das westdeutsche Währungsgebiet
(Repräsentativ-Erhebung der Bank deutscher Länder und der Landeszentralbanken bei 112 Geldinstituten)

1949												
1.4.-7.4.	184,3	170,0	+14,3	164,9	145,7	+19,2	14,9	19,9	-5,0	4,5	4,4	+0,1
8.4.-15.4.	193,5	185,0	+8,5	165,1	156,3	+8,8	24,9	24,3	+0,6	3,5	4,4	-0,9
16.4.-23.4.	173,6	124,6	+49,0	150,2	109,3	+40,9	19,9	11,8	+8,1	3,5	3,5	-
24.4.-30.4.	152,1	252,2	-100,1	131,0	214,4	-83,4	16,7	33,3	-16,6	4,4	4,5	-0,1
1.5.-7.5.	179,3	152,1	+27,2	156,5	134,3	+22,2	17,2	13,7	+3,5	5,6	4,1	+1,5
8.5.-15.5.	177,8	159,0	+18,8	151,0	133,6	+17,4	22,6	21,1	+1,5	4,2	4,3	-0,1
16.5.-23.5.	193,7	150,3	+43,4	168,6	134,1	+34,5	20,4	11,3	+9,1	4,7	4,9	-0,2

¹⁾ Ohne Bank deutscher Länder und Landeszentralbanken, sowie ohne die Postscheckämter Hannover und Freiburg i. Br. Weiterhin sind unberücksichtigt die Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. 3. 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug. Ihr Anteil an der Bilanzsumme aller Geldinstitute ist nicht von Bedeutung. Im Dezember 1948 auch ohne die Postsparkassen, ab Januar 1949 jedoch nur noch ohne Postsparkassenamt München.

Mindestreserven der Geldinstitute im Währungsgebiet, aufgegliedert nach Bankengruppen
(Monatliche Reserve-Meldungen der Geldinstitute an die Landeszentralbanken)

Bankengruppen	Gesetzliche Mindestreserven (Reserve-Soll) in Mill. DM					Überschußreserven (Reservefehlbeträge —) in Mill. DM					Überschußreserven in v. H.									
											der gesetzlichen Mindestreserven (Reserve-Soll)					der Gesamtsumme der Überschußreserven aller Bankengruppen				
	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Dez.	Jan.	Febr.	März	April	Dez.	Jan.	Febr.	März	April
1. Nachfolgeinstitute von Großbankfilialen	279,7	280,9	283,0	287,4	299,3	116,1	73,1	27,5	35,6	21,6	41,5	26,0	9,7	12,4	7,2	30,9	17,9	10,4	13,1	9,7
2. Regionalbanken	162,4	166,2	166,3	166,8	165,1	31,5	108,7	65,1	50,9	19,7	19,4	65,4	39,1	30,5	11,9	8,4	26,7	24,7	18,7	8,8
3. Privatbanken	34,0	34,8	34,3	34,5	35,8	2,7	3,3	0,9	1,8	0,9	7,9	9,5	2,6	5,2	2,5	0,7	0,8	0,3	0,7	0,4
4. Girozentralen	88,2	91,9	100,0	102,7	106,3	156,3	149,2	108,0	137,6	134,4	177,2	162,4	108,0	134,0	126,4	41,5	36,6	41,0	50,5	60,3
5. Sparkassen	327,5	330,2	337,0	349,6	354,2	21,9	32,2	38,0	26,4	22,4	6,7	9,8	11,3	7,6	6,3	5,8	7,9	14,4	9,7	10,0
6. Hypothekenbanken.	0,8	1,1	1,1	1,1	1,6	1,0	2,0	0,7	0,7	0,8	125,0	166,7	63,6	63,6	50,0	0,3	0,5	0,3	0,2	0,4
7. Ländl. Zentralkassen und ländliche Kreditgenossenschaften	71,4	75,2	75,4	75,6	75,0	5,4	5,6	3,6	2,8	1,8	7,6	7,4	4,8	3,7	2,4	1,4	1,4	1,4	1,0	0,8
8. Gewerbl. Zentralkassen	1,3	1,4	1,6	1,9	1,6	1,3	1,3	0,6	1,1	0,6	100,0	92,9	37,5	57,9	37,5	0,3	0,3	0,2	0,4	0,3
9. Gewerbl. Kreditgenossenschaften	67,2	66,8	66,4	67,5	69,4	-2,6	0,3	-1,0	-1,3	-0,6	-3,9	0,4	-1,5	-1,9	-0,9	-0,7	0,1	-0,4	-0,5	-0,3
10. Sonstige Geldinstitute	118,3	125,8	113,9	113,1	115,5	42,9	31,8	20,2	16,8	21,2	36,3	25,3	17,7	14,9	18,3	11,4	7,8	7,7	6,2	9,6
Bankengruppen insgesamt	1150,8 ¹⁾	1174,3 ¹⁾	1179,0 ¹⁾	1200,2	1223,8	376,5 ¹⁾	407,5 ¹⁾	263,6 ¹⁾	272,4	222,8	32,7	34,7	22,4	22,7	18,2	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

¹⁾ Abweichungen der Gesamt-Mindest- und Überschußreserven in der Tabelle gegenüber den entsprechenden, unter dem Strich ausgewiesenen Positionen im Konsolidierten Ausweis beruhen auf der Miteinbeziehung der Mindest- und Überschußreserven der Deutschen Verkehrskreditbank in die obige Berechnung sowie auf der Berücksichtigung von nach der Erstellung des Konsolidierten Ausweises eingegangenen Nachmeldungen. Ab März 1949 werden die Meldungen der Deutschen Verkehrskreditbank auch bei der Erstellung des Konsolidierten Ausweises erfaßt.

Mindestreservesätze

(in v. H. der reservspflichtigen Einlagen¹⁾)

Gültig ab	Sichteinlagen		Termineinlagen (einschließlich Spareinlagen)
	an Bankplätzen ²⁾	an Nichtbankplätzen	
1. Juli 1948	10	10	5
1. Dez. 1948	15	10	5
1. Juni 1949	12	9	5

¹⁾ Reservspflichtig sind alle Einlagen auf Freikonto, Festkonto und Anlagekonto sowie der geschätzte DM-Betrag

der noch nicht umgestellten RM-Konten. Abgesetzt werden die Einlagen solcher deutscher Geldinstitute, die ihrerseits zum Halten von Mindestreserven bei Landeszentralbanken verpflichtet sind. Als Termineinlagen gelten: alle Einlagen mit fester Laufzeit oder Kündigungsfrist von mindestens einem Monat, alle Spareinlagen und die Einlagen auf Anlagekonto. Sichteinlagen sind alle übrigen Einlagen.

²⁾ Bankplätze sind Orte mit Landeszentralbank-Niederlassungen.

III. Das Geldvolumen im Währungsgebiet

Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens in Mill. DM

Stand Ende	Geldvolumen insgesamt	Gespartes Geldvolumen (Anlage- und Festkonten)	Frei verfügbares Geldvolumen					
			insgesamt	Struktur		Entstehung		
				Notenumlauf	Bank-einlagen ¹⁾	Erstausstattung	Währungs-umstellung ²⁾	Kredit-schöpfung
1948								
Juli	11 495	1 533	9 962	3 831	6 131	5 541	3 066	1 355
August	14 206	2 363	11 843	4 178	7 665	5 719	3 756	2 368
September	16 903	2 849	14 054	5 358	8 696	6 743	4 161 ³⁾	3 150
Oktober	17 028	1 747	15 281	5 885	9 396	6 702	4 625	3 954
November	17 348	933	16 415	6 017	10 398	6 691	5 086	4 638
Dezember	17 859	751	17 108	6 319	10 789	6 689	5 413	5 006
1949								
Januar	18 034	667	17 367	6 167	11 200	6 689	5 508	5 170
Februar	18 589	606	17 983	6 216	11 767	6 691	5 771	5 521
März	18 948	545	18 403	6 188	12 215	6 690	5 748	5 965
April	19 676	515	19 161	6 334	12 827	6 693	5 909	6 559

¹⁾ Ohne Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Als Differenzposten zwischen Geldvolumen und den Beträgen aus Erstausstattungen und Kreditschöpfung errechnet.

³⁾ Nach der monatlichen Bankenstatistik beträgt der Stand des Festkontos Ende September 2,85 Mrd. DM. Bis zu diesem Zeitpunkt muß der gleiche Betrag auf Freikonto geflossen sein. Nach der Tabelle beläuft sich dagegen der aus Währungsumstellung bis Ende September entstandene Teil des frei verfügbaren Geldvolumens auf 4161 Mill. DM; er liegt also mit rd. 1,3 Mrd. DM über dem statistisch ausgewiesenen Betrag. Diese Differenz ist damit zu erklären, daß die Banken vielfach Vorschüsse auf noch nicht umgewandelte Altgeldguthaben gegeben, diese Vorschüsse aber nicht als Kredite gemeldet haben.

Bankeinlagen¹⁾

in Mill. DM

Anlage 1 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	bei den Geschäftsbanken								
	nach der monatlichen Bankenstatistik					Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ²⁾	Insgesamt	im Zentralbank-system (BdL und LZB)	Insgesamt
	Insgesamt	hiervon							
		Sicht-einlagen	Befristete Einlagen		Termin-einlagen				
Spar-einlagen									
1948									
Juli	4 001	3 604	313	84	59	4 060	2 071	6 131	
August	5 509	4 631	686	192	82	5 591	2 074	7 665	
September	6 662	5 339	958	365	99	6 761	1 935	8 696	
Oktober	7 476	5 794	1 152	530	111	7 587	1 809	9 396	
November	8 453	6 408	1 354	691	125	8 578	1 820	10 398	
Dezember	9 094	6 650	1 599	845	135	9 229	1 560	10 789	
1949									
Januar	9 417	6 599	1 767	1 051	139	9 556	1 644	11 200	
Februar	9 905	6 731	1 936	1 238	147	10 052	1 715	11 767	
März	10 339	6 875	2 108	1 356	153	10 492	1 723	12 215	
April	10 780	7 075	2 227	1 478	160	10 940	1 887	12 827	

¹⁾ Auf Freikonto; ohne die Einlagen von Geldinstituten.

²⁾ Statistisch nicht erfaßt sind lediglich diejenigen Geldinstitute, deren Bilanzsumme am 31. März 1948 weniger als 2 Mill. RM betrug.

Erstausrüstungen ¹⁾

in Mill. DM

Anlage 2 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	Juli 1948	August 1948	September 1948	Oktober 1948	Nov. 1948	Dezember 1948	Januar 1949	Februar 1949	März 1949	April 1949
Militärregierungen	772	772	772	772	772	772	772	772	772	772
Länder und Gemeinden	2 266	2 291	2 366	2 354	2 351	2 348	2 348	2 350	2 350	2 350
Bahn und Post	312	315	315	315	315	315	315	315	315	315
Geschäftsbeträge	269	489	480	468	473	472	472	472	472	474
1. und 2. Rate des Kopf- geldes	1 922	1 852	2 810	2 793	2 780	2 782	2 782	2 782	2 781	2 782
Insgesamt	5 541	5 719	6 743	6 702	6 691	6 689	6 689	6 691	6 690	6 693

¹⁾ Die Beträge sind errechnet nach der Aufgliederung der Positionen „Vorläufige Ausgleichsforderungen gegen die öffentliche Hand“ und „Interimsforderungen gegen die Landeszentralbanken“ im jeweiligen Status der BdL. Die Beträge unterliegen noch gewissen geringfügigen Veränderungen.

Kreditschöpfung

in Mill. DM

Anlage 3 zur Tabelle „Entwicklung, Struktur und Entstehung des Geldvolumens“

Stand Ende	durch Geschäftsbanken ¹⁾			durch Zentralbanksystem (BdL und LZB) ²⁾			Insgesamt
	Nach der monatlichen Banken- statistik	Zuschlag für die statistisch nicht erfaßten Institute (Schätzung) ³⁾	Insgesamt	Schatzwechsel, Kassen- vorschüsse und Direkt- Kredite ⁴⁾ an die Wirtschaft	Saldo der vier Konten zur Abwick- lung des Auslands- geschäfts	Insgesamt	
1948							
Juli	1 339	12	1 351	4	—	4	1 355
August	2 378	22	2 400	40	— 72	— 32	2 368
September	3 196	30	3 226	44	— 120	— 76	3 150
Oktober	3 819	33	3 852	42	+ 60	102	3 954
November	4 333	35	4 368	113	+ 157	270	4 638
Dezember	4 684	40	4 724	114	+ 168	282	5 006
1949							
Januar	4 883	45	4 928	87	+ 155	242	5 170
Februar	5 251	48	5 299	69	+ 153	222	5 521
März	5 531	51	5 582	172	+ 211	383	5 965
April	5 887 ⁵⁾	54	5 941	342	+ 276	618	6 559

¹⁾ Kredite an die Nichtbankenkundschaft; Kontokorrent-, Akzept-, Wechsel- und sonstige kurzfristige Kredite.

²⁾ Kreditgewährung an die Nichtbankenkundschaft.

³⁾ Vgl. Anmerkung ²⁾ in Tabelle 2.

⁴⁾ Diese Kredite dürfen nur von den Landeszentralbanken der französischen Zone gewährt werden.

⁵⁾ Ab April einschließlich Schatzwechsel (18 Mill. DM).

IV. Sonstige Geld-
Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
in Prozenten

	Bayern		Hessen		Württemberg-Baden ¹⁾		Bremen		Nordrhein-Westfalen ²⁾	
	Sollzinsen									
Zinssätze der Landeszentralbanken										
Diskontsatz **)	5		5		5		5		5	
Lombardsatz **)	6		6		6		6		6	
	Kreditkosten im einzelnen		Kreditkosten insgesamt		Kreditkosten im einzelnen		Kreditkosten insgesamt		Kreditkosten im einzelnen	
		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt
1. Kosten für Kredite in laufender Rechnung										
a) zugesagte Kredite										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ⁰ / ₆ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ⁴ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ¹ / ₅ p. M.	9 ² / ₅	1 ⁴ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂	1 ⁴ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂
b) Kontoüberziehungen										
Zinsen	7 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		7		6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂	
Überziehungsprovision	1 ⁸ / ₈ p. T.	12	1 ⁸ / ₈ p. T.	11	1 ⁸ / ₈ p. T.	11 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₈ p. T.	11	1 ⁸ / ₈ p. T.	11
2. Kosten für Wechselkredite										
a) Abschnitte von DM 20.000 und höher										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₈ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ⁸ / ₈ p. M.	7	1 ¹ / ₁₂ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ⁸ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ² / ₂₄ p. M.	7
b) Abschnitte von DM 5.000 bis 20.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁰ / ₈ p. M.	7 ⁷ / ₁₀	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₁₂ p. M.	6 ¹ / ₂ - 7	1 ⁸ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ¹ / ₁₂ p. M.	7 ¹ / ₂
c) Abschnitte von DM 1.000 bis 5.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁸ / ₈ p. M.	8	1 ⁸ / ₈ p. M.	8	1 ⁸ / ₈ p. M.	7 - 7 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8	1 ⁸ / ₈ p. M.	8
d) Abschnitte unter DM 1.000										
Zinsen	6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6		5 ¹ / ₂ - 6		6 ¹ / ₂	
Diskontprovision	1 ⁶ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8	1 ⁴ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9	1 ⁶ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂
3. Akzeptkredite										
Zinsen	6 - 7		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Akzeptprovision	1 ⁶ / ₆ p. M.	8 - 9	1 ⁴ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₆ p. M.	8 ¹ / ₂	1 ⁴ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂	1 ⁴ / ₄ p. M.	8 ¹ / ₂ - 9 ¹ / ₂
4. Akzept- und Trattenkredite für Export- und Importfinanzierung										
a) für allg. Warengeschäfte										
Zinsen	6		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ⁶ / ₆ p. M.	8	1 ⁵ / ₅ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁵ / ₅ p. M.	7 ⁹ / ₁₀ - 8 ⁹ / ₁₀
b) zur Finanzierung bevorzugter Warengruppen										
Zinsen	keine Vereinbarung		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
Kreditprovision			1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂				
c) zur Finanzierung v. Importen v. Getreide, Getreideerzeugn., Futtermittel usw.										
Zinsen	L. Z. B.-Diskontsatz + 1 ⁰ / ₈		5		5		5 ¹ / ₂		5 ¹ / ₂ - 6 ¹ / ₂	
Kreditprovision	1 ⁸ / ₈ p. M.	7 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₈ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₈ p. M.	6 ¹ / ₂	1 ⁸ / ₈ p. M.	7 ⁸)	1 ⁶ / ₆ p. M.	7 ¹ / ₂ - 8 ¹ / ₂
5. Ziehungen auf Kundschaft										
Zinsen	6 - 7		6 ¹ / ₂		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung	
Kreditprovision	1 ⁶ / ₆ p. M.	8 - 9	1 ⁴ / ₄ p. M.	9 ¹ / ₂						
Umsatzprovision	1 ⁸ / ₈ pr. Semester, mindest. v. 3fachen des Höchst-Soll-Saldos		1 ⁸ / ₈ pr. mindestens aus doppeltem Kreditbetrag pr. Quartal		keine Angabe		1 ² / ₂ p. d. größeren Seite abzüglich Saldovortrag, mindest. 1 ² / ₂ p. pro Semest. a. Kreditbetrag		1 ⁰ / ₈ vom Umsatz der größ. Seite unter d. üblichen Bedingungen	
Mindestdiskontspesen	DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
Domizilprovision	1 ² / ₂ p. min. DM - .50		1 ² / ₂ p. min. DM - .50		1 ² / ₂ p.		1 ² / ₂ p.		1 ² / ₂ p. min. DM - .50	

1) Abweichungen meldepflichtig. 2) Richtsätze. 3) Sätze nur für Lübeck gültig. 4) Normalsätze, Über- und Unterschreitung in begründeten Fällen zulässig. Gültig bis 30. 9. 49. Ausnahmsbedingungen für Handelswechsel, die der Finanzierung folgender Güter dienen: Futtermittel, Getreide, Getreideerzeugnisse, Reis, Hopfen, Hülsenfrüchte, Kartoffelmehl, landwirtschaftliche Sämereien, Tabak, Zucker, Baumwolle, Wolle, Jute, tierische und pflanzliche Öle und Fette, Rohhäute: 6⁰/₁₀ netto.

und Kreditstatistik

Zinskonditionen - Stand am 30. April 1949

jährlich

Niedersachsen		Schleswig-Holstein ⁵⁾		Hamburg ²⁾		Rheinland-Pfalz ⁴⁾		Baden		Württemberg-Hohenzollern	
Sollzinsen											
5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen		5 6 Kreditkosten im einzelnen	
insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt		insgesamt	
6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2	6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2	6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2 ⁵⁾	6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2	6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2	6 1/4 0/0 p. M.	9
6 1/2 1/8 0/00 p. T.	11	6 1/2 1/8 0/00 p. T.	11	6 1/2 1/8 0/00 p. T.	11 ⁷⁾	6 1/2 1/8 0/00 p. T.	11	6 1/2 1/8 0/00 p. T.	11	6 1/8 0/00 p. T.	10 1/2
6 1/2 1/8 0/0 p. M.	8	6 1/2 1/8 0/0 p. M.	8	5 1/2 - 6 1/2 1/8 0/0 p. M.	7 - 8	6 1/2 1/24 0/0 p. M.	7	5 1/2 1/8 0/0 p. M.	7	5 1/8 0/0 p. M.	6 1/2
6 1/2 1/8 0/0 p. M.	8	6 1/2 1/8 0/0 p. M.	8	5 1/2 - 6 1/2 1/8 0/0 p. M.	7 - 8	6 1/2 1/24 - 1/12 0/0 p. M.	7 - 7 1/2	5 1/2 1/8 0/0 p. M.	7	6 1/12 0/0 p. M.	7
6 1/2 1/6 0/0 p. M.	8 1/2	6 1/2 1/6 0/0 p. M.	8 1/2	5 1/2 - 6 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2 - 8 1/2	6 1/2 1/8 0/0 p. M.	8	5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	6 1/8 0/0 p. M.	7 1/2
6 1/2 1/5 0/0 p. M.	8 ⁹⁾ / ₁₀	6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2	5 1/2 - 6 1/2 1/4 0/0 p. M.	8 1/2 - 9 1/2	6 1/2 1/6 0/0 p. M.	8 1/2	5 1/2 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	6 1/6 0/0 p. M.	8
5 1/2 - 6 1/2 1/4 0/0 p. M.	8 1/2 - 9 1/2	5 1/2 1/4 0/0 p. M.	8 1/2	5 1/2 - 6 1/2 1/4 0/0 p. M.	8 1/2 - 9 1/2	6 - 6 1/2 1/6 0/0 p. M.	8 - 8 1/2	5 1/2 - 6 1/2 1/8 - 1/4 0/0 p. M.	7 - 9 1/2	5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2
5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2 ⁶⁾	5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	5 1/2 1/8 0/0 p. M.	7 ²⁾ / ₁₀	5 1/2 - 6 1/2 1/5 - 1/4 0/0 p. M.	7 ²⁾ / ₁₀ - 9 1/2	5 1/6 0/0 p. M.	7
5 1/2 1/5 0/0 p. M.	7 ⁹⁾ / ₁₀ ⁷⁾	keine Vereinbarung		5 1/2 1/8 0/0 p. M.	7 ⁸⁾	keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen		keine besonderen Vereinbarungen	
keine Vereinbarung		5 1/2 1/8 0/0 p. M.	7	5 1/2 1/8 0/0 p. M.	7	5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	5 1/2 1/6 0/0 p. M.	7 1/2	5 1/8 0/0 p. M.	6 1/2
keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		keine Vereinbarung		6 1/5 0/0 p. M.	8 ²⁾ / ₅	6 1/2 1/4 0/0 p. M.	9 1/2	nicht einheitlich geregelt	
1 ⁰⁾ / ₀₀		1 1/2 ⁰⁾ / ₀₀ vom Um- satz der größ. Seite		1 1/2 ⁰⁾ / ₀₀ v. d. größeren Seite (ohne Saldo vortrag u. ohne d. übl. freizustellend. Post.)		1/8 ⁰⁾ / ₀₀ v. d. größ. Seite mindest. a. d. zweifache Höchstschuld p. Quartal		1 ⁰⁾ / ₀₀ mindestens a. d. 2 1/2 fache Höchstsoll pro Quartal		1 ⁰⁾ / ₀₀ vom dreifachen Kredit pro Halbjahr ⁹⁾	
DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—		DM 2.—	
1/2 ⁰⁾ / ₀₀ min. DM -.50		1/2 ⁰⁾ / ₀₀ min. DM -.50		nicht festgesetzt		1/2 ⁰⁾ / ₀₀ min. DM -.50		1/2 ⁰⁾ / ₀₀ min. DM -.50		1/2 ⁰⁾ / ₀₀ min. DM -.50	

⁵⁾ Für Exporte und Importe „Erste Hand“, sowie besondere Warengruppen gelten Sondersätze. ⁶⁾ Exportkredite. ⁷⁾ Importkredite. ⁸⁾ Nur für Mineralöle und zwar „Erste Hand“. ⁹⁾ Nicht einheitlich und nicht verbindlich geregelt. ¹⁾ Berichtigter Zinssatz. ²⁾ Ab 27. 5. 49 um 1/2 ⁰⁾/₀₀ herabgesetzt.

Zusammenstellung der im Währungsgebiet geltenden
in Prozenten

	Bayern	Hessen	Württemberg-Baden ¹⁾	Bremen	Nordrhein-Westfalen ²⁾
Habenzinsen					
1. für täglich fällige Gelder					
a) in provisionsfreier Rechnung	1	1	1	1	1
b) in provisionspflichtiger Rechnung	2	2	1 1/2	1 3/4	2
2. Spareinlagen					
a) mit gesetzlicher Kündigungsfrist	2 1/2	2 1/2	2 1/2	2	2 1/2
b) mit 6—12monatiger Kündigungsfrist	3	3	3	3	3
c) mit über 12monatiger Kündigungsfrist	4	4	3 1/2	4	4
3. für Kündigungsgelder					
a) 1 und weniger als 3 Monate	2 1/4	2 1/4	2 5/8	2 1/4	2 1/4
b) 3 und weniger als 6 Monate	2 1/2	2 3/4	2 5/8	2 1/2	2 1/2
c) 6 und weniger als 12 Monate	2 3/4	3	2 7/8	2 7/8	2 7/8
d) 12 Monate und darüber	3 3/4	3 3/4	3 3/8	3 3/4	3 3/4
4. für Festgelder					
a) 30—89 Tage	2	2 1/4	2 1/4	2 1/4	2 1/4
b) 90—179 Tage	2 1/4	2 3/4	2 1/2	2 1/2	2 1/2
c) 180—359 Tage	2 1/2	3	2 3/4	2 3/4	2 3/4
d) 359 Tage und darüber	3 1/2	3 3/4	3 1/4	3 1/2	3 1/2
Zinsvoraus bei Genossenschaften und Privatbanken	nicht festgesetzt	1/4	Grundsätze des Reichsaufsichtsamtes für das Kreditwesen für die Gewährung des Zinsvoraus v. 23. 4. 40.	1/4 höchstens	1/4

¹⁾ Abweichungen meldepflichtig. ²⁾ Höchstsätze. ³⁾ Bei Geschäften mit Kunden, die ihren Sitz außerhalb des Landes haben, in welchem das Kreditinstitut domiziliert, soll das Kreditinstitut berechtigt und verpflichtet sein, sich nach den Konditionen zu richten, welche im Land des Sitzes des Kunden maßgebend sind. ⁴⁾ Sätze nur für Lübeck kultig. ⁵⁾ Der inländischen Bankierkundschaft außerhalb des Hamburger Ortsbereichs 1 1/4%. ⁶⁾ Der Bankierkundschaft 1 1/4%. ⁷⁾ Der Bankierkundschaft 2 1/4%. ⁸⁾ Der Bankierkundschaft 1 1/4%.

Kursdurchschnitt der 4%igen Schuldverschreibungen

(Börsen: Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Hannover, München, Stuttgart)

Zeit	Pfandbriefe		Kommunalobligationen		Stadtanleihen	Industrieobligationen	Gesamtdurchschnitt
	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche	Hypothekensbanken	öffentlich-rechtliche			
1936 M.-D.	88,9	89,6	90,6	89,2	88,4	93,3	90,0
1937 „	93,7	90,8	93,5	93,3	97,6	97,1	95,0
1938 „	95,2	94,9	94,5	94,7	94,9	97,5	95,6
1939 „	92,0	92,2	92,1	92,0	93,4	94,8	92,7
1940 „	98,9	98,4	99,7	98,0	98,8	105,3	100,2
1941 „	101,5	101,7	101,4	101,6	102,3	107,6	102,8
1942 „	102,5	102,6	102,4	102,5	103,3	103,7	102,8
1943 „	102,5	102,5	102,5	102,8	104,8	105,7	103,2
1944 „	102,5	102,5	102,5	102,9	105,4	107,2	103,6
1948 31. August	9,11	9,02	8,10	8,23	7,38	7,27	8,60
30. September	8,14	8,75	7,75	7,96	7,42	6,90	7,92
31. Oktober	7,83	8,01	7,20	7,52	7,45	6,66	7,56
30. November	6,98	7,36	6,45	7,17	7,41	5,88	6,79
31. Dezember	7,58	7,68	6,60	7,38	7,41	5,77	7,16
1949 15. Januar	7,65	7,73	6,62	7,38	7,31	5,89	7,24
31. „	8,05	8,03	6,98	7,79	7,39	6,25	7,61
15. Februar	8,24	8,27	7,58	8,00	7,47	6,48	7,82
28. „	8,03	8,09	7,35	7,85	7,39	6,34	7,64
15. März	7,82	7,87	7,32	7,79	7,37	6,28	7,47
31. „	7,77	7,85	7,28	7,79	7,38	6,16	7,42
15. April	7,77	7,85	7,27	7,79	7,47	6,17	7,42
30. „	7,50	7,87	7,17	7,79	7,47	6,17	7,27
15. Mai	7,52	7,75	7,14	7,75	7,50	6,26	7,28

¹⁾ Berliner Börse, neu berechnet.

Quelle: Bank deutscher Länder, Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.

Zinskonditionen - Stand am 30. April 1949
jährlich

Niedersachsen ³⁾	Schleswig-Holstein ⁴⁾	Hamburg ²⁾)	Rheinland-Pfalz	Baden	Württemberg-Hohenzollern
Habenzinsen					
1	1	1 ⁵⁾	1 ⁶⁾	1 ⁷⁾	1
1 ^{3/4}	1	1 ^{1/2}	2 ⁷⁾	1 ^{1/2}	1 ^{1/2}
2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}
3	3	3	3	3	2 ^{3/4}
4	4	4	4	4	3 ^{1/4}
ab DM 10000 Einlagebetr.				über DM 10000 Einlagebetr.	
2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{7/8} 4 ⁹⁾	2 ^{7/8}	2 ^{7/8}	2 ^{7/8} ¹⁰⁾ 4 ¹⁰⁾	2 ^{7/8} ¹⁰⁾	2 ^{1/2}
3 ^{3/4} 4 ^{1/2}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4}	3 ^{3/4} ¹⁰⁾ 4 ^{1/2} ¹⁰⁾	3 ^{3/4} ¹⁰⁾	3
2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4}	2 ^{1/4}	2 ^{1/4} 3	2 ^{1/4}	2
2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/2} 3 ^{1/2}	2 ^{1/2}	2 ^{1/4}
2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{3/4} 3 ^{3/4}	2 ^{3/4}	2 ^{1/2}
3 ^{1/2} 4 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3 ^{1/2} 4 ^{1/2}	3 ^{1/2}	3
1/4	besondere Festsätze	Grundsätze des Reichsaufsichts- amtes f. d. Kreditwesen f. d. Ge- währung d. Zinsvoraus v. 23.4.40 nebst Aenderungen vom 3.4.41 und 15. 11. 1941	Abkommen gemäß Bekannt- machung des Reichsaufsichts- amtes für das Kreditwesen v. 23. 4. 40 zum Habenzinsab- kommen vom 22. 12. 1936	Grundsätze für die Gewäh- rung des Zinsvoraus in der Fassung vom 4. 3. 1941 (Reichsanzeiger Nr. 54)	höchstens

⁵⁾ Der Satz zu c) darf nur gewährt werden, wenn von der Kündigung mindestens für 3 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird, andernfalls darf nur der Satz für Festgelder mit einer Laufzeit von 180—359 Zinstagen gewährt werden. ¹⁰⁾ Die Sätze zu c) und d) dürfen nur gewährt werden, wenn von der Kündigung bei c) mindestens für 3 Monate, bei d) mindestens für 6 Monate vom Tage der Vereinbarung ab kein Gebrauch gemacht wird. Andernfalls dürfen nur die Sätze für feste Gelder (4c bzw. 4d) vergütet werden. ⁹⁾ Berichtigte Zinssätze.

Wertpapierkurse an der Frankfurter Börse
Monatsdurchschnitte

	1948						1949			
	Juli	August	September	Oktober	November	Dezember	Januar	Februar	März	April
4 ^{1/2} % Hess. Ldbk.-Staatsbk.-Darmstadt	9.30	9.13	8.82	7.98	7.65	7.64	7.81	8.17	7.58	7.51
4 ^{1/2} % Landeskreditkasse zu Kassel Pfbr.	9.50	9.12	8.63	7.48	6.97	6.90	7.64	8.17	7.58	7.50
4 ^{1/2} % Nassauische Ldbk. Pfbr. v. 1927	9.41	9.34	8.78	8.24	7.89	7.86	7.97	8.19	7.74	7.69
4 ^{1/2} % Bayr. Hyp.- u. Wechselbk. München Opfbr.	9.55	9.55	9.42	8.09	7.69	7.65	7.82	8.27	7.84	7.74
4 ^{1/2} % Frankfurter Hyp. Bk. Pfbr.	9.36	9.16	8.61	7.55	7.01	7.03	7.68	8.19	7.60	7.50
4 ^{1/2} % Bad. Komm.-Ldbk. Mannheim Pf.	—	9.14	8.90	8.25	7.92	7.86	7.89	8.18	7.77	7.76
4 ^{1/2} % Meininger Hyp. Bk. Pf.	5.11	5.49	6.47	5.67	4.99	4.41	5.52	6.07	6.60	6.77
4 ^{1/2} % Pfälz. Hyp. Bk.-Pf.	9.44	9.28	8.94	7.91	6.98	7.59	7.74	8.18	7.99	7.84
4 ^{1/2} % Rhein.-Westf. Bod.-Cred. Bk. Pfbr.	9.24	8.99	8.51	7.62	6.87	6.94	7.60	8.18	7.60	7.60
4 ^{1/2} % Daimler Benz Obl. v. 1942	8.24	7.99	7.88	7.92	7.68	7.50	7.50	7.65	7.71	7.72
4 ^{1/2} % Degussa Obl. v. 1943	8.85	8.61	8.41	8.19	7.84	7.57	7.79	8.29	8.09	8.—
4 ^{1/2} % Rhein.-Westf. El. Werk Essen Obl. v. 1944	8.02	8.05	7.98	7.13	6.89	6.49	6.94	7.24	6.97	6.78
4 ^{1/2} % Neckar AG, Stuttgart, Obl. v. 1935	8.43	9.28	8.20	7.65	7.37	6.58	7.19	7.35	7.20	7.50
3 ^{1/2} % Bayern Landes anl. v. 1941 ¹⁾	—	7.88	8.41	8.50	8.46	8.04	7.75	7.75	7.75	7.75
2 ^{1/2} % Rheinl.-Hessen-Nassau Schatz- anweisungen von 1946 ²⁾	—	8.25	8.21	7.81	—	7.81	7.81	8.44	8.35	8.47
3 ^{1/2} % Hessen Staatsanleihe von 1929	—	—	—	—	—	—	7.00	7.00	7.00	7.00
3 ^{1/2} % Hessen-Pfalz Schatzanz. von 1946 ²⁾	—	8.25	8.20	—	—	7.50	7.77	8.44	8.35	8.47
4 ^{1/2} % Darmstadt von 1928	—	7.00	7.00	7.02	7.02	7.00	7.00	7.00	7.00	7.—
4 ^{1/2} % München v. 1928	—	6.98	7.93	9.00	9.00	9.00	8.44	8.52	8.40	8.51
Commerzbank	10.44	7.97	8.14	7.46	7.41	6.70	6.64	6.52	6.00	5.29
Deutsche Bank	8.46	6.75	6.62	6.73	6.80	6.40	6.31	5.84	5.30	5.32
Dresdner Bank	8.96	6.77	6.39	5.91	6.72	6.43	6.37	5.88	5.33	5.32
Frankfurter Bank	11.14	12.00	12.00	12.00	12.90	14.00	14.00	14.00	14.00	14.—
Accumulatoren	22.88	19.50	17.84	18.28	23.79	20.46	21.71	20.37	18.55	20.79
AEG	10.81	9.74	9.30	10.35	11.50	9.74	10.28	10.62	9.38	9.55
Brown, Boveri u. Cie.	48.00	55.58	50.95	51.97	59.45	56.52	55.93	55.85	54.33	55.68
R.W.E.	50.67	45.27	42.76	43.92	44.37	36.11	35.92	33.99	30.07	37.91
Adlerwerke	20.50	19.00	17.16	20.69	24.97	23.31	23.39	26.29	22.70	25.04
MAN	31.00	30.85	28.95	41.10	44.20	38.00	35.81	36.19	34.57	34.61
BMW	18.31	17.02	16.11	20.07	23.08	20.69	20.56	19.74	18.81	18.69
Daimler Benz A.G.	23.11	21.18	19.94	21.44	26.29	25.98	24.93	24.06	20.92	21.76
Deutsche Erdöl	18.25	19.52	17.41	17.33	19.06	15.92	15.08	14.42	11.99	13.29
Gutehoffnungshütte	39.31	31.33	33.92	33.49	30.49	25.53	23.96	23.36	20.73	22.91
Klöckner-Werke	21.56	20.17	20.36	20.32	20.58	16.91	16.17	15.87	14.77	15.49
Rheinische Braunkohlen-Brikett	62.89	55.37	53.09	53.58	54.95	45.70	44.40	43.11	37.28	41.88
Rheinische Stahlwaren	19.89	18.85	20.89	23.49	22.85	19.52	17.00	16.22	14.73	16.75
AG f. Verkehrswesen	13.89	15.02	17.16	16.95	17.96	18.68	19.08	20.09	20.02	20.—
Continental	49.89	47.77	44.73	51.98	57.07	53.05	51.40	50.89	47.82	51.89
Heidelberger Zement	43.67	45.85	43.77	48.29	58.43	58.41	54.49	50.76	46.21	49.02
Süddeutsche Zucker	53.13	53.83	55.02	55.00	66.18	63.24	62.12	60.94	56.50	56.50
Löwenbräu	56.50	53.19	55.15	55.90	56.66	48.64	48.31	44.89	44.76	45.50
Mannesmann-Röhren-Werke	24.00	19.54	19.01	19.70	20.44	17.21	16.39	15.56	14.20	15.49
Hoersch A.G., Dortmund	20.44	19.64	17.94	19.20	19.26	16.28	15.77	15.99	15.10	15.60
Holzmann, Pfl.	34.56	30.65	29.18	33.87	39.46	37.42	33.31	32.40	31.03	30.14

¹⁾ Notierung an der Münchener Wertpapierbörse
²⁾ Notierung an der Stuttgarter Wertpapierbörse

V. Öffentliche Finanzen
Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet
in Mill. RM bzw. DM

	Rechnungsjahr 1947/48	Rechnungsjahr 1948/49						Rj. 1949/50
		April - Juni ¹⁾	Juli - Sept. ²⁾	Okt. - Dez.	Januar	Februar	März	April
1. Vereinigtes Wirtschaftsgebiet³⁾								
a) Besitz- und Verkehrssteuern	10 293,8	3 534,4	1 280,1	2 424,3	1 065,4	800,7	764,3	884,3
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 464,0	805,0	270,6	686,4	206,7	224,1	297,9	267,7
Insgesamt	12 757,8	4 339,4	1 550,7	3 110,7	1 272,1	1 024,8	1 062,2	1 152,0
2. Französ. Zone⁴⁾								
a) Besitz- und Verkehrssteuern	1 066,9	332,0	103,8	231,6	119,1	71,6	63,3	107,5
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	512,4	101,3	29,9	82,5	39,3	30,2	35,6	24,1
Insgesamt	1 579,3	433,3⁵⁾	133,7	314,1	158,4	101,8	98,9	131,6
3. Währungsgebiet (1 + 2)								
a) Besitz- und Verkehrssteuern	11 360,7	3 866,4	1 383,9	2 655,9	1 184,5	872,3	827,6	991,8
b) Verbrauchssteuern u. Zölle	2 976,4	906,3	300,5	768,9	246,0	254,3	333,5	291,8
Insgesamt	14 337,1	4 772,7⁶⁾	1 684,4	3 424,8	1 430,5	1 126,6	1 161,2⁶⁾	1 283,6

¹⁾ 1. 4. — 20. 6. 48. ²⁾ 21. 6. — 30. 9. 48. ³⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20. ⁴⁾ Die Zahlen der französischen Zone können sich durch Nachmeldungen noch geringfügig ändern. ⁵⁾ Im Juni ohne Rheinland-Pfalz. ⁶⁾ Differenz durch Abrundung.

Quellen: Für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes.
Für die französische Zone: Finanzministerien der Länder.

Steueraufkommen der Länder im Währungsgebiet nach Steuerarten
in Mill. DM

Steuerarten	Rechnungsjahr 1948/49 ¹⁾					Rj. 1949/50 ¹⁾
	Juli - Sept. ²⁾	Okt. - Dez.	Januar	Februar	März	April
I. Besitz- und Verkehrssteuern						
Insgesamt	1 383,9	2 655,9	1 184,5	872,2	827,6	991,8
darunter						
Lohnsteuer	355,3	490,8	178,9	162,7	169,3	157,9
Veranlagte Einkommensteuer	343,2	762,3	364,5	257,0	213,5	303,0
Körperschaftsteuer	137,9	354,8	164,1	100,8	99,2	167,9
Vermögenssteuer	52,2	84,4	8,5	9,3	4,1	3,2
Umsatzsteuer	441,8	840,1	343,9	276,4	291,3	300,9
II. Verbrauchssteuern und Zölle						
Insgesamt ³⁾	299,7	766,8	246,0	254,3	333,6	291,8
darunter						
Tabaksteuer	182,6	432,4	129,5	140,4	187,1	165,8
Biersteuer	24,3	51,2	14,5	12,7	15,1	13,8
Kaffeesteuer ⁴⁾	11,3	50,8	19,9	19,6	26,7	20,4
Zuckersteuer	26,8	106,6	30,5	28,0	33,6	34,8
Spiritus- u. Branntweinmonopol	4,5	41,5	19,6	23,4	36,2	32,5
Zölle	23,5	34,7	10,6	13,1	16,3	16,0
Insgesamt (I u. II)	1 683,6	3 422,7	1 430,5	1 126,6⁵⁾	1 161,2	1 283,6

¹⁾ Für Bayern jeweils die Zeit vom 26. des vorangegangenen bis zum 25. des laufenden Monats, für Württemberg-Baden analog vom 21. bis zum 20. ²⁾ 2. 6.—30. 9. 48. ³⁾ Einschl. Kriegszuschläge. ⁴⁾ Von den Ländern des Vereinigten Wirtschaftsgebietes an die Verwaltung für Finanzen abzuführen, soweit die Steuerschuld nach dem 31. 10. 48 entstanden ist. ⁵⁾ Differenz durch Abrundung.

Quelle: Verwaltung für Finanzen des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und Finanzministerien der Länder der französischen Zone.

VI. Außenhandel ¹⁾
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
Spezialhandel

Monat	Einfuhr (Kategorie A + B)			Ausfuhr		
	insgesamt	davon		insgesamt	davon	
		Ernährungs- Wirtschaft	Gewerbl. Wirtschaft		Ernährungs- Wirtschaft	Gewerbl. Wirtschaft
in Mill. RM bzw. DM						
1948						
Januar	116,3	71,7	44,7	43,0	1,9	41,1
Februar	145,1	94,7	50,3	67,7	10,8	56,9
März	148,2	89,8	58,4	77,4	7,3	70,1
April	204,6	126,3	78,3	97,2	2,9	94,3
Mai	226,5	145,0	81,4	89,6	3,5	86,1
Juni	330,1	219,7	110,4	109,6	1,0	108,6
Juli	290,9	177,8	113,2	170,5	0,5	170,0
August	331,4	188,0	143,4	223,5	1,4	222,1
September	364,2	228,0	136,3	205,8	0,4	205,3
Oktober	218,3	108,0	110,2	216,5	1,1	215,4
November	302,7	149,4	153,3	225,8	4,3	221,6
Dezember	485,5	226,6	258,9	290,2	13,5	276,7
Insgesamt	3 163,8	1 825,0	1 338,8	1 816,8	48,6	1 768,2
1949						
Januar	315,3	147,0	168,3	253,9	12,4	241,5
Februar	476,4	219,0	257,4	276,5	8,8	267,7
März	445,8	174,8	271,0	309,2	8,2	301,0
April	452,4	187,7	264,7	288,4	6,3	282,1
in Mill. \$						
1948						
Januar	.	.	.	25,1	0,4	24,7
Februar	.	.	.	35,0	2,4	32,6
März	.	.	.	40,5	1,7	38,8
April	.	.	.	40,9	0,7	40,2
Mai	.	.	.	36,5	0,7	35,8
Juni	.	.	.	47,1	0,2	46,9
Juli	.	.	.	48,9	0,1	48,8
August	.	.	.	63,0	0,4	62,6
September	.	.	.	57,0	0,1	56,9
Oktober	.	.	.	59,3	0,3	59,0
November	.	.	.	61,0	1,2	59,8
Dezember	.	.	.	77,6	3,5	74,1
Insgesamt	.	.	.	591,9	11,7	580,2
1949						
Januar	104,9	52,8	52,1	70,8	3,4	67,4
Februar	155,5	78,1	77,4	78,7	2,5	76,2
März	151,1	67,5	83,6	86,8	2,4	84,4
April	148,1	65,1	83,0	82,2	1,9	80,3

¹⁾ Die Ein- und Ausfuhrwerte in RM bzw. DM sind nicht miteinander vergleichbar, da die Bewertung zum Teil nach Weltmarkt-, zum Teil nach Inlandspreisen erfolgt.

VII. Produktion, Umsatz und Preise
 Index der industriellen Produktion
 (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)
 1936 = 100

Zeit	Gesamt- Index	Investitionsgüter - Industrien								
		Insgesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen							
			Eisenerz Fe-Gehalt	Eisen und Stahl	NE- Metalle	Steine und Erden	Säge- und Holz- industrie	Ma- schinen- bau	Fahr- zeugbau	Elektro- technische Industrie
1946 M.-D.	34,4
1947 „	39,2	28,8	58,9	20,1	23,5	35,3	62,1	32,2	15,3	59,3
1948 „	60,0	50,0	96,7	35,8	44,4	63,6	75,0	51,4	39,2	105,6
1948 Januar	46,8	34,6	79,5	25,1	28,4	37,2	59,1	38,9	20,3	67,5
Februar	47,3	36,0	71,9	23,7	28,3	36,2	56,0	42,7	23,3	72,7
März	50,7	38,6	81,2	26,9	29,4	41,6	57,0	44,4	25,7	83,6
April	52,9	41,7	97,1	28,8	33,9	47,2	66,0	45,5	27,3	93,1
Mai	47,0	36,9	83,7	25,7	29,0	48,3	68,5	39,7	22,1	72,0
Juni	51,1	39,7	90,1	30,2	31,3	57,5	58,7	41,6	26,3	81,2
Juli	61,2	50,2	109,3	37,6	49,0	72,9	70,3	48,4	41,1	94,5
August	64,9	55,3	106,6	40,9	54,4	83,5	79,9	50,9	42,0	111,7
September	70,0	61,4	104,9	43,7	60,1	87,0	88,5	58,9	52,1	129,6
Oktober	73,7	65,5	110,3	48,1	60,9	90,0	98,2	63,2	58,5	141,9
November	75,4	68,4	110,7	47,9	63,6	85,5	99,1	71,3	62,9	153,3
Dezember	78,8	71,0	114,5	50,9	65,9	76,2	99,0	70,8	68,7	165,3
1949 Januar	81,0	72,2	115,4	51,8	65,9	66,8	105,0	77,3	69,4	170,1
Februar	80,0	73,0	109,0	53,0	67,0	64,0	107,0	80,0	72,0	174,0
März	90,0	82,0	127,0	60,0	78,0	76,0	108,0	93,0	85,0	187,0
April	82,0	75,0	108,0	56,0	75,0	81,0	105,0	82,0	79,0	169,0

Zeit	Allgemeine Produktionsgüter - Industrien					Verbrauchsgüter - Industrien						
	Ins- gesamt	darunter ausgewählte Ind.-Grupp.				Ins- gesamt	darunter ausgewählte Industriegruppen					
		Kohle	Strom	Gas	Chemie		Papier- Er- zeugung	Leder- Er- zeugung	Textilien (ohne Kunst- seide und Zellwolle)	Keramik	Bereifung u. sonstige Kautschuk- waren	Schuhe
1946 M.-D.
1947 „	64,7	65,2	111,3	47,9	40,2	33,3	30,7	29,0	27,5	38,6	48,3	34,8
1948 „	84,0	79,0	137,0	67,3	61,3	55,0	52,5	42,9	45,8	66,7	80,8	55,1
1948 Januar	76,8	73,0	142,2	57,7	46,3	39,8	38,2	32,9	31,8	46,3	60,2	40,9
Februar	73,6	70,0	129,7	57,1	48,2	42,6	40,1	33,0	34,6	50,3	70,1	44,6
März	79,9	77,8	136,3	63,1	52,8	44,6	41,0	33,7	36,4	52,1	71,2	46,0
April	79,4	76,2	131,4	63,3	55,6	47,9	45,3	32,8	39,0	52,4	79,4	47,4
Mai	72,7	66,1	121,3	64,5	51,8	40,5	36,4	27,8	32,2	48,8	61,7	35,5
Juni	77,6	79,5	121,3	64,5	53,1	44,8	42,6	28,8	36,2	51,9	63,8	28,6
Juli	84,7	83,4	126,1	69,2	64,5	58,3	58,2	49,1	48,1	67,9	90,2	61,1
August	85,8	81,1	129,1	70,6	67,6	62,8	59,9	56,7	53,4	75,3	92,3	64,0
September	90,5	82,5	145,3	70,2	70,4	66,2	63,9	55,2	55,5	80,1	96,8	72,4
Oktober	93,6	85,9	150,1	73,8	71,8	69,6	66,8	54,5	59,3	87,8	99,4	76,6
November	94,1	83,8	150,7	74,3	75,2	69,7	67,5	52,7	57,9	91,0	97,2	73,8
Dezember	99,2	88,6	166,1	79,5	75,6	73,0	69,4	58,2	61,9	96,8	100,9	75,7
1949 Januar	101,6	89,7	168,5	80,6	78,8	75,9	73,8	62,0	63,7	91,9	100,5	79,4
Februar	96,0	86,0	152,0	74,0	77,0	77,0	75,0	59,0	66,0	95,0	103,0	75,0
März	108,0	96,0	165,0	82,0	90,0	91,0	89,0	62,0	82,0	102,0	116,0	78,0
April	98,0	86,0	147,0	79,0	82,0	82,0	82,0	52,0	75,0	92,0	92,0	67,0

Quelle: Verwaltung für Wirtschaft

Steinkohlenförderung und -ausfuhrüberschuß
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Steinkohlenförderung		Ausfuhrüberschuß	
	im Monat	arbeits-täglich	Steinkohle	Koks
1946 M.-D.	4 495	177,8	.	.
1947 „	5 927	234,7	.	.
1948 „	7 253	285,1	.	.
1948 Januar	6 624	254,8	4 208	2 656
Februar	6 423	267,6		
März	7 203	288,1		
April	6 980	268,5		
Mai	5 931	265,8		
Juni	7 412	285,1		
Juli	7 761	287,4		
August	7 456	286,8	627	662
September	7 567	291,0	743	631
Oktober	7 865	302,5	733	620
November	7 715	308,6	697	628
Dezember	8 096	311,4	632	626
1949 Januar	8 204	328,2	852	683
Februar	7 871	328,0	777	667
März	8 893	329,4	947	759
April ¹⁾	7 888	329,0	810	815

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Deutsche Kohlenbergbauleitung

Eisen- und Stahlerzeugung
(Vereinigtes Wirtschaftsgebiet) in 1000 t

Zeit	Roheisen	Rohstahl	Walzwerks- erzeugnisse ¹⁾
1946 M.-D.	173	207	162
1947 „	189	246	175
1948 „	384	448	302
1948 Januar	266	304	215
Februar	262	299	198
März	297	343	223
April	313	363	241
Mai	313	324	211
Juni	336	378	253
Juli	402	457	320
August	434	510	345
September	469	572	363
Oktober	511	610	403
November	494	599	407
Dezember	514	612	439
1949 Januar	545	651	437
Februar	525	662	456
März	596	752	516
April	569	705	479

¹⁾ ohne unbearbeitetes Halbzeug

Quelle: Fachstelle Stahl und Eisen

Arbeitsmarkt (Vereinigtes Wirtschaftsgebiet)

Zeit	Beschäftigte in 1000	Arbeitslose in 1000	Offene Stellen in 1000	Arbeitslosen- und Arbeitslosen- fürsorgeunterstützungsempfänger in 1000
1948 31. März	.	462,5	682,8	.
31. Mai	.	439,1	724,6	13
30. Juni	12 214,7	441,6	604,9	15
31. Juli	.	650,5	245,0	79
31. August	.	768,2	235,4	208
30. September	12 178,5	767,8	260,1	265
31. Oktober	.	723,2	268,8	288
30. November	.	701,1	245,2	311
31. Dezember	12 374,3	742,9	200,7	377
1949 31. Januar	.	937,8	192,9	514
28. Februar	.	1 038,2	187,9	640
31. März	12 119,2	1 132,1	172,1	737
30. April	.	1 194,7	158,8	753

¹⁾ Vorläufig.

Quelle: Verwaltung für Arbeit

Moody's Index für Warenpreise

Wochendurchschnitte
Dezember 1931 = 100

Woche	Woche	Woche	Woche
1948			
1. 10.	411,3	19. —25.12.	397,3
3. — 9.10.	402,9	26. —31.12.	394,7
10. —16.10.	405,7	1949	
17. —23.10.	405,8	2. — 8. 1.	394,1
24. —30.10.	402,8	9. —15. 1.	390,8
1. — 6.11.	400,9	16. —22. 1.	390,2
8. —13.11.	397,6	23. —29. 1.	385,0
15. —20.11.	398,0	30. 1.— 5. 2.	382,8
22. —27.11.	403,5	6. —12. 2.	373,8
29.11.— 4.12.	400,9	13. —19. 2.	374,2
5. —11.12.	398,4	20. —26. 2.	374,1
12. —18.12.	393,3	27. 2.— 5. 3.	376,2
		6. —12. 3.	375,2
		13. —19. 3.	370,0
		20. —26. 3.	369,0
		27. 3.— 2. 4.	367,4
		3. — 9. 4.	358,0
		10. —16. 4.	354,5
		17. —23. 4.	347,8
		24. —30. 4.	343,6
		1. — 7. 5.	344,5
		8. —14. 5.	343,5
		15. —21. 5.	344,2
		22. —28. 5.	344,2

Preisentwicklung wichtiger Welthandelswaren

(Durchschnittspreise)

Zeit	Weizen	Mais	Kaffee	Zucker	Schweine	Baumwolle	Kautschuk	Kupfer	Zinn	Blei	Zink	Erdöl, roh
	Chikago 1 Bushel = 60 lbs. \$	Chikago 1 Bushel = 56 lbs. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	Chikago 100 lb. \$	New Orleans 1 lb. \$ cents	New York 1 lb. \$	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	NewYork 1 lb. \$ cents	St. Louis 1 lb. \$ cents	Pensylvan. 1 Barrel = 1,59 hl \$
1946	1,98	1,63 ^{3/4}	17,61 ^{1/8}	4,43 ^{3/8}	18,68 ^{3/4}	29,57 ^{1/2}	0,22 ^{1/2}	13,06 ^{1/4}	52,00	7,68 ^{3/4}	8,81 ^{1/4}	3,15 ^{1/4}
1947	2,62	2,17	26,62 ^{1/2}	6,21	24,85	32,39	0,21	21,04	78,33	14,67	10,50	4,29
1948 Januar	3,20	2,81	26,50	5,60	27,50	33,70	0,22 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	10,50	5,00
Februar	2,53 ^{1/2}	2,07 ^{1/4}	26,25	5,50	22,45	30,20	0,20 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
März	2,56 ^{1/2}	2,37	26,25	5,45	23,05	31,65	0,20	21,37 ^{1/2}	94,00	15,00	12,00	5,00
April	2,61 ^{3/4}	2,42	26,50	5,37	20,45	35,35	0,23	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Mai	2,49	2,36 ^{3/4}	27,00	5,15	19,20	35,65	0,23 ^{1/2}	21,37 ^{1/2}	94,00	17,50	12,00	5,00
Juni	2,39 ^{1/2}	2,33	27,00	5,20	23,35	35,15	0,22 ^{7/8}	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
Juli	2,29 ^{1/2}	2,20	27,00	5,70	25,65	30,50	0,23	21,37 ^{1/2}	103,00	17,50	12,00	5,00
August	2,21 ^{1/4}	2,07	27,00	5,78	27,40	28,05	0,23	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
September	2,25 ^{1/2}	1,95	26,50	5,65	27,50	31,15	0,27 ^{7/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
Oktober	2,26	1,55	27,00	5,60	25,50	27,85	0,22 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	19,50	15,00	5,00
November	2,26 ^{1/2}	1,39	27,25	5,68	21,25	29,05	0,19 ^{5/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	15,50	5,00
Dezember	2,26 ^{1/2}	1,45	27,00	5,60	20,55	29,80	0,18 ^{3/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	5,00
1949 Januar	2,34	1,44 ^{1/4}	27,00	5,70	19,90	30,30	0,19 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,50
Februar	2,25	1,30	26,50	5,65	20,00	30,50	0,18 ^{1/4}	23,37 ^{1/2}	103,00	21,50	17,50	4,00
März	2,19 ^{1/2}	1,32	26,50	5,65	20,25	30,35	0,19 ^{1/8}	23,37 ^{1/2}	103,00	18,00	17,50	4,00
April	2,39 ^{1/2}	1,38 ^{1/4}	26,00	5,70	18,70	31,00	0,18 ^{1/4}	21,37 ^{1/2}	103,00	15,00	14,00	3,55

Quelle: DBD - Preisdienst (Deutscher Börsen-Dienst)

Verkehrsentwicklung (Westdeutschland)

Zeit	Eisenbahn						Binnenschifffahrt
	Durchschnittliche arbeits-tägliche Güterwagen-gestellung	Umlaufzeit der Güterwagen in Tagen Ver. Wi. Gebiet	Güterverkehr (ohne Express- und ohne Güterkraft-verkehr) ¹⁾ in 1000 t	beförderte Personen in 1000	betriebs-fähige Güterwagen in 1000	betriebs-fähige Dampf-lokomotiven in 1000	beförderte Güter in 1000 t Ver. Wi. Gebiet
1948 M.-D.	43 686	6,1	17 757	137 314	263 680	7,9	4 058
1948 Januar	35 062	7,6	14 977	147 664	259 976	7,3	2 305
Februar	36 763	7,2	14 258	145 080	264 320	7,3	2 984
März	39 056	7,1	15 761	161 993	267 875	7,4	3 885
April	39 575	6,6	17 000	157 822	260 065	7,5	4 432
Mai	41 281	6,9	15 322	174 890	256 375	7,6	3 821
Juni	40 000	6,2	16 456	161 566	263 949	7,7	4 724
Juli	44 036	5,7	19 347	98 255	258 652	7,9	4 721
August	47 034	5,6	19 053	114 513	261 733	8,1	4 709
September	48 867	5,2	19 521	113 430	262 503	8,3	4 866
Oktober	50 228	5,2	20 797	123 605	262 894	8,5	4 497
November	53 113	5,1	20 707	126 745	271 070	8,7	4 245
Dezember	49 213	5,5	19 889	122 206	274 746	8,9	3 506
1949 Januar	49 943	5,4	19 697	133 010	268 625	8,8	3 903
Februar	51 403	5,1	18 546	113 382	270 603	8,9	3 859
März	50 746	4,8	20 515	115 877	261 095	8,9	4 718
April	51 786	5,0	18 794	114 120	256 642	8,9	4 595

¹⁾ Neuberechnung Quellen: Hauptverwaltung der Eisenbahn, Hauptverwaltung der Binnenschifffahrt Betriebsvereinigung der Südwestdeutschen Eisenbahnen

Großhandelspreisindexziffern wichtiger Länder

1938 = 100

Index der Grundstoffpreise 1938 = 100

Zeit	insgesamt	davon	
		Nahrungs-mittel	Industriestoffe (Rohstoffe und Halbzeuge)
1948 Juni ¹⁾	154,8	123,5	175,6
Juli	158,6	127,2	179,3
August	171,9	129,2	200,3
September	178,8	132,2	209,9
Oktober	187,7	148,6	213,7
November	190,1	150,6	216,5
Dezember	192,6	154,4	218,0
1949 Januar	191,6	154,8	216,2
Februar	189,7	155,5	212,5
März	188,5	155,8	210,3
April ²⁾	186,9	154,6	208,4

¹⁾ Monatsmitte

²⁾ Vorläufige Zahlen

Quelle: Statistisches Amt des Vereinigten Wirtschaftsgebietes

Zeit	Groß-britannien (Economist)	Frankreich (Offiziel)	Vereinigte Staaten (Bureau of Labor)
1945 M.-D.	166	375	135
1946 „	176	648	154
1947 „	204	989	194
1948 „	225	1712	210
1948			
Januar	217	1463	211
Februar	220	1537	205
März	224	1536	205
April	223	1555	207
Mai	226	1653	209
Juni	228	1691	211
Juli	226	1698	215
August	225	1783	216
September	227	1791	215
Oktober	227	1887	210
November	228	1977	209
Dezember	231	1974	206
1949			
Januar	232	1946	204
Februar	231	1899	201
März	231	1873	202
April	231		